- Ein weiterer wichtiger Aspekt der Diskussion war die Einbeziehung der Bürger bei der Zielbestimmung. Es existieren vielfältige Formen der **Bürgerbeteiligung** (Zukunftswerkstätten, Foren etc.). Diesbezüglich war man sich einig, dass auch eine „Selektion der Akteure" nötig ist, um zu sinnvollen Zielentwicklungen zu kommen (vgl. Selle-Vortrag).
- Der Rio-Prozess hat die **Lokale Agenda 21** als ein wichtiges Instrument zur nachhaltigen Entwicklung hervorgebracht. Angemerkt wurde diesbezüglich, dass die regionalen Aspekte innerhalb der Lokalen Agenda 21 stärker betont werden müssten. Bei der Umsetzung der erarbeiteten Ziele sind die Bürger hier aber wiederum von Politik und Verwaltung abhängig, da sie selbst nur beschränkt Mittel akquirieren können (z.B. in Form einer Projektträgerschaft).

Wie kann die Region Ziele setzen?

- Kommunikation hat wesentlichen Einfluss bzw. eine starke Steuerungsfunktion bezüglich der Zielsetzungen von Regionen bzw. regionalen Akteuren. Häufig treten **Kommunikationsprobleme** bei der Vermittlung von Zielen „von oben nach unten" und umgekehrt auf.
- Zielfindungs- und -setzungsprozesse sind soziale Prozesse (ethische Kategorie), die Wissenschaft hat in diesem Zusammenhang nur eine „dienende Funktion". Sie bietet **Leitplanken** und kann wichtigen Rahmen-Input geben.
- Damit eine Region sinnvoll Ziele setzen kann, ist es notwendig, dass diese **Ziele vermittelbar** teilweise auch **quantifizierbar und messbar** sind, um den Erfolg der regionalen Entwicklung einschätzen und eine ständige Überprüfung im Sinne eines Monitorings durchführen zu können.
- Bisher existiert kein kohärenter **Zielabgleich auf den verschiedenen räumlichen Ebenen** (EU, Nationalstaaten, Bundesländer, regionale / lokale Ebene), vielmehr gibt es auf den jeweiligen Ebenen nebeneinander stehende Ziele. Dementsprechend ist auch die Förderung nachhaltiger Entwicklung „top-down" organisiert, die originären Projektinhalte fallen dabei häufig bzgl. Nachhaltigkeit „hinten runter".
- Einigkeit bestand in der Runde darüber, dass Probleme soweit möglich „bottom-up" gelöst werden sollten, also auf der räumlichen Ebene, auf der sie verursacht werden. Regionen müssen also ihre Ziele weitestgehend selbst bestimmen können (**„Bestandsdimension"**). Einschränkend ist anzumerken, dass „top-down" Restriktionen nötig sind (z. B. bei der Siedlungsentwicklung). Es sind also verschiedene Zielkategorien: „Von oben" müssen Vorgaben im Sinne von Zielkorridoren gegeben werden, die „harte" Ziele formulieren. Bei klaren Rahmenbedingungen ist dann eine additive Zielformulierung auf regionaler Ebene möglich (regionale Übersetzungsleistung, regionalspezifische Auslegung/-anwendung).

- Wichtig für die Zukunft wird es sein, das **Gegenstromprinzip** neu zu beleben. Ein gutes Beispiel ist hier wiederum die „Metropolregion Hamburg". Das Gegenstromprinzip wurde dort wiederbelebt und informelle Kooperationen aufgebaut.

Was sind die Ziele regionaler Entwicklung? Was hat Nachhaltigkeit damit zu tun?

- Eine regionalisierte Politik ist kein Allheilmittel. Die Region ist nicht per se die richtige räumliche Ebene zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung. Trotzdem ist zu hinterfragen, warum es keine regionale Energie- oder Agrarpolitik mit regionsspezifischen Zieldefinitionen gibt? Ein konkretes Ziel wie eine 90 %-Energieeinsparung ist zwar auf regionaler Ebene nicht umsetzbar. Als **Ort der Umsetzung** spielt die **Region** aber trotzdem die entscheidende Rolle.
- Die Verständigung über **regionale Entwicklungsziele und Ziele einer nachhaltigen Entwicklung der Region sind nicht per se deckungsgleich**. Die Konsequenz daraus ist: Nachhaltigkeit thematisiert einen ergebnisoffenen Weg regionaler Entwicklung. Der Abgleich der unterschiedlichen Facetten wird zur eigentlichen Kommunikationsaufgabe.
- Zukünftige Entwicklung muss viel stärker als das Ergebnis menschlichen Verhaltens innerhalb der Region betrachtet werden. Motivation in der Bevölkerung für Dimensionen einer nachhaltigen Regionalentwicklung zu schaffen und eine stärkere **Thematisierung von möglichen Zukunftsszenarien** ist daher von zentraler Bedeutung. Prozesse können daher nicht an einen konkreten Zielkatalog gekoppelt werden. Ziele sollen vielmehr motivieren und keine „Muss"-Bedingung sein.
- **Identitätsstiftung** ist ein, wenn nicht das **zentrale Anliegen nachhaltiger Regionalentwicklung**, obwohl es nur in wenigen Fällen als eigentliches Ziel ausformuliert wird. Die Thematisierung nachhaltiger Entwicklung auf regionaler Ebene bietet ein definiertes, emotionales Bezugsfeld jenseits der Globalisierung.

Die Diskussion erlaubte, die vielfältigen Aussagen der Workshop-Teilnehmer wie folgt zu bündeln:

Übersicht : Bündelung der Diskussion aus Workshop I „Ziele"

- **Ziele formieren sich auf Basis der regionalen Ausgangslage**
- **Ziele sind interessensabhängig**
- **Ziele sind kompetenzabhängig**
- **Ziele können, müssen aber nicht konfliktfrei sein (!)**
- **Ziele haben spezifische Zeitmaße**
- **Ziele brauchen Gestaltungsmacht (!)**
- **Ziele setzen ein regionales Systemverständnis voraus**

Workshop II: Akteure

Einführung

Dr. Klaus Kraemer / PD Dr. Andreas Metzner

KOMREG zielt darauf ab, der Selbstverständigung regionaler Akteure untereinander Raum zu geben, eine reflexive Verarbeitung von Erfahrungen und Konzepten zu fördern, um auf diese Weise – soweit möglich – zu einer Konsolidierung des Programms einer nachhaltigen Regionalentwicklung beizutragen.

In diesem Zusammenhang stellt sich das Verhältnis zwischen dem *Selbstverständnis* der verschiedenen beteiligten Akteure und dem *Fremdverständnis* derselben als ein Problem dar. Beteiligt sind ‚Theoretiker', ‚Praktiker' und ‚Laien'. Die leitende Frage ist hier, inwieweit *Kommunikation* dazu beitragen kann, dass die verschiedenen Rationalitätsstandards, kulturellen Orientierungen und Wissenshorizonte der relevanten Rollenträger in der Region überbrückt und wechselseitige Lernprozesse und Neupositionierungen initiiert werden können.

In der neueren Netzwerk- und Regionalforschung wird hervorgehoben, dass „Netzwerke" zwischen unterschiedlichen Akteuren aus den Bereichen Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Verbänden und gesellschaftlichen Organisationen gegenüber den traditionellen Steuerungsformen von „Markt" und „Hierarchie" als weitaus innovationsoffener und flexibler einzuschätzen sind. Dies gälte insbesondere für eine sektorübergreifende Entwicklung und Verstetigung nachhaltiger Kommunikationsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Region. KOMREG greift diese Einschätzung auf, um sowohl die Möglichkeitsbedingungen als auch die Erfolgsfaktoren und Hemmnisse beim Auf- und Ausbau von Netzwerkwerkstrukturen auf der regionalen Skala ermitteln zu können.

Innerhalb des Workshops **II**, der sich mit dem Thema der „Akteure einer nachhaltigen Regionalentwicklung" befasst, werden die soeben eingeführten Zusammenhänge in zwei Bündeln näher erörtert:

- Teil **a)** beschäftigt sich mit der Veränderung von Akteurskonstellationen, die im regionalen Rahmen von Bedeutung sind, und mit dem Auftreten 'neuer' Akteure (wie z.B. Agenda-21-Initiativen oder Regionalentwicklungsagenturen). Er fragt nach den veränderten Beziehungen und Interaktionen zwischen diesen, und darüber hinaus nach den Gründen derselben, nach dem Wandel sozio-ökonomischer, kultureller und politischer Bedingungen. Der Leitfrage „Neue Aufstellung – gleiches Spiel?" folgend, ergibt sich seine Zielsetzung, nämlich ausgehend von einer Bestandsaufnahme der Entwicklung regionaler Akteursbeziehungen darüber nachzudenken, welche Hindernisse und welche Möglichkeiten für nachhaltige Regionalentwicklungsprozesse mit der gegenwärtigen Akteurskonstellation verbunden sind.

- Teil **b)** behandelt insbesondere die Frage, inwieweit diese Akteursbeziehungen dissensträchtig bleiben, angetrieben von unterschiedlichen Interessen, Leitbildern und Erfahrungen, oder auch Möglichkeiten zur Herstellung eines Konsens bieten, der nachhaltige Entwicklungsprozesse initiieren und dauerhaft befördern könnte. Sein Ziel ist es, den Raum an Handlungsalternativen zu sondieren, der „Zwischen Konsensfindung und Konfliktmanagement" liegt.

Neue Aufstellung – gleiches Spiel? (WS IIa)

Inhalte

- Regionale Veränderungsprozesse bewegen sich in einem Spannungsfeld. Auf der einen Seite sind sie verbunden mit einem übergeordneten sozioökonomischen, kulturellen und politischen Wandel (Globalisierung). Auf der anderen Seite reflektieren sie den Wunsch nach mehr Selbstbestimmung, also die Wiederherstellung oder Ausdehnung der Handlungsspielräume regionaler Akteure. In diesen Zusammenhängen stellt sich die Frage nach den Gründen der Herausbildung neuer Akteursbeziehungen und für das Auftreten ‚neuer' Akteure. Was haben sie mit der Übertragung von Entscheidungskompetenzen aus und in die Region zu tun? Wie hängen sie mit den Leistungsstärken und -schwächen der Institutionen zusammen, die die traditionellen staatlich-administrativen Planungs- und Steuerungsmechanismen umsetzen?
- Sowohl die „Probleme" einer Region, als auch die anzustrebenden „Lösungen" derselben, werden in der Regel von den verschiedenen beteiligten regionalen Akteuren anders formuliert. Sie folgen dabei ihren Interessenlagen und Erfahrungen, aber auch verschiedenen Wertmaßstäben und Vernunftstandards. Das Entwicklungsziel von „Nachhaltigkeit" ist daher nicht nur von Region zu Region verschieden. Es changiert nicht nur mit unterschiedlichen naturräumlichen Ausstattungen und wirtschaftsgeographischen Potenzialen. Es wird auch innerhalb von in dieser Hinsicht gleichartigen Regionen verschieden bestimmt. Wie kommt das? Zu diskutieren ist, inwiefern sich ‚Regionen' selbst konstituieren, indem Akteure Netzwerke ausbilden und mit einer räumlichen Identität versehen. Auf diese Weise können sie nicht nur ihre jeweiligen Interessen kooperativ verfolgen ('strategische Allianzen'), sondern auch das Ziel der Schaffung von Synergieeffekten, die den gemeinsamen Nutzen vergrößern. Insofern davon auszugehen ist, dass verschiedene gesellschaftliche Akteure nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch in der Gegenwart „Zukunftsfähigkeit" und „Regionalität" verschieden bestimmt haben und bestimmen, bliebe dann danach zu fragen, wie sie sich auf eine Neubestimmung von ‚Regionen' und ‚Entwicklungszielen' einigen konnten und einigen werden können.

Leitfragen

1) Welche „neuen" Akteure können identifiziert werden?
2) Kann man – über die „Wer"-Frage hinaus – definieren, *was* „regionale Akteure" im Allgemeinen und „neue" regionale Akteure im Besonderen sind?
3) Inwieweit unterscheiden sich die „neuen" Akteure von „alten" etablierten Akteuren im Feld der Regionalentwicklung?
4) Ist es so, dass „alte" Akteure/Institutionen ihre Aufgaben nicht zureichend wahrgenommen haben, mit der Folge von Vakanzen, in die hinein sich „neue" entwickelt haben? Oder sind „neue" Aufgaben entstanden, „neue" Funktionen?
5) Wie ist das Selbst- und Fremdverständnis der beteiligten Akteure?
6) Welche Akteure und Akteursgruppen werden als legitime Beteiligte von Netzwerkkooperationen anerkannt? (Wie wirken die Mechanismen der In- und Exklusion?)
7) Wie werden die praktischen Erfahrungen in der Bildung neuer Netzwerkstrukturen bewertet? Wie kommen Akteure zusammen? (i. S. von Initiierung „konzertierter Aktionen" für regionale Entwicklung)
8) Wie werden die Erfolgsbedingungen einer nachhaltigen Regionalentwicklung aus der Sicht der unterschiedlichen Akteure beurteilt?

Zwischen Konsensfindung und Konfliktmanagement (WS IIb)

Inhalte

- Es wird immer wieder die These vertreten, dass eine nachhaltige Regionalentwicklung nur gelingen kann, wenn sich die relevanten Akteure über Leitbilder, Ziele, Instrumente, Umsetzungsschritte etc. konsensuell verständigen können. Neue partizipatorische Verfahren und Beteiligungsmodelle seien in diesem Zusammenhang unverzichtbar, sogar der Aufbau von Parallelinstitutionen (von Runden Tischen bis zu Regionalentwicklungsgesellschaften). Konsens ist demnach ein zentrales Merkmal nachhaltiger Entwicklung.
- Die Gegenthese lautet, dass ein Übermaß an Bürgerpartizipation und Beteiligung die Entscheidungen der politischen Institutionen nicht nur einschränkt, sondern auch deren Umsetzung erschwert. Ist eine allumfassende Verständigung über Ziele, Instrumente und Erfahrungen einer nachhaltigen Entwicklung wirklich wünschenswert und effizient? Welche besonderen Gestaltungsprobleme einer nachhaltigen Regionalentwicklung ergeben sich innerhalb des Spannungsfeldes von Konsens und Konflikt?
- Fragen nach der Effektivität und Reichweite institutioneller (top-down) und partizipatorischer (bottom-up) Ansätze einer zukunftsfähigen Regionalentwicklung verlangen schließlich danach, auch in einem demokratietheoretischen Rahmen – *konkurrenz*- vs. *konkordanz*-demokratische Konzepte – diskutiert zu werden.

Leitfragen

1) Können sich regionale Akteure über Leitbilder, Verfahren und Umsetzungsschritte einer nachhaltigen Regionalentwicklung konsensuell verständigen?
2) Welche sachlichen Konfliktfelder/-konstellationen werden als verhandelbar bzw. nicht verhandelbar eingeschätzt?
3) Welche Erfahrungen haben die Akteure bei der Ausklammerung von Konfliktthemen und der Konzentration auf konsensfähige Themenfelder gemacht?
4) Welche Bedeutung haben Macht- und Informationsasymmetrien zwischen den Akteuren?
5) Welche Bedeutung wird „externen" Beratern eingeräumt?
6) Welche Vor- und Nachteile sehen die beteiligten Akteure bei horizontalen (partizipativen, diskursiven) und vertikalen (staatlich-administrativen) Verfahren der Entscheidungsfindung?

Ausblick

Das Wechselverhältnis von Theorie & Praxis ist von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, konkrete Prozesse einer zukunftsfähigen Regionalentwicklung im nötigen Umfang initiieren und auf Dauer stellen zu können. Eine konstruktive Gestaltung dieses Wechselverhältnisses wirkt wie ein Katalysator, setzt aber voraus, immer wieder zwischen der programmatischen Ebene (Was soll geschehen?) und der analytischen Ebene (Was geschieht?) zu unterscheiden. Statt sie hinwegzudiskutieren, stellt diese Herangehensweise sicher, dass Hindernisse auf dem Weg regionaler Nachhaltigkeit erkannt und bewältigt werden können. Der Abgleich von Soll- und Ist-Zuständen ist eine permanente Aufgabe, die nur im Dialog zwischen allen beteiligten Nachhaltigkeitsakteuren – zwischen ‚Praktikern' und ‚Theoretikern', ‚Experten' und ‚Laien' – erfolgreich erledigt werden kann. Die Fähigkeiten dieser Akteure, zu einem zukunftsfähigen Handeln und Entscheiden beizutragen, lassen sich ausbauen, und zwar mit den Mitteln einer intensivierten Kommunikation, die nicht nur zu einer Steigerung wechselseitiger Transparenz führen kann, sondern auch dazu, Möglichkeitsbedingungen regionaler Zukunftsfähigkeit besser wahrnehmen und konzeptionell umsetzen zu können. Die Installierung eines permanenten Dialogs über nachhaltige Regionalentwicklung ist daher eine der wichtigsten Aufgaben von KOMREG, das auf eine über die Tagung hinausgehende Herausbildung eines entsprechenden Netzwerkes abzielt.

Guido Becke

Nachhaltige Regionalentwicklung zwischen Kontextsteuerung und endogenen Handlungskapazitäten

In der Fachdiskussion zur nachhaltigen Regionalentwicklung (NRE) werden oft die Handlungsbarrieren und -blockaden nachhaltiger Regionalentwicklung betont (s. exemplarisch Lucas 1998, 11). Hierzu zählen z. B. staatliche Planungshierarchien, Probleme der interkommunalen Standortkonkurrenz, ein z. T. ausgeprägtes Ressortdenken in Kommunal- und Kreisverwaltungen und eine unzureichende Verknüpfung von Verfahrens- und Strukturinnovationen (z. B. Runde Tische, regionale Innovationsnetzwerke) mit etablierten politischen und administrativen Institutionen auf regionaler Ebene. Konträr dazu liegen inzwischen eine Reihe von guten Praxisbeispielen NRE vor (vgl. BBR 2000; Bergmann/Adam 1998). Diese Diskrepanz wirft die Frage nach den Einflussfaktoren auf, die eine nachhaltige Regionalentwicklung ermöglichen. Bedeutsame Einflussfaktoren sind m. E. überregionale politische Planungs- und Steuerungsansätze sowie die Lernfähigkeit von Regionen, die zu einem Gutteil von ihren spezifischen Akteurskonstellationen geprägt wird.

1 Dezentrale Kontextsteuerung als Potenzial nachhaltiger Regionalentwicklung

In der Fachdiskussion wird häufig auf eine hierarchisierte staatliche Planung und Steuerung als Innovationshemmnis für eine NRE verwiesen. Dabei wird übersehen, dass inzwischen in einer Reihe europäischer Staaten bzw. in mehreren Bundesländern verstärkt indirekte Steuerungsinstrumente eingesetzt werden, mit denen die Schwachstellen des klassischen staatlich-administrativen Planungs- und Steuerungsrepertoires kompensiert und neue Anreizstrukturen für eine dezentrale Selbststeuerung geschaffen werden sollen (Teubner/Willke 1984). Ansätze einer dezentralen Kontextsteuerung beschränken sich darauf, Interaktionsbeziehungen zwischen Akteuren bzw. sozialen Teilsystemen durch Kontextvorgaben zu steuern. Innerhalb dieser Kontextvorgaben (z. B. konsensorientierte Verfahren der Konfliktlösung und Entscheidungsfindung, struktur- und arbeitsmarktpolitische Vorgaben) sollen regionale Akteure Problemlösungen entwickeln und umsetzen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die regionalisierte Strukturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen, die an den endogenen Problemlagen und Handlungskapazitäten der Regionen ansetzt. Sie überlässt den Regionen die organisatorische Ausgestaltung ihrer Wirtschafts- und Strukturpolitik. Dabei hat sich ein typisches regionales Organisationsmodell herausgebildet: Bei den Regionalkonferenzen handelt es sich um eine „Vollversammlung" relevanter regionaler Akteure der Kreis- bzw. Kommunalverwaltungen, der Politik, Kammern, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Weiterbildungsträger, Gleichstellungsstellen und Hochschulen. Ihre zentralen Aufgaben bestehen darin, über regionalpolitische Handlungsansätze und Konzepte, Prioritätensetzungen und Projektvorschläge zu beraten bzw. regionale Leitprojekte zu beschließen und eine regionale Konsensfindung zu unterstützen.

Die Regionalkonferenzen werden durch regionale Lenkungsgruppen vorbereitet. Zudem werden sie durch themenbezogene Arbeitskreise bzw. durch Regionalsekretariate unterstützt. Grundlage für die Struktur- und Wirtschaftspolitik in den Regionen bildet die Erstellung bzw. Weiterentwicklung regionaler Entwicklungskonzepte. Darüber hinaus wurden in mehreren Regionen regionale Entwicklungsagenturen gegründet. Sie bilden zugleich Beispiele für die Entstehung eines neuen Typs regionaler Akteure, die vorwiegend moderierende, vermittelnde und beratende Funktionen als Scharnier und Kommunikationsknotenpunkt zwischen unterschiedlichen regionalen oder lokalen Akteuren ausüben.

Prozesse nachhaltiger Regionalentwicklung können an diese erfahrungsbasierten Wissensbestände, Verfahrensinnovationen und Institutionen einer diskursiv und kooperativ angelegten regionalen Wirtschaftsstrukturentwicklung anschließen. Die damit verbundenen „neuen" Akteure können auch im Rahmen einer nachhaltigen Regionalentwicklung zentrale Koordinierungs-, Promotoren- und Moderationsfunktionen wahrnehmen. Zugleich eröffnen sich Chancen einer wechselseitigen Durchdringung zwischen regionalisierter Strukturpolitik einerseits sowie lokalen bzw. regionalen Agenda 21-Prozessen andererseits: NRE kann Rahmenvorgaben einer regionalisierten Strukturpolitik aufgreifen, um vor deren Hintergrund regionale Projekte und Netzwerke zu initiieren. Ansatzpunkte bietet in NRW beispielsweise die regionalisierte Umsetzung des neuen Ziel 3-Programms zur präventiven Arbeitsmarktpolitik. Die Diskussion in Foren nachhaltiger Regionalentwicklung kann Impulse für neue Akzente der Wirtschafts- und Strukturpolitik in den Regionen liefern. Entwicklungspotenziale bestehen beispielsweise innerhalb von Brancheninitiativen (Ausbau regenerativer Energieerzeugung, ökologisches Bauen, sanfter Tourismus, regionale Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte) oder bei gezielten Beratungsangeboten im Bereich Umweltmanagement und integrierter Umwelttechnik für regional ansässige KMU (s. Bezirksregierung Arnsberg 1999, 13). Die regionalisierte Strukturpolitik hat für eine NRE insofern günstige Voraussetzungen geschaffen, als sie bei den beteiligten Akteuren die Einsicht in den Prozessnutzen der regionalen Kooperation gestärkt hat. Sie messen der gemeinsamen Arbeit an regionalen Problemen und Zielen eine zentrale Bedeutung für die regionale Kooperation zu (Rehfeld u. a. 2000). Damit hat der Umsetzungsprozess der regionalisierten Strukturpolitik dazu beigetragen, die interkommunale Standortkonkurrenz abzubauen bzw. einzugrenzen. Auf diese erhöhte regionale Kooperationsbereitschaft können Kommunikations- und Kooperationsprozesse NRE aufbauen.

Schwachstellen der regionalisierten Strukturpolitik liegen u. a. in der Nicht-Beteiligung bestimmter Akteure an der regionalen Wirtschafts- und Strukturpolitik. Tendenziell sind vor allem die Arbeitnehmervertreter bzw. Gewerkschaften von einer Exklusion bedroht. Unternehmer und zivilgesellschaftliche Akteure sowie einzelne BürgerInnen sind ebenfalls kaum an der regionalisierten Strukturpolitik beteiligt (vgl. Ehrenberg 1997; Rehfeld u.a. 2000). Diese Partizipationsdefizite könnten im Rahmen einer NRE berücksichtigt und vermieden werden. Dabei erfolgt eine akteursbezogene Neurahmung regionaler Wirtschafts- und Strukturentwicklung, wenn es gelingt, BürgerInnen, freiwillige Vereinigungen, sozial- bzw. umweltorientierte Organisationen, Unternehmen bzw. land- und forstwirtschaftliche Verbände in regionale Agenda 21-Prozesse einzubinden. Ihr Engagement ist u. a. davon abhängig, wie das Leitbild der nachhaltigen Regionalentwicklung kommuniziert wird,

welche zielgruppenspezifischen Anreizstrukturen für eine Teilhabe am regionalen Nachhaltigkeitsdiskurs bestehen, ob und welche zielgruppenspezifischen Partizipationsangebote bestehen.

2 Akteurskonstellationen und regionale Lernfähigkeit

Regionen entstehen und verändern sich in eigendynamischen (längerfristigen) sozialen Prozessen, die von interdependenten und aufeinander angewiesenen Menschen, sozialen Gruppen und Organisationen getragen werden (vgl. Elias 1993; Huppertz 1990). Durch diese und in diesen Interaktionen bilden sich regionale Identitäten, soziale Praktiken, soziale Regeln und wechselseitige Erwartungsstrukturen, soziale Wahrnehmungs- und Deutungsmuster sowie regional geprägte Institutionen und Kooperations- und Konfliktregulierungsverfahren heraus. Regionale Akteure konstituieren und verändern in Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen regionalpolitische Definitionsverhältnisse, die der Ausrichtung regionaler Entwicklung ihren Stempel aufdrücken. Interaktionsprozesse zwischen regionalen Akteuren bringen zudem spezifische regionale Wissensbestände und Lernmuster hervor, welche die Lernfähigkeit regionaler Milieus stark beeinflussen. Die Lernfähigkeit einer Region kommt vor allem darin zum Ausdruck, aus sich heraus Potenziale für eine Um- bzw. Neustrukturierung der regionalen Wirtschafts- und Strukturentwicklung unter sich verändernden sozio-ökonomischen Kontextbedingungen zu entfalten.

Räumliche Nähe fördert direkte Interaktions- und Austauschbeziehungen zwischen regionalen Akteuren, in denen soziale Handlungskapazitäten und Ressourcen für eine regionale Entwicklung aufgebaut werden. Hierzu zählen v. a. das soziale Kapital bzw. gemeinsame wechselseitige Erwartungsstrukturen, Konventionen und Vertrauensbeziehungen zwischen regionalen Akteuren. Diese Handlungskapazitäten bilden die Basis dafür, neben explizitem vor allem implizites und personengebundenes Wissen für regionale Innovationsprozesse zu aktivieren und zusammenzuführen (vgl. Morgan 1997, 495; Weyer 2000, 21). NRE bildet vor diesem Hintergrund eine Diskurs- und Lernplattform, die eine inhaltliche Neurahmung regionaler Wirtschafts- und Strukturentwicklung ermöglicht: Durch die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure bzw. sozial- und umweltorientierter Organisationen sowie BürgerInnen werden auch neue bzw. bis dato eher randständige Themen in regionale Diskurse eingebracht. Beispiele hierfür sind Projekte und Aktivitäten zur Verknüpfung regionaler Entwicklung mit dem globalen Nord-Süd-Dialog sowie zur Förderung einer ökologischen Wirtschafts- und Strukturpolitik in Regionen. Neue Akteure, wie z. B. Agenda 21-Büros oder regionale Entwicklungsagenturen, können in ihrer Funktion als Koordinatoren und Moderatoren eine inhaltliche Neurahmung initiieren, indem sie Dialogräume für unterschiedliche Akteure schaffen und auf bisher ungenutzte Verknüpfungsmöglichkeiten zwischen Themenfeldern hinweisen. Etablierte Akteure können durch interne Organisationsentwicklungsprozesse oder durch die Herstellung neuer Akteursbeziehungen, z. B. zwischen Wirtschaftsförderungs- und Umweltämtern der Kreis- bzw. Kommunalverwaltungen, inhaltlich-konzeptionelle Vakanzen einer NRE ausfüllen und geeignete Pilotprojekte auf den Weg bringen.

Die endogenen Handlungskapazitäten für eine NRE können durch Akteursnetzwerke erhöht werden, da diese eine lose gekoppelte, flexible und projektförmige Bearbeitung regionaler Problemlagen ermöglichen, indem die unterschiedlichen Ressourcen der beteiligten Akteure gebündelt werden. Akteursnetze sind nicht per se innovativ. Netzwerke, die auf schwachen (weak ties) oder starken (strong ties) Sozialbeziehungen zwischen Akteuren beruhen, sind spezifische Kooperationsdilemmata zu eigen (Jansen 2000, 39 ff.). Regionale Networking-Institutionen, wie z. B. Entwicklungsagenturen, können dazu beitragen, diese Kooperationsdilemmata aufzulösen, indem sie als Informations- und Kooperationsmakler strukturelle Löcher zwischen Netzwerken bzw. regionalen Akteuren überbrücken (s. auch Heidenreich 2000, 101). Diese Überbrückungsfunktion käme v. a. strong-tie-Netzwerken zugute. Ihre starke soziale Schließung lässt sich abbauen, indem Networking-Instanzen Kontakte zu anderen Akteuren bzw. Netzwerken herstellen, die für ihre Themenstellung relevant sind. Überdies können Networking-Instanzen neue Informationen und Sichtweisen in strong-tie-Netzwerke einbringen. Beide Vorgehensweisen würden die Aufnahme von externen Innovationsimpulsen innerhalb solcher Netzwerke erhöhen.

Networking-Institutionen können ein zentrales Kooperationsdilemma von weak-tie-Netzwerken abbauen helfen, indem sie mit ihren Akteuren verbindliche Verfahren der Koordination und Kooperation entwickeln und vereinbaren. Hierdurch ließe sich die Kooperation innerhalb des Netzwerks auf eine stabilere Basis stellen. Überdies können sie die Entwicklung netzwerkbezogener und operativer Leitideen fördern, um darüber die Identifikation der Akteure mit solchen Netzwerken zu stärken. Konkrete und umsetzungsorientierte Leitideen unterstützen kurz- bis mittelfristige Umsetzungserfolge. Sie bilden einen guten Ansatzpunkt zur gemeinsamen Verfolgung langfristiger Ziele und fördern den Aufbau vertrauensvoller Beziehungen zwischen den Akteuren (Hollbach-Grömig 1999).

Der Aufbau und die Weiterentwicklung endogener Handlungskapazitäten für eine NRE kann jedoch auf Blockaden stoßen: So existieren in Regionen des öfteren mehrere, sich teils überschneidende Diskurse zur Wirtschafts- und Strukturentwicklung. Zwischen diesen Diskursen bilden sich tendenziell asymmetrische Machtbalancen heraus, die auf den unterschiedlich starken Machtpotenzialen der darin eingebundenen Akteure basieren. In Regionen, die durch einen tiefgreifenden Strukturwandel geprägt sind (z. B. Regionen im Ruhrgebiet), besteht die Gefahr, dass technologisch und ökonomisch geprägte Modernisierungsdiskurse (Stichwort: IT-Branche, New Economy) Nachhaltigkeitsdiskurse überlagern und marginalisieren, und dabei z. B. die ökologische Dimension regionaler Innovationen systematisch ausgeblendet oder vernachlässigt wird. Regionale Nachhaltigkeitsdiskurse erweisen sich als tragfähig, wenn es ihren Akteuren gelingt, strukturelle Kopplungen zu solchen Modernisierungsdiskursen herzustellen, die an deren "blind spots" ansetzen. Regionale Handlungskapazitäten, und damit auch eine NRE, können überdies durch Prozesse wirtschaftlicher Globalisierung gefährdet werden (vgl. Sennett 2001; Dörre 1999). Allerdings eröffnen sich Regionen auch neue Gestaltungsspielräume, z. B. wenn transnationale Unternehmen bzw. deren Niederlassungen regionale Ressourcen (z. B. Beschäftigten- und Qualifikationsstruktur, Infrastrukturausstattung, ökologische Innovationspotenziale) als Vorteile in (netzwerkinternen) Konkurrenzbeziehungen nutzen (Hirsch-Kreinsen 1997).

Rainer Riemenschneider

Akteure einer nachhaltigen Regionalentwicklung: Neue Aufstellung - gleiches Spiel?"

Die Ausgangsbasis für das Bündnis „Ländlicher Raum im Mühlenkreis" ist die Aktion „Pro ländlicher Raum", die seit 1992 beim Kreis Minden-Lübbecke als Projektstelle für eine integrierte ländliche Entwicklung angesiedelt ist und verschiedene thematische Schwerpunkte bearbeitet, u. a.:

- das regionale Vermarktungsprojekt „MühlenGarten", in dem landwirtschaftliche Produkte an den Einzelhandel, an Großküchen und an die Gastronomie unter einem regionalen Qualitäts- und Herkunftszeichen vermarktet werden. Es bildet eine Kooperation vieler gesellschaftlicher Gruppen und bindet verschiedene Marktpartner aus Landwirtschaft, Verarbeitung und Vermarktung ein (Modellprojekt des damaligen MURL 1998-2000);
- „Ökoprofit" - Vorsorgender Umweltschutz als ökonomischer Betriebsgewinn; Qualifizierung/Coaching von KMU in der Region durch eine regionale Kooperation von Fachhochschule, IHK, Ausbildungsgemeinschaft der Wirtschaft, Umweltinitiative der Wirtschaft, Kreishandwerkerschaft, StUA und Kreis Minden-Lübbecke (gefördert im Rahmen der Lokalen Agenda NRW durch MUNLV);
- „Nachhaltige Siedlungsentwicklung im ländlichen Raum" - AG mit Verwaltungsfachleuten der Städte und Gemeinden, Planern und Kommunalpolitikern zur Entwicklung von Kriterien für ein umweltverträgliches, nachhaltiges und regionaltypisches Bauen im ländlichen Raum; konkrete Umsetzung an verschiedenen B-Plänen im Kreis Minden-Lübbecke;
- „Bauernhaus-Börse" - Beratung von Eigentümern für eine Neunutzung ehemals landwirtschaftlicher Gebäude; Aufbau einer Objekt- und Nachfrage-Kartei; Koordination des Fachbeirates „Umnutzung" mit Fachbehörden, Kreditinstituten sowie den Städten und Gemeinden des Kreises für einen Erfahrungsaustausch und konkrete Einzelfalllösungen; Konzeption und Veröffentlichung der „Bauernhaus-Fibel" als Loseblatt-Sammlung gelungener Umnutzungs-Beispiele;
- „Energiedorf Tonnenheide" - Möglichkeiten der Energieeinsparung und des Einsatzes regenerativer Energien am konkreten Beispiel eines Dorfes; Erarbeitung eines Fachgutachtens und Umsetzung erster Maßnahmen und Projekte, z. B. Photovoltaik-Anlage und Sonnenkollektoren auf Dächern des Kirchen- und Gemeindehauses durch den (neu gegründeten) Verein „Energiedorf Tonnenheide e.V.";
- „Grünes Dorf Niedermehnen" - Kooperation zwischen örtlichen Akteuren (Landwirte, Landfrauen, Vereine) und Fach-Institutionen (Umweltamt, Landwirtschaftskammer, LÖBF, FB Landschaftsplanung der Universität Hannover) im Bereich von Landschaftspflege- und Naturschutzmaßnahmen, u. a. Anlegen eines Walderlebnispfades, Konzeption und Anlegen eines Feucht-Biotops, Konzeption einer Dorferkundungs-Karte);

- „Dörfer der Zukunft" - Kriterien der Nachhaltigkeit fließen in starkem Maße in die dörfliche Entwicklung ein; in Bürger-Foren und „Dorf-Werkstätten" (dörfliche Zukunftswerkstätten) entwickeln Dorfbewohnerinnen und -bewohner ein Leitbild und konkrete Projekte und Maßnahmen für ihr Dorf; dörfliche Initiativen und Gemeinschaften setzen diese in ihrem Lebensumfeld nach dem Motto „Global denken - lokal handeln" um; beispielhafte Projekte und Maßnahmen: Integration von Aussiedlern im Dorf, besondere Angebote für Jugendliche, Partner-Projekte mit Ländern in Osteuropa oder der 3. Welt; dörfliche Entwicklungsprozesse werden durch klassische Planungen (z. B. Dorferneuerung) und Instrumente (u. a. Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden") begleitet und unterstützt;
- „Jugend im Dorf" - zeitgemäße Angebote für Jugendliche im ländlichen Raum durch eine Kooperation von Fachleuten (Jugendämter, Kreisjugendring) und örtlichen Akteuren (Vereine, Jugendgruppen, etc.); Vorstellen/Erfahrungsaustausch von beispielhaften Initiativen und Projekten, z. B. Jugendbistro Stemwede, Skateranlage Hüllhorst, Ferienspiele;
- „LandArt" - Kunst und Kultur im ländlichen Raum; LandArt-Route: Radroute mit Verknüpfung von ca. 70 Künstlern und Kunsthandwerkern in der Region; LandArt-Festival: 5-wöchiges Kulturfestival an den Stationen der LandArt-Route mit über 100 Einzelveranstaltungen und ca. 25.000 (gezählten) Besucherinnen und Besuchern.

Die Aktion „Pro ländlicher Raum" ist im Rahmen der Antragstellung der Region am EU-Programm LEADER+ zum Bündnis „Ländlicher Raum im Mühlenkreis", der sog. Lokalen Aktionsgruppe (LAG), weiterentwickelt worden. Zur Zeit sind ca. 75 Institutionen aus der Region beteiligt (Initiativen aus Dörfern, Institutionen und Verbänden aus Wirtschaft, Umwelt und dem sozio-kulturellen Bereich, Städte und Gemeinden sowie ländlichen Projektinitiativen). Das Bündnis erarbeitet als Bewerbung für das Programm ein „Gebietsbezogenes Integriertes Entwicklungskonzept" (GIEK) mit Leitzielen, Entwicklungsstrategien sowie Maßnahmenbereichen mit konkreten Leitprojekten.
Die Gremien des Bündnisses sind

- das jährlich stattfindende „Regional-Forum" mit regionaler Projektmesse;
- die Lenkungsgruppe als Entscheidungsgremium des Bündnisses mit (16) Vertretern der verschiedenen Themengebiete und gesellschaftlichen Gruppen;
- die regionale Geschäftsstelle beim Amt für Wirtschaftsförderung u. Tourismus des Kreises;
- verschiedene Projektgruppen und thematische AGs.

In den Projektgruppen arbeiten örtliche Akteure und institutionelle Vertreter eng zusammen. Wichtig ist die Verantwortlichkeit für Projekte und Maßnahmen vor Ort, die institutionellen Vertreter sind „nur" Unterstützer und Dienstleister für die örtlichen Akteure. Dies wird an zwei konkreten Projekten illustriert.

1 LandArt-Festival 2000

Vom 7. Juli bis zum 6. August 2000 fand im Kreis Minden-Lübbecke das 1. LandArt-Festival statt, das interessante und spannende Kunst- und Kulturveranstaltungen im ländlichen Raum präsentierte. Zu den über 100 Veranstaltungen an ca. 50 Stationen der LandArt-Route kamen insgesamt über 25.000 Gäste und Besucher.

Das Festival bot in diesen fünf Sommerwochen die Möglichkeit, Kunsthandwerk und Kunst (z. B. Töpfern, Glasarbeiten, Bildhauerei, Malerei), traditionelles Handwerk (z. B. Weben), Musik (z. B. Orgelmusik, mittelalterliche Musik), Theater, Galerien, Ausstellungen, Museen, Gärten und Architektur in den ländlichen Gebieten des Mühlenkreises zu besuchen.

An der Vorbereitung und Durchführung waren viele Akteure in der Region mit unterschiedlichen Aufgaben beteiligt:

- die „LandArt-Festival 2000"-AG, bestehend aus Vertretern der LandArt-Stationen (Künstler und Kunsthandwerker), des Kreises, eines Werbestudios sowie der Sponsoren, war verantwortlich für die Rahmenplanung, die Gemeinschaftswerbung (LandArt-Magazin, Plakate, Pressearbeit), die Finanzierung der Overhead-Kosten und die Koordination und Unterstützung der Einzelveranstaltungen;
- die Stationen der LandArt-Route organisierten die einzelnen Veranstaltungen eigenverantwortlich und waren dabei für Finanzierung und Organisation zuständig; Austausch, Kooperation und Vernetzung der Einzelveranstaltungen fand bei regelmäßigen Vorbereitungs- und Austauschtreffen statt.

Bei einem Nachtreffen im September 2000 zogen alle Beteiligten eine positive Bilanz des 1. LandArt-Festivals. Die Veranstalter der einzelnen Events erreichten mehr Gäste und ganz neue Zielgruppen als bei Veranstaltungen, die nicht in einem größeren Rahmen stattgefunden hatten. Viele neue Kooperationen und Gemeinschaftsprojekte zwischen Künstlern der Region wurden durch das LandArt-Festival angestoßen. Regionale und überregionale Besucher und Gäste waren überrascht und begeistert von der Vielfalt der kulturellen Angebote in der Region. Und die Organisatoren und Unterstützer erreichten mit einem relativ geringen finanziellen und organisatorischen Aufwand einen „kulturellen Aufbruch auf dem Land", der bei Presse und Kommunalpolitik ein sehr positives Echo fand. „Hilfe zur Selbsthilfe" in beispielhafter Form – kein Wunder, dass das nächste LandArt-Festival für das Jahr 2002 bereits geplant ist.

2 „Erlebnisdorf Niedermehnen" – ein Dorf geht neue Wege

„Ein Dorf geht neue Wege" – dies ist das Motto für Niedermehnen, einem Dorf mit (noch) 17 landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben. Durch die immer schwierigere Einkommenssituation in der landwirtschaftlichen (Ur-) Produktion wollen die Niedermehner Betriebe gemeinsam neue Einkommensquellen durch Weiterverarbeitung und Veredelung von Produkten, deren Vermarktung sowie durch neue Dienstleistungsangebote erschließen.

Das Leitbild für die Dorfentwicklung in Niedermehnen ist es, eine zukunftsfähige Perspektive für das Dorf als Wohn- und Arbeitsort zu schaffen, indem

- neue Einkommensquellen für landwirtschaftliche Betriebe erschlossen werden;
- Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und Weiterverarbeitung gesichert und eventuell neue geschaffen werden;
- das Dorf mit einer attraktiven Infrastruktur (Versorgung, Gastronomie) weiterentwickelt wird;
- die bestehenden sozialen Netze (Kinderbetreuung, Altenpflege, Nachbarschaften) erhalten werden.

Auf diesem neuen Weg gibt es bereits einige konkrete Projekte und Ansätze:

- Bauernhof-Eiscafé von Fam. Wehebrink, Mehner Dorf 42, mit der Verarbeitung von lokalen landwirtschaftlichen Produkten sowie mit einer Kooperation mit dem Landfrauen-Service;
- Gymnastik-Raum von Frau Luise Lahrmann, Mehner Dorf 11; Studio/Raum für Sport und Gymnastik sowie für Kurse und Veranstaltungen;
- ein Mais-Labyrinth und ein geplanter Kinder-/Jugend-Erlebnishof mit Übernachtungsmöglichkeiten (u. a. Heu-Hotel) auf einer von einem landwirtschaftlichen Betrieb jüngst erworbenen Hofstelle, die zuletzt nicht mehr bewirtschaftet wurde.

Neben diesen Entwicklungen in der Landwirtschaft gibt es in Niedermehnen weitere Initiativen, die von einer sehr engagierten und aktiven Dorfgemeinschaft getragen werden:

- Niedermehnen ist Siegerdorf im Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden" und vertrat den Kreis Minden-Lübbecke im Landeswettbewerb im Juni 2000;
- der „Bürger-Stammtisch Niedermehnen" ist ein monatliches Treffen von Bewohnerinnen und Bewohnern zu Fragen der Dorfentwicklung;
- Projekt-AG „Grünes Dorf Niedermehnen": AG mit Niedermehner Bürgern erarbeitet eine dörfliche Konzeption für Landschaftspflege- und Naturschutzmaßnahmen mit Unterstützung einer Projektgruppe der Universität Hannover sowie des Umweltamtes des Kreises Minden-Lübbecke.

All diese positiven und engagierten Ansätze sind wichtige Bausteine auf dem Weg zum oben skizzierten Leitbild.

Durch Unterstützung und Beratung von externen Fachleuten soll die Dorfentwicklung in Niedermehnen weiteren Rückenwind erhalten. Ein Arbeitskreis mit örtlichen Vertretern sowie mit Vertretern der Gemeinde Stemwede, der Landwirtschaftskammer, des Arbeitsamtes, des Amtes für Agrarordnung sowie des Amtes für Wirtschaftsförderung des Kreises Minden-Lübbecke arbeitet z. Zt. an einer Konzeption für die „neuen Wege" in Niedermehnen als Modelldorf für die Region. U. a. ist eine „Dorf-Entwicklungsstelle" als Koordinierungs- und Vernetzungsstelle ins Auge gefasst worden.

Auch beim Erlebnisdorf Niedermehnen liegen die Hauptverantwortlichkeit und die Hauptinitiative bei den lokalen Akteuren. Behörden und Institutionen verstehen sich als Unterstützer und Begleiter für die im Dorf gewachsenen Projekte und Ideen. Die Erfahrungen aus Niedermehnen als Modelldorf für eine Diversifizierung der Landwirtschaft werden in einem Informations- und Erfahrungsaustausch-Workshop im September 2001 für andere Interessierte aus der Region transparent gemacht.

Als Erfahrung aus der bisherigen Arbeit und auch als Leitsätze für die weitere Entwicklung stehen die folgenden Thesen:

- Nicht die Akteure sind neu – sondern die Akteurs-Konstellationen („oben" - „unten"; Fachleute/Profis – Ehrenamtliche; themenübergreifende Netzwerke/Bündnisse) haben sich verändert!
- Nicht das gemeinsame Leitbild/Ziel ist entscheidend – sondern das Funktionieren lokaler bzw. themenbezogener „Projektpartnerschaften"!
- Wichtige Kriterien für den Erfolg regionaler Netzwerke sind eine gute Kommunikation und eine hohe Transparenz zwischen „overhead" (Geschäftsstelle/Lenkungsgruppe) und „Basis" (Projekte, Beteiligte)!
- Externe Rahmenbedingungen (Politik, Förderprogramme, Markt) haben letztlich größeren Einfluss auf den „Erfolg" als interne Faktoren (Organisationsstruktur, Akteure)!

Zusammenfassung Workshop-Diskussion Statements Becke / Riemenschneider

- **„Neue" und „alte" Akteure**

Über die Zugehörigkeit von bestimmten Akteuren zu den Gruppen „neue" bzw. „alte" Akteure herrschte Einigkeit. Folgende Akteure bzw. Akteursgruppen wurden explizit genannt:

Übersicht: „Neue" und „alte" Akteure

Neue Akteure	**Alte Akteure**
Intermediäre Akteure: Bspw. Agenda 21-Initiativen, Agenda-Büros	Wirtschaftliche Organisationen/Interessenverbände (Kammern und Arbeitgeberverbände)
Regionalentwicklungsagenturen	Städte, Gemeinden, Kreise
Sozial- und umweltorientierte Vereine / Organisationen	Öffentliche Verwaltung
Engagierte Bürger / innen und -initiativen	Fachverwaltungen
(klein- und mittelständische) Unternehmen	...
Banken	
...	

Allerdings kam zur Diskussion, dass man bei der Definition „Akteur" auf das unterschiedliche Verständnis von „Nachhaltigkeit" achten muss:

- Fasst man „Nachhaltigkeit" als ganzheitliches Konzept, d. h. es geht um intergenerative und internationale Gerechtigkeit und um die Integration von Themen, ist NRE ein strukturverändernder, -bildender Prozess, der die ganze Gesellschaft betrifft. Das hat zur Folge, dass alle Menschen in einer Gesellschaft Akteure einer NRE sind. Da in der Realität nicht alle Menschen Akteure sein können, wird aus dem gut gemeinten Konzept „Nachhaltigkeit" ein echter Politikprozess. Funktioniert dies, ist das Neue an diesen Prozessen, dass man sich darum bemüht, mehr Akteure „mitspielen" zu lassen. Des weiteren können im Idealfall Strukturen mit einer besseren Verständigung organisiert werden.
- Fasst man NRE direkt als politischen Prozess (nicht als langfristigen gesellschaftlichen Prozess), macht ein eingegrenzter Akteursbegriff Sinn. Hier definieren sich die Akteure über einen gemeinsamen Themenbezug (Akteur ist, wer sich mit einem speziellen Thema befasst).

- **Eigenschaften von Akteuren (Wodurch zeichnen sich Akteure aus?)**

- durch die inhaltliche Bezugnahme auf Themen / -felder
- durch die Artikulation/Verfolgung von Interessen
- durch die öffentliche Positionierung zum Thema
- durch unterschiedliche Machtpotenziale
- durch seine eigenen spezifischen Qualitäten.

- **Organisationsformen**

Netzwerkartige Organisationsformen sind in der Praxis am weitesten verbreitet. Unterschiedliche Netzwerkformen haben auch unterschiedliche Charakteristika:

- Freiwillige Netzwerke: ohne politische Kompetenzen, hohe Vertrauensverhältnisse, kaum Verbindlichkeiten;
- Unternehmensnetzwerke: hohe Verbindlichkeiten;
- Horizontale / Vertikale Netzwerke.

In der Praxis hat sich hierbei gezeigt, dass bei den unterschiedlichsten Akteurskonstellationen auf eine Koordinierungsstelle kaum zu verzichten ist, wenn das Projekt erfolgreich verlaufen soll.

- **Verbindlichkeiten / „Spielregeln"**

Die Frage nach der Organisationsform zieht unweigerlich die Frage nach den Verbindlichkeiten nach sich. Diese wurde im Workshop kontrovers diskutiert. Während Einigkeit darüber bestand, dass die „Spielregeln" (mikro-)politischen Prozessen unterliegen und somit verändert werden, kam die Frage auf, ob man in NRE-Prozessen überhaupt klar definierte „Spielregeln" benötigt. Während ein Vertreter aus der Praxis die Meinung vertrat, dass Prozesse auch ohne definierte „Spielregeln" funktionieren können, gerade dann, wenn ein breiter Konsens über das Ziel herrscht, wurde auf der anderen Seite die Ansicht vertreten, dass man „Spielregeln" gerade dafür benötigt, um neue Ideen gegenüber den etablierten Strukturen durchzusetzen.

Werden die Verbindlichkeiten einseitig vorgegeben oder ist ein Kooperationsnutzen trotz Verbindlichkeiten nicht mehr vorhanden, funktionieren Netzwerke nicht mehr. In Verbindung mit „neuen Spielregeln" kam die Idee auf, die Verknüpfung von Eigen- und Gemeinnutzen bei Projekten als Strategie für den Anschub funktionierender Netzwerke zu nutzen.

- **„Stand der Nachhaltigkeit"**

Während der Diskussion kam immer wieder (bedingt durch den Titel) der Vergleich „Nachhaltigkeit – Spiel" auf:

- Projekte auf lokaler/regionaler Ebene dienen als Raum zum „Probieren" von Nachhaltigkeit. Verlaufen diese erfolgreich, ist eine Übertragung der neuen Regeln und Konstellationen auf eine höhere Ebene sinnvoll.
- Vergleich „Nachhaltigkeit – Roulett": einfache Spielregeln, Ergebnis/Chancen sind klar, das Ergebnis wird schnell sichtbar ⇒ genau das sind die wichtigen Charakteristika, die in NRE-Prozessen gefordert werden müssen.
- Nachhaltigkeit ist zur Zeit noch ein „Trainingsspiel", um Räume zu schaffen, in der Hoffnung, dass ein Schneeballsystem herauskommt.
- Nachhaltigkeit befindet sich z. Zt. noch auf einer „Spielwiese". Dieser Begriff wird jedoch nicht negativ behaftet, sondern beinhaltet vielmehr neue Chancen und Möglichkeiten ihn zu etablieren.

Input (PD Dr. Andreas Metzner)

- **These 1: (Nicht nur Akteure sind sehr unterschiedlich zu bestimmen/definieren, sondern auch die Regionen)**

- Regionen werden von Akteursnetzwerken konstituiert.
- Ihre räumliche Identität ist ein in Diskursen erzeugtes Konstrukt (Erfindung).
- Sie entstehen, weil die Akteure ihre jeweiligen Interessen kooperativ verfolgen („Strategische Allianzen").
- Dabei geht es um die Schaffung von Synergieeffekten, die den gemeinsamen Nutzen aller Akteure vergrößern.

Reaktionen der Teilnehmer:

- Regionen definieren sich sehr unterschiedlich (Verwaltungseinheiten, Identitäten, Kunst-/Vermarktungsprodukte, themenbezogene Regionen).
- Netzwerke zeichnen sich aus durch: Vertrauensbasis, kaum vertragliche Regelungen, i. d. R. keine zeitliche Befristung.
- strategische Allianzen: klare vertragliche Vereinbarungen zwischen den Partnern, sind zeitlich begrenzt.
- Es geht nicht um den gemeinsamen kollektiven Nutzen, sondern um die Chancen für alle, denn es gibt auch Akteure, die etwas verlieren. Es gibt immer Gewinner und Verlierer in Netzwerken.

- **These 2: (Triebkräfte der veränderten Akteurskonstellationen)**

- Regionale Veränderungsprozesse sind verbunden mit einem übergeordneten sozio-ökonomischen, politischen und kulturellen Wandel (Globalisierung).
- Regionale Akteure stellen sich auf diesen Wandel ein oder betreiben ihn in aktiver Weise.
- Die „regionalen Akteure" verändern sich bzw. werden verändert.
- Die „regionalen Akteursbeziehungen" verändern sich bzw. werden verändert.
- NRE reagiert auf diese Veränderungen und strebt einen Ausbau bzw. die Wiedergewinnung von regionalen Handlungsspielräumen an.
- These Guido Becke: Die ökonomische Globalisierung ist verbunden mit einem Standortparadox, und ist mit Chancen und Risiken einer NRE verbunden. Risiken sind Standortverlagerungen, fehlende regionale Bindungen und transnationales Management, Chancen werden in der internen Netzwerkkonkurrenz gesehen, die zu einem Zurückgreifen auf regionale Potenziale führen kann.

- **Zusammenfassung**

Es ist ein gewisser Wandel von Akteurskonstellationen im regionalen Raum zu beobachten. Einigkeit besteht darüber, dass diese neuen Akteure in Planungsprozesse zu integrieren seien, die Integration aber mit gewissen Problemen verbunden ist.

„Neue Aufstellung – gleiches Spiel?": es geht nicht nur um die Frage neuer Politikmodelle. NRE knüpft durchaus an bestimmte politische Traditionen in Deutschland an, die nicht nur top-down-Charakter aufweisen, d. h. man kann Erfahrungen der politischen Entwicklung für die NRE nutzbar machen (konzentrierte Aktion am Ende der 60er Jahre, heute: Bündnis für Arbeit).

Neue Akteurskonstellationen, die nachhaltige Entwicklungsprozesse befördern, brechen nicht mit traditionellen Politikkonzepten, sondern stehen durchaus in gewisser Kontinuität zur politischen Entscheidungsstruktur in Deutschland (quer zu bottom-up bzw. top-down Ansätzen).

Walter Heinzel

Zwischen Konsensfindung und Konfliktmanagement

Thesen zu allgemeinen Entwicklungen – Beispiele aus aktuellen Projektbezügen

In regionalplanerischen Diskursen haben sich die Vertreter gesetzlich beauftragter Institutionen und die Planungsbetroffenen notwendigerweise immer entlang ihrer Zielsetzungen über die konkreten Umsetzungsschritte verständigt. Doch bereits in den 80er Jahren wurde dabei in den alten Bundesländern von Verwaltungspraktikern auf die Notwendigkeit „angepasster" Verfahren hingewiesen. In sog. „kooperativen" Planungsverfahren (in der Form von Vor-Verhandlungen, Arrangements, Agreements oder öffentlich-rechtlichen Verträgen) erprobten Planungsexperten neue Formen der Lösung oder doch wenigstens der Entschärfung von Planungskonflikten.

Unverändert blieb dabei zunächst der Umfang der Planungsbeteiligung oder der funktional-fachliche Charakter der Kommunikation: der Spielraum der Planungsbehörden war durch rechtliche Normierung zunächst vergleichsweise gering. Tradierte Planungsleitbilder taten das Übrige.

Parallel hierzu verlief ein gesellschaftlicher Prozess, der einerseits höhere Erwartung an die Rationalität von Planung formulierte (Verbesserung der fachlichen Planungstiefe) und andererseits die Frage des Interessensbezugs von Planungen unmittelbar durch die Planungsbeteiligten thematisierte. In dem Maße, in dem Planungsbetroffene erstmals systematisch ihre rechtlichen Möglichkeiten nutzten, um sich in Großplanungen zu Wort melden zu können (beispielsweise die Planungen der Bahnneubaustrecken in den 80er Jahren), entstand eine weit über die konkrete Maßnahme hinausgehende Diskussion über die Legitimität von Planung.

Sehr verkürzt lassen sich diese Entwicklungen in drei Thesen zusammenfassen, die für unser heutiges Thema einen Bezugsrahmen bieten können:

- die Ausdifferenzierung der funktionalen Anforderungen an Planung weitet den zeitlichen Aufwand überproportional aus und erzwingt eine Externalisierung von Planungsaufgaben
- mit wachsender Komplexität von Planungsprozessen geht die Perzeption von Zielkonflikten einher. Die Intensivierung der Fachplanung reduziert nicht (mehr) gleichzeitig die Konflikthaltigkeit
- regionale / lokale Planungsprozesse stehen unter einem wachsenden Legitimationsdefizit soweit sie sich an klassischen top-down-Strategien orientieren.

Warum, werden Sie sich vielleicht fragen, warum dieser Ausflug ins Theoretische, wo sich die drängenden Fragen zu nachhaltigen Verfahren und Modellen doch eher an den Problemen des Planungsalltags festmachen lassen?

Begleitet man kommunale / regionale Planungsprozesse, so begegnet man regelmäßig dem Bürgermeister / Vertreter des Landkreises, der unbeirrt und felsenfest davon überzeugt ist, dass mit der jeweiligen demokratischen Wahl (im Dorf / der Stadt / dem Landkreis) alle Legitimations- und Entscheidungsfragen ein für allemal geregelt sind. Darin drückt sich das „klassische" Legitimationsprinzip aus: (politische) Steuerung ergibt sich und legitimiert sich durch eine formale Entscheidungsregel – wie eine Mehrheitswahl. Im Weiteren ist es nur noch notwendig, sich über ein Umsetzungsverfahren zu verständigen: jegliche folgende Einzelentscheidung selbst ist explizit legitimiert.

Ohne das Entscheidungsmonopol legitimierter politischer Gremien grundsätzlich in Frage zu stellen, stellen sich dennoch viele Planungsbetroffene die Frage, ob es nicht zu „besseren" Entscheidungen bei Planungen führt, wenn ihre Alltagskompetenz und Präferenz mitberücksichtigt wird. Diese Überlegungen führen zum Modell der „diskursiven Steuerung". Ausgangspunkt ist hier die Vorstellung, dass es unterschiedliche (plurale) Rationalitätsmuster gibt, die sich im kommunikativen Austausch bestätigen müssen. Zugleich umfasst dies nicht nur objektivierbare Sachverhalte (Tatsachen), sondern auch Werthaltungen und moralische Aspekte. In dieser Situation geht es dann vor allem darum, die Leistungsfähigkeit des Verfahrens zu sichern, durch bestimmte miteinander vereinbarte Regeln zu strukturieren und Obstruktionstricks zu entschärfen (wie etwa strategische Argumentations- und Verhaltensweisen von Teilnehmern). Ein solches Verfahren ist an einige Vorraussetzungen geknüpft, wie etwa die Zustimmung der Beteiligten zu den Regeln und der Vorgehensweise oder auch die Notwendigkeit inhaltlicher Begründungen von Aussagen im Diskurs.

Bevor ich mich weiter mit neueren Verfahren und Modellen in der Planung befasse, möchte ich einen kleinen Querbezug zu Thema des ersten Veranstaltungstages herstellen: den „neuen" Akteuren. Wird das gleiche alte Spiel nur hinter einer modernisierten Fassade wiederholt?

Neue Verfahren und Modelle alleine reichen nicht hin, um konsensuale Bedingungen zu realisieren. Und Konfliktmanagement zielt nicht zuletzt darauf, personalisierte, psychologisch überlastete Kommunikationsbeziehungen zwischen Akteuren zu entlasten.

Selbst wenn man von neuen Verfahren sprechen kann; ihre Umsetzung oder Realisierung steht offenbar in engem Zusammenhang mit den „neuen" Akteuren.

Die VertreterInnen von Bürgerinitiativen, Stadtteilgruppen, Arbeitsloseninitiativen, Umweltverbänden, Vereinen oder aus der Geschäftswelt stehen eigentlich nicht für originär neue gesellschaftliche Gruppen. Neu wäre indes, einerseits klar die Interessenslagen seiner

gesellschaftlichen Gruppe zu vertreten und sich andererseits auch an den Bedingungen diskursiver Verfahren zu orientieren.

Kriterien für die Dauerhaftigkeit diskursiver Prozesse sind zusammengefasst die

- personale und strukturelle Fairness
- sachliche und kommunikative Kompetenz
- formale und integrative Legitimität
- interne und externe Effizienz.

Wie Sie sehen, hat formale Legitimität hier eine Ergänzung gefunden. Dabei ist „integrativ" hier im Sinne einer die Gesellschaft umfassenden Perspektive gemeint. Auf der Ebene von Individuen und Gruppen handelt es sich um Konsens: um Klärung, Findung und Dauerhaftigkeit. In einer Vielzahl von Konsensfindungsprozessen hat sich gezeigt, dass die jeweilige Interessenlage der Beteiligten unterschiedliche Verfahrenstypen erforderlich macht.

Ich möchte Ihnen im Folgenden eine Übersicht vorstellen, in der einige der heute als wesentlich beschriebenen kooperativen Verfahren unterschieden sind nach

- der Ausgangslage des Verfahrens und
- der Zielsetzung der TeilnehmerInnen bzw. der Institution, die sie vertreten.

So einfach diese Unterscheidung für eine Systematisierung ist, so schwierig ist sie für die praktischen Umsetzung. Partizipatorische Verfahren wie Runde Tische, Mediationsverfahren, Konsensrunden oder Zukunftswerkstätten gelten nicht selten als Königsweg aus blockierten Planungsprozessen. Gerade weil sie oftmals als letzte Hoffnung von Planungsbehörden erst aufgegriffen werden, wenn gewissermaßen „das Kind schon in den Brunnen gefallen ist", sind sie jedoch häufig rettungslos mit divergierenden Anforderungen überlastet.

In der Bundesrepublik haben wir deshalb eine vergleichsweise breite Information zu (wie immer) erfolgreichen Vermittlungsprozessen; über die Gescheiterten erfährt man eher zufällig oder hinter vorgehaltener Hand etwas. Von den offenkundig vielen Gründen für das Scheitern, seien hier einige genannt:

- Konfliktvermittlungsverfahren werden undifferenziert eingesetzt (z. B. Zukunftswerkstatt anstelle Mediation)
- die Verfahren beginnen zu spät, nicht selten erst nachdem präjudizierende Entscheidungen gefallen sind
- die Beteiligten sind sich nicht darüber im Klaren, was in dem Verfahren erreichbar für sie ist und was nicht
- aus Kostengründen wird das „billigere" Verfahren angewandt, auch wenn es für die Problembearbeitung eher ungeeignet ist

- die Verbindlichkeit der Ergebnisse wird nicht vom Verfahren, sondern vom Ergebnis selbst abhängig gemacht.

Möglicherweise ist es hier schon hilfreich, sich den Zusammenhang von Interessenslage der Beteiligten einerseits und Ziel des Verfahrens andererseits deutlich zu machen.

Übersicht 1: Verhandlungsformen von Interessen - eine Systematik -

Ziel / Ausgangslage	**gemeinsame Problemsicht** oder **Lösungsempfehlung für gemeinsames Handeln**	**gemeinsame Vereinbarung für Entscheidung**
gemeinsame Interessen	Verfahren wie Zielkonferenzen und Zukunftswerkstatt (-labor)	kollektive Problemlösungsansätze, wie „public-private-partnerships"
divergierende Interessen	Dialogische Verfahren wie Energiekonsens-Runde	Runde Tische oder Mediationsverfahren z. B. zur Standortsuche

Quelle: Wiedemann P.M. / Nothdurft, W. (1997)

Es liegt auf der Hand, dass bei einer gemeinsamen Interessenslage der Beteiligten auch die Frage der formalen Legitimität nicht im Vordergrund steht – gerade hier wird man von einer positiven Perspektive der Vertreter gewählter Gremien ausgehen können.

Anders hingegen stellt sich die Situation bei divergierenden Interessenslagen der Beteiligten / Planungsbetroffenen dar. Dialogische Verfahren sind in einer solchen Konstellation günstig zu beurteilen; eine Chance erhalten sie zumeist nur dann, wenn dies in den politischen Gremien nicht von vorneherein als „Übermaß an Bürgerpartizipation und Beteiligung" verstanden wird.

Auch in einem Projekt in Brandenburg habe ich in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, dass nicht die praktischen Probleme der Bürgerpartizipation die Entscheidungsfindung politischer Gremien erschwert hat. Vielmehr wurde in diesem Fall grundsätzlich festgestellt, dass eine Bürgerbeteiligung, die über die formal im BauGB definierten Informations- und Beteiligungspflichten hinausgehe, doch nur zeitraubend und letztlich ineffizient sei. Ganz praktisch haben dann die über politische Gremien vorgetragenen Interessensdifferenzen eine nachhaltige Entscheidungsfindung über Jahre blockiert. Doch dazu später mehr.

Im kommunalen Alltag und in regionalen Planungsprozessen findet sich heute eine weitere Entwicklung, die eher unabhängig von dem allgemeinen gesellschaftlichen Diskurs der letzten Jahrzehnte Eingang gefunden hat: die lokale Agenda 21. Hier lassen sich weitere Hinweise für die Organisation von Beteiligungsmodellen finden, die sich explizit an der Frage der Nachhaltigkeit orientieren. Vergleicht man die strukturierenden Elemente dieser Agenda 21 - Prozesse in Bezug auf ihre Initiierung oder die Binnenorganisation, so wird deutlich, dass sie ein jeweils unterschiedliches Niveau an Eigenständigkeit der Beteiligten (oder sozialer Reichweite) und nach Erfolgsorientierung der Verwaltung ausweisen.

Übersicht 2: Organisationsmodelle lokale Agenda – eine Systematik –

Kooperationsmodell:	Planung, Strukturierung, Koordination, Implementierung von Innovationen liegt in Händen der gleichen Akteursgruppe
Initiierungsmodell:	hierarchisches Verfahren, Leitlinienvorgabe durch „Leitung", Berücksichtigung und Implementierung durch andere Akteure
Verwaltungsmodell:	Hauptakteure organisieren Rahmen, der für andere Akteure bindend ist, hierin Entwicklung gemeinsamer Vorstellungen und Interessen. Unterstützung durch Bereitstellung von Ressourcen
Netzwerkmodell:	zweckgebundene, u.U. lose Zusammenarbeit. Kern gemeinsamer Organisation, Basis Kompetenz von Einzelakteuren. Offenheit Zugang begünstigt ad-hoc-Akteure, häufige Restrukturierung

Organisationsform / Analysedimension	Kooperationsmodell	Initiierungsmodell	Verwaltungsmodell	Netzwerkmodell
Organisationsstruktur	flache Hierarchie	steile Hierarchie	bürokratische Hierarchie	multizentrisch
Strategie	Einbeziehung vieler	Zurückhaltung	Unterstützungseistung	begrenzte Dauer
Diskursstruktur	gleichberechtigte Kommunikation	Unterweisung	Berichterstattung	Wissensaustausch
Denkstil	prozessorientiert	zielorientiert	Entlastungsorientiert	Effizienzorientiert

Quelle: de Haan, G. / Kuckartz, U. / Rheingans-Heintze, A. (2000)

Im Moment scheint noch nicht festzustehen, ob diese Modelle quasi als gleichrangig anzusehen sind oder eher unterschiedliche procedures darstellen, die je nach politischem Kontext realisierbar sind. Aufgrund der Berichterstattung über aktuelle Konfliktregulierungsverfahren neige ich eher der zweiten Bewertung zu. Wesentlich dürfte indes ein weiterer Aspekt sein, der bislang noch nicht näher beurteilt werden kann: die Dynamik eines in Bewegung gekommenen sozialen Prozesses.

Unabhängig von den jeweiligen Initiierungsbedingungen bewirken diese Prozesse in ihrem konkreten sozialen Bezugsfeld (politische Gremien, Verwaltung, Planungsbehörden, BürgerInnen) Anstöße zu weiteren Überlegungen, Erfahrungen mit Verfahren oder Entlastung bei psycho-sozialen Barrieren zwischen Beteiligten. Diese mittelfristigen Effekte lassen bislang noch nicht abschätzen, so dass sich der Fokus unserer Perspektive wieder zurückbewegen muss zur Frage der Bedingungen, unter denen Konsensfindung organisiert oder Konfliktmanagement erfolgreich durchgeführt werden kann.

In den bisherigen Betrachtungen habe ich einen Aspekt noch nicht erwähnt: den der Leitbilder und ihrer Funktion für eine nachhaltige Entwicklung. Ich möchte dies an einem ganz konkreten Problemfeld näher beschreiben, das Ihnen hier in Nordrhein-Westfalen ähnlich bekannt ist wie in Brandenburg oder Sachsen: dem Braunkohletagebau.

Der Abbau von Braunkohle zählt zweifellos zu den gravierendsten Eingriffen in die Natur und die sozialen Lebensbedingungen der Menschen einer Bergbauregion. Darüber hinaus stellt er auf der Planungsseite eine der umfassendsten Formen von Regionalplanung dar, da mehrere Fachplanungen in einem solchen Prozess ineinander greifen müssen. Die klassischen Planungskategorien (Dorfentwicklung, Stadterweiterung, Regionalentwicklung, usw.) beziehen sich jeweils nur auf Teilausschnitte. Braunkohletagebau, das ist ein politisch

brisantes und gesellschaftlich äußerst umstrittenes Feld. Entsprechend sind die jeweiligen Randpositionen im Diskurs klar:

- Nachhaltigkeit kann es aus Sicht der Gegner des Braunkohletagebau nicht geben, weil der Verlust von Heimat für die Betroffenen per se nicht nachhaltig sein kann oder
- Nachhaltigkeit ergibt sich aus der Sicht des bergbautreibenden Unternehmens aus den ökonomischen und planerischen Leistungen, soweit materielle Entschädigungen, Planungsaufwand und ökologische Ausgleichsmaßnahmen über den gesetzlichen (Mindest-)Bedingungen liegen.

Für die Planungsbetroffenen ist dieser Diskurs in der Phase bedeutsam, in der die politischen Grundsatzentscheidungen diskutiert und gefällt werden.
Danach – und dies sowohl im Rheinischen Braunkohlerevier wie auch in der Lausitz – stellt sich für die Planungsbetroffenen die Frage nach dem für sie zunächst wichtigsten Aspekt von Nachhaltigkeit: der Sozialverträglichkeit.

Ich werde nun keine Diskussion über Kriterien und Bedingungen von Sozialverträglichkeit beginnen, sondern an diesem Beispiel lediglich die Wirkungsweise eines Leitbildes für den Nachhaltigkeitsdiskurs beschreiben.

In der Nachhaltigkeitsdebatte beziehen wir uns zumeist auf das sog. 3-Säulen-Modell nachhaltiger Entwicklung (Ökonomie, Natur, Soziales). In diesem Sinne sind die sozialen Bedingungen (Akteure, Verfahren, Beteiligungschancen, ...) ein Element des Diskurses. Sozialverträglichkeit regionaler Planungen stellt ein Element des Nachhaltigkeitsdiskurses dar. Systemtheoretisch handelt es sich um ein Subsystem, das in intensiven Wechselwirkungen mit den anderen beiden main-subsystems steht. Jedes dieser Subsysteme ist mehrdimensional zu denken und wäre planerisch auch so zu perzipieren. Sozialverträglichkeit ist in diesem Sinne kein eindimensionales Kriterium, sondern ein mehrdimensionales Konstrukt.

Diese Sichtweise unterscheidet sich von einer sequenziellen Deutung, wie sie sich beispielsweise in der Konzeption von Checklisten oder „Copy the best"-Strategien widerspiegelt. Das Leitbild einer nur materiell saturierten Umsiedlung, das neue Lebenswelten in „Besser-wohnen"-Einfamilienhaus-Idyllen proklamiert, orientiert sich an derartigen Vorstellungen. Es wurde nach der gesellschaftlichen Wende rasch von den alten in die neuen Bundesländern transferiert und auch dort zunächst einmal Grundlage regionaler Planungen.

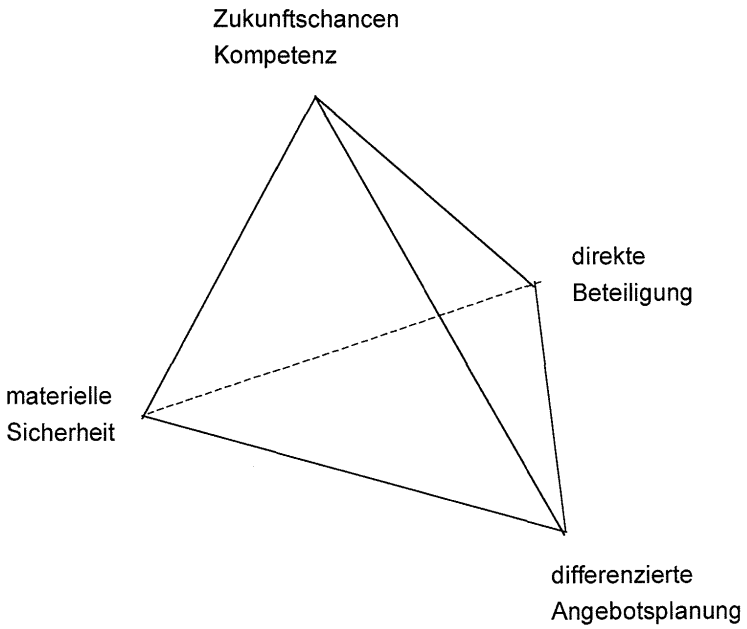
In den Interviews, die wir im Rahmen eines Projektes für das Ministerium Landwirtschaft, Umwelt, Naturschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg mit UmsiedlerInnen in der Lausitz geführt haben, lassen sich indes andere Beurteilungskriterien erkennen. Danach stehen mehrere Aspekte für die Planungsbetroffenen in einem wechselseitigen Verhältnis im Vordergrund. Zwar variieren diese im Zeitablauf, sie erhalten je nach Problemlage eine unterschiedliche Gewichtung, dennoch sind sie insgesamt gesehen ‚stabil' und geben einen Eindruck von den sozialen Bedingungen, die als nachhaltig erlebt und interpretiert werden.

Bei den Beurteilungskriterien für Sozialverträglichkeit stehen u. a. folgende Aspekte im Vordergrund:

- Zukunftschancen und Kompetenz
- materielle Sicherheit
- direkte Beteiligung
- differenzierte Angebotsplanung

Sie werden nicht nur interdependent gesehen (beispielsweise hängt die Beurteilung der Angebotsplanung mit dem Umfang der direkten Beteiligung zusammen), sondern weisen auch im Zeitablauf unterschiedliche Bedeutung auf. Die unterschiedliche Gewichtung im Zeitablauf einer sich über Jahre dahinziehenden Regionalplanung ist eines der Argumente gegen eine eindimensionale Leitbildformulierung.

Abb. 1: Zur Interdependenz von Beurteilungskriterien zur Sozialverträglichkeit



Dass regionale Planungsprozesse wie etwa Umsiedlungen ein besonders hohes Maß an Konfliktmanagement erfordern, bedarf keines weiteren Hinweises. Umso mehr stellt sich die Frage, wie etwa die

- Nachhaltigkeit der Planung,
- Zielsetzungen, Effektivität und Legitimität oder
- Verfahrensfragen, Planungshierarchie und Beteiligungsverfahren beurteilt werden können.

In dem hier skizzierten Planungsverfahren wurde letztlich ein vergleichsweise hohes Maß an Planungseffizienz erreicht – bei gleichzeitig hoch symbolischer, faktisch jedoch niedriger Beteiligung der Planungsbetroffenen an allen öffentlichen / gemeinsamen Infrastrukturmaßnahmen. Obgleich in der abschließenden Phase des Planungsprozesses eindeutig soziale Träger für eine nachhaltigen Entwicklung erkennbar sind, verharrt die politische Entscheidungsebene in einem Zustand gegenseitiger Blockierung.

Zusammengefasst lässt sich sagen: Es gibt in den neuen Bundesländern deutliche Hinweise auf eigenständige Entwicklungspfade bei derartigen Planungsprozessen, sofern sie nicht durch den Transfer ‚alter' Verhaltensmuster – aus den alten Bundesländern – überdeckt und zugeschüttet werden. So drücken sich beispielsweise in den Orientierungen der BürgerInnen der Lausitz spezifische Erfahrungen aus der Zeit der gesellschaftlichen Wende aus: die Bürgerbewegung formulierte während der Wende ein anderes Verständnis von Bürgergesellschaft.

Die Idee der ‚Runden Tische' basierte gleichzeitig auf zwei kulturellen Mustern des ‚Miteinander-Umgehens': Einer Kultur des Streitens und einer des Kompromisses. In Gesprächen betonen viele BürgerInnen, dass es ihnen nicht um Konfrontation geht, sondern um die Suche nach Lösungen. Runde Tische als Parallelinstitutionen sind in dieser Perspektive kein Thema. Dieser Diskurs erscheint eher als Ausdruck der politischen Konfrontation in den alten Bundesländern. „Planing for real" formuliert eher die Perspektive und die Zielsetzungen, die mit der Forderung nach – nicht nur symbolischer – Bürgerbeteiligung verbunden sind.

Zwischen Konsensfindung und Konfliktmanagement. Warum zwischen?

Soweit Konsensfindung den Prozess umschreibt, der beim Austausch von Informationen, bei der Klärung von Mitgestaltungsmöglichkeiten, bei der Konzeption von Vorschlägen, beim Aufgreifen von Begründungszusammenhängen in Gang kommt, ist er unabdingbar.
Als formalisierte Regel für die Entscheidungsfindung entleert er sich dieser sozialen Funktionen weitgehend; im Extrem etabliert er den Status quo als Dauerzustand und Durchsetzungsmacht für die Durchsetzungsfähigen.

Als institutionalisierter Prozess taugt er zur Verhandlung von Interessen soweit wie die Rahmenbedingungen des Diskurses für alle Beteiligten klar und akzeptiert sind. Als symbolischer Popanz (und insofern Synonym für ‚Parallelinstitution' oder ‚Entmachtung demokratischer Institutionen') wird er wohl überall da gerne aufgegriffen, wo sich die praktizierte Planungskultur weiterhin an obrigkeitsstaatlichen Vorstellungen orientiert.

Wenn die Nachhaltigkeit regionaler Planungsprozesse nicht nur eine Frage der Effizienz und Legitimität ist, sondern kommunikative Kompetenz der Akteure ebenso wichtig ist wie personale und strukturelle Fairness, dann liegt der neue Ansatz wohl in dem Zusammenwirken institutioneller Partizipations- und individueller Kooperationsformen, die sich an demokratischen Planungskulturen orientieren.

Dr. Günter Warsewa

Akteurskonstellationen im Nachhaltigkeitsprozess[1]: Zwischen Diffusion und Konzentration

1 Nachhaltige Entwicklung als inszenierter Innovationsprozess auf lokaler/regionaler Ebene

Städtische oder regionale Entwicklung, die sich am Leitkonzept der „Nachhaltigen Entwicklung" orientieren will bzw. soll, muss höchst widersprüchliche Anforderungen ausbalancieren: Auf der einen Seite sind mehr Partizipation und dezentrale Verteilung von Verantwortung und Entscheidungsbefugnissen gefordert; auf der anderen Seite gehen damit aber keineswegs – und schon erst recht nicht selbstverständlich – Fortschritte in der Sache, mehr Effizienz, Flexibilität, Legitimität etc. einher. Ähnliches gilt für die Akteurskonstellationen: Auf der einen Seite sollen alle Beteiligten sich zukunftsgerecht, und das heißt im Sinne der Agenda 21 verständigungs-, kooperations-, konsensorientiert verhalten, auf der anderen Seite stecken alle Beteiligten in realen Handlungszusammenhängen, die von Machtkalkülen, Interessenvertretungsaufgaben, spezifischen sozialen Funktionen etc. geprägt sind.

Da das politische System unseres Landes nach konkurrenzdemokratischen Prinzipien funktioniert, in denen das Durchsetzungsvermögen in der politischen Auseinandersetzung über den Einfluss bei der Herstellung von verbindlichen Entscheidungen bestimmt, da überdies die Personen und die Organisationen von dieser politischen Alltagspraxis geprägt sind und da sie in dieser Praxis ihre – mehr oder weniger erfolgreichen – Handlungsroutinen entwickelt haben, können sie nicht einfach „aus ihrer Haut heraus". Selbst wenn die Politikinnovationen, mit denen auf regionaler und lokaler Ebene seit geraumer Zeit in vielfältiger Weise experimentiert wird – in Planungszellen, Bürgergutachten, Runden Tischen, Mediationsverfahren, Bürgerforen etc. – häufig in der Sache erfolgreich sind, d. h. „akzeptablere" Problemlösungen erbringen als herkömmliche Politik- und Planungsprozesse, können sie nicht die formellen und legitimierten Verfahrensweisen in administrativen und politischen Entscheidungsprozessen ersetzen. In diesen Verfahrensweisen ist aber eben in der Regel das Handlungsrepertoire der öffentlichen politischen Auseinandersetzung gefragt.

---

[1] Die folgenden Ausführungen beruhen im wesentlichen auf den Befunden von zwei Forschungsprojekten, an denen der Autor beteiligt ist: **Informieren-Anbieten-Verordnen. Wege zu nachhaltigen Konsummustern zwischen Konflikt und Konsens** (im Förderschwerpunkt „Modellprojekte für nachhaltiges Wirtschaften" des BMBF) sowie **Bedingungen institutioneller Stabilisierung lokaler Agenda 21-Prozesse - Modellhafte Stabilisierungspfade** (Kooperation mit Münchner Projektgruppe für Sozialforschung e.V. (MPS), München und B.A.U.M Consult GmbH, München; gefördert von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt)

Insofern hilft der Versuch, die Spielregeln der politischen Auseinandersetzung gleichsam außer Kraft zu setzen, nur wenig. Die Forderung „alle an einen Tisch", oftmals noch ergänzt durch den gutgemeinten Vorschlag einer möglichst unabhängigen Moderation, führt ohne Berücksichtigung dieser Spielregeln gerade zu jener Etablierung einer marginalen „Nebenpolitik", die in vielen Agenda 21-Prozessen beklagt wird. Andererseits sind es nicht zuletzt die eingefahrenen Handlungsroutinen und Rituale des formellen politischen Systems, die als Blockaden inhaltlicher Innovationen und neuer Problemlösungen wirken. In prozessualer Betrachtungsweise stellen lokale oder regionale Nachhaltigkeitsprozesse also Versuche dar, bewusst Innovationsprozesse in einem wenig innovationsfreundlichen Umfeld zu inszenieren.

2 Die Akteure und ihre Handlungsbedingungen

Neben dem Problem der Handlungsroutinen hat die Prozessgestaltung in derartigen inszenierten Innovationsprozessen insbesondere die Handlungsbedingungen der Akteure zu berücksichtigen. In der Regel sind hier zahlreichere und verschiedenere Akteure involviert als in den üblicherweise fachlich strukturierten Politik- und Planungsprozessen. Neben den formellen Mitspielern des politischen Systems, den Parteien, Regierungen, Verwaltungen, Parlamenten, Trägern öffentlicher Belange, Institutionen des öffentlichen Rechts etc. und den hoch organisierten und professionellen Mitspielern wie Gewerkschaften, Umweltverbänden, Kirchen etc. sind schwach oder gar nicht organisierte „Laien"mitspieler wie Bürgergruppen, „unpolitische" Vereine, selbst einzelne Bürger/innen zu beteiligen. An solchen inszenierten, d. h. nicht selbst organisierten Innovationsprozessen teilzunehmen, bedeutet für alle diese Akteure, dass sie eine Reihe von dadurch entstehenden Belastungen auf sich nehmen (müssen). Sie müssen Zeit, Personalkapazitäten, u. U. weitere Kosten aufbringen, bei kollektiven Akteuren können sich Störungen der Organisationskultur einstellen, und je stärker der Abstimmungs- und Kompromissdruck wird, desto größer wird für sie das Risiko von Legitimationsproblemen mit ihrer Basis, ihren Mitgliedern, ihren Partnern. Die Aussichten auf Vorteile und Gewinne durch die Beteiligung an solchen Innovationsprozessen sind dagegen zumindest unsicher. Insofern neigen die beteiligten Akteure zu einem strukturellen Konservatismus, der die Beteiligung an solchen Prozessen jederzeit am Kosten-Nutzen-Verhältnis misst und zur Reaktivierung herkömmlicher Handlungsroutinen tendiert.

Überdies wirken sich auch auf der Ebene der beteiligten Personen bzw. Persönlichkeiten die widersprüchlichen Anforderungen nachhaltigkeitsorientierter Innovationsprozesse aus. Gerade wenn sich die Repräsentanten von Organisationen in Bürgerkonferenzen, an Runden Tischen, in Agenda 21-Arbeitsgruppen u. dergl. persönlich engagieren und auf den Anspruch verständigungs- und konsensorientierten (Ver)Handelns einlassen, geraten sie u. U. in Loyalitätskonflikte, da sie in erster Linie die Interessen der sie entsendenden Organisation zu vertreten haben. Inszenierte Innovationsprozesse – zumal mit einer inhaltlichen Ausrichtung auf nachhaltige Entwicklung – bedeuten mithin für die beteiligten

Personen eine institutionelle Doppelbindung, die häufig mit schwierigen Identitäts- und Rollenkonflikten einhergeht.

3 Das Spektrum von Entwicklungsoptionen

Die Analyse von lokalen/regionalen Agenda 21-Prozessen zeigt, dass die dargestellten Probleme in typischen Mustern auftreten, die von den einzelnen Akteuren im wesentlichen im Rahmen der ihnen vertrauten und überschaubaren Handlungsrepertoires beantwortet werden. Politiker und Verwaltungsleute nutzen z. B. dann doch die Defizite von Bürgerinitiativen und wenig organisierten Akteuren aus, die in der Regel wenig Zeit, Wissensrückstände und Informationslücken haben, und entlasten sich mit Hilfe ihrer Herrschaft über das Verfahren.

Für Bürgergruppen wie für verbandsmäßig organisierte Interessen gilt dagegen häufig, dass sie Beteiligung einklagen, ohne wirklich Verantwortung für Entscheidungen übernehmen zu wollen. Die Bereitschaft, darüber mitzuentscheiden, dass es in politischen Prozessen Gewinner und Verlierer gibt, ist bei ihnen sehr gering ausgeprägt. Trotz ihres eigenen Anspruchs auf gemeinsame Entscheidungen, ziehen sie sich selbst häufig auf die Rolle als Interessenvertreter zurück und erwarten Entscheidungen von „der Politik".

Vor diesem Hintergrund zeichnet sich für die Auflösung der dargestellten Konflikte ein Grundmuster ab, das die von den Akteuren verfolgten Entwicklungsoptionen für solche nachhaltigkeitsorientierten Innovationsprozesse zusammenfasst. Sie bewegen sich zwischen einer Option, die sich auf zentralistische und hierarchische Organisationsformen richtet und einer eher dezentral orientierten, netzwerkartigen und auf gesellschaftliche Diffusion von Ideen und Praktiken abzielenden Organisationsform (siehe Übersicht).

Übersicht 1: Entwicklungsoptionen in AGENDA 21-Prozessen

Option / Kennzeichen	dezentrale Organisationsstruktur; gesellschaftliche Diffusion	zentrale Organisationsstruktur; gesellschaftliche Konzentration
Typische Konflikte	• Handlungsfeldbezogene Leitziele und -linien; („Leitplanken"prinzip) • Projektorientiert • Konsensprinzip und non-decision-Strategie • Runder Tisch als Konsultations-, Beratungs-, Unterstützungs-zusammenhang • allgemeine Ressortfinanzierung, Drittmitteleinwerbung, Sponsoring etc. • Ausbau von Netzwerkstrukturen	• generelle/generalisierte Handlungsanweisungen; (Leitbildprinzip) • „event"-, aufklärungs-, motivationsorientiert • Mehrheitsprinzip und Konflikt-/Kompromissprinzip • Runder Tisch als Arena gesell. Konfliktbearbeitung • eigenständiger AGENDA-Haushalt • gesonderte Institutionalisierung
Bedingungen	• stetiges Engagement von „Multiplikatoren" und Moderatoren • wachsende Beteiligung vieler engagierter Bürger/innen und Gruppen • Projekte als Ausgründungen • Neuverteilung von Verantwortung / Bereitschaft zum Umdenken • Risikobereitschaft bei allen Akteuren	• politische Unterstützung (als Profilierungs- oder Entlastungsstrategie) • konstante Beteiligung von „Nachhaltigkeits"aktivisten und -profis • Kontrolle und Controlling • Verankerung im Rollen-, Interessen-, Milieubezug • Machtbalance zwischen den Akteuren
Chancen	• Produktion von sozialem Kapital, von Gemeinsinn und Vertrauen • gegenseitige Bestärkung von praktischen Veränderungen und Verbreitung von Inhalten	• Ausbildung einer „Nachhaltigkeits-Community" • Institutionalisierte Vertretung von „Nachhaltigkeits"interessen
Risiken	• Ziele und Inhalte werden zusehends unkenntlich; • Prozess „verläppert" sich in verselbständigten Einzelprojekten	• „Nachhaltigkeitselite" etabliert sich getrennt von Machtelite; • Prozess „verknöchert" in Bürokratisierung und Marginalisierung

Während auf der einen Seite die Chancen weitreichender Verbreitung und pragmatischer Umsetzung der Ansprüche einer nachhaltigen Entwicklung dem Risiko entgegenstehen, dass die strukturverändernden Ziele im Verlauf dieses Prozesses verloren gehen, zielt die andere Option auf die Eroberung von gesellschaftlichen Machtpositionen für eine „Nachhaltigkeits-Community" ab, um auf diese Weise die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung wirksamer verfolgen zu können. Das Risiko dieser Option liegt in der möglichen Marginalisierung einer zwar institutionalisierten, aber wenig einflussreichen Vertretung entsprechender Interessen.

Tatsächlich stellen sich die Agenda 21-Prozesse in vielen Regionen und Städten ebenso wie andere derartige Innovationsprozesse als spezifische Mischungen dieser beiden Optionen dar, die teils mehr in die eine, teils stärker in die andere Richtung tendieren. Chancen auf effektive bzw. innovative Mischungen scheinen mittelfristig durchaus vorhanden, da eine eindeutige Zuordnung bestimmter Akteure bzw. ideologischer Lager zu einer dieser beiden Optionen in der Regel nicht festzustellen ist.

Zusammenfassung Workshop-Diskussion Statements Heinzel / Warsewa

- **Veränderung der Anforderungen an die Organisationsform**

Sind bestimmte Netzwerke innovativer als andere? Netzwerke, die auf starken sozialen Beziehungen beruhen, haben gewisse Vorteile, die darin liegen, dass man bessere Verbindlichkeiten und eine gemeinsame Identifikation herstellen kann und damit in der Umsetzung von Innovation Vorteile hat. Allerdings ist deren Schwäche, dass es häufiger zu Verwicklungstendenzen kommt. Netzwerke, die auf schwachen sozialen Beziehungen basieren (z. B. offenes Forum mit Akteuren aus unterschiedlichsten Kontexten), haben auf der einen Seite das Problem, dass Verbindlichkeiten schwerer herzustellen sind, auf der anderen Seite bieten sie aber durch die vielfältigen Perspektiven der Beteiligten eine sehr gute Möglichkeit, Innovation in Gang zu setzen. Eine Überlegung wäre, wie man es in regionalen Agenda-Prozessen schaffen kann, diese Stärken und Schwächen von „strong-tie"- und „weak-tie"-Netzwerken aufeinander zu beziehen, um dadurch Synergieeffekte zu bekommen.

Wichtig ist eine notwendige Differenzierung zwischen den verschiedenen Phasen in solchen Prozessen. In der Anfangsphase ist es sehr sinnvoll, möglichst wenig Verbindung, wenig starke Beziehungen, wenig Verbindlichkeit herzustellen, um die kreativen, flexiblen Potenziale solcher Prozesse möglichst stark zu machen. Im Laufe des Projektes braucht man aber einen sehr klar organisierten Übergang hin zu mehr Verbindlichkeit, zu starken Beziehungen und u. U. zu rechtlichen/vertraglichen Formen der Regelung von Beziehungen zwischen den Beteiligten. Das heißt, im Laufe eines Projektes erfolgt eine Entwicklung vom „kreativen Chaos" hin zu einer Art traditioneller Politik.

- **Die Bedeutung personeller Wechsel**

Personelle Wechsel in Prozessen der NRE haben unterschiedliche Bedeutung. Während sie auf der einen Seite das Funktionieren der vorhandenen Strukturen stören können, können sie gerade in festgefahrenen Problemlagen hilfreich sein.

Beispiel: Mediationsverfahren sind häufig dann notwendig, wenn konfliktreiche Auseinandersetzungen eine lange Vorgeschichte haben und verschiedene Akteure auf beiden Seiten eine Vielfalt von persönlichen Vorurteilen entwickelt haben. Diesen Personenkreis

nun an einen Tisch zu bekommen, wäre beispielsweise eine Notwendigkeit, um einen Prozess überhaupt in Gang setzen zu können. Das könnte durch einen neutralen Dritten gelöst werden, typischerweise wird hierfür ein Mediator gesucht, individuelle Lernprozesse zu initiieren. Ein anderer Ansatz ist der, dass im Verfahren die Vertreter der einzelnen Parteien ausgetauscht werden, so dass es auf der persönlichen Ebene keine Komplikationen mehr gibt.

- **Kooperation oder Konfrontation**

Eine Kooperation zwischen verschiedenen Akteuren ist dann möglich, wenn die Identität zwischen den Akteuren stimmt. Gleichzeitig wurde betont, dass man den Akteuren in einem Prozess die Möglichkeit der Konfrontation lassen muss, denn auch dadurch kann ein Prozess vorangetrieben werden.

- **Indikatorenmodell**

Zum Ende der Diskussion kam die Frage nach den Erfolgskriterien für Prozesse der nachhaltigen Entwicklung und der Evaluation von Verfahren auf. In diesem Zusammenhang wurde der Einsatz von Indikatoren zur Überprüfung des Erfolges kontrovers diskutiert. Ein Vertreter aus der Praxis hielt die Entwicklung von Indikatoren für positiv, obwohl sie nicht unbedingt zum Lösen der vorhandenen Probleme beitragen. Der Vorteil der Entwicklung eines Indikatorenkataloges, in diesem Fall in Zusammenarbeit mit einer wissenschaftlichen Einrichtung, sah er insbesondere in der Tatsache, dass er hilft, die vorhandenen Probleme anhand der Indikatoren besser identifizieren zu können. Diese Meinung wurde weitestgehend geteilt, es wurde jedoch darauf hingewiesen, dass man anhand eines solchen Kataloges nicht messen kann, wie weit man auf dem Wege einer nachhaltigen Entwicklung vorangekommen ist.

- **Zusammenfassung**

Zu Beginn der Diskussion wurde weitgehendst die These vertreten, dass neue Akteure für die Entlastung der alten Akteuren und der alten Politikmechanismen auftreten. Im Laufe der Diskussion stellte sich aber heraus, dass diese Art der Entlastung zwar ein wichtiges Motiv darstellt, faktisch bedeutet die Einbeziehung neuer Gruppen und die Schaffung dezentraler Entscheidungsstrukturen aber erst einmal eine Belastung für den Prozess. Mittel- und langfristig ist dieser Wandel jedoch richtig und kann zu besseren Entscheidungsstrukturen führen.

Ergebnisse Workshop-Diskussion „Akteure"

Der Workshop II gab den Beteiligten die Möglichkeit zur Kommunikation unter der Kernfrage „Welche Bedeutung kommen den verschiedenen Akteuren in einer nachhaltigen Regionalentwicklung zu?". Weitere Fragen, die sich im Laufe der Referate und der Diskussion herauskristallisierten, waren:

- „Welche neuen Akteure gibt es?"
- „Wie verhalten sie sich im Prozess einer NRE?"
- „Welcher Wandel der Akteurskonstellation im Prozess einer NRE wird beobachtet?"

Unter der Prämisse, dass eine Integration neuer Akteure für eine erfolgversprechende NRE unverzichtbar aber auch mit erheblichen Problemen verbunden ist, wurden folgende zwei Thesen während der Diskussion immer mehr in den Vordergrund gerückt:

- **These 1: Es gibt keine Akteurskonstellation, die an sich nachhaltig ist.**

Alle Akteurskonstellationen sind erst einmal ergebnisoffen. Erst die Frage nach der Einbettung in das regionale Milieu beantwortet die Frage nach der Nachhaltigkeit einer bestimmten Konstellation von Akteuren. Als Beispiel wurde zum einen die Industrie- und Handelskammer (IHK) in Dortmund benannt, die durch ihre innovative Arbeit nachhaltige Konzepte fördert. Im Gegensatz dazu, ist die IHK Niederrhein sehr konservativ ausgerichtet und nimmt nicht die Rolle eines innovativen Akteurs für ihren Bezirk ein.

- **These 2: Die Einordnung nach „top-down" und „bottom-up" ist zu einfach und problematisch**

Nachteil einer Einordnung in top-down- und bottom-up-Ansatz ist der, dass innovative Akteurskonstellationen, die es nicht erst seit dem Konzept einer NRE gibt, in diesem Ansatz nicht richtig zur Geltung kommen. Als Beispiel einer innovativen Akteurskonstellation gilt die regionalisierte Strukturpolitik im Ruhrgebiet der 80er Jahre.

Workshop III: Instrumente einer nachhaltigen Regionalentwicklung

Einführung

Dr. Guido Nischwitz

Instrumente sind die Mittel, die den Akteuren und Institutionen zur Gestaltung und Steuerung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und räumlichen Entwicklung zur Verfügung stehen (angelehnt an Selle 2000, S. 66).

Der dynamische Wandel von Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft verändert die Bedingungen, Kapazitäten und Fähigkeiten einer Steuerung räumlicher und gesellschaftlicher Entwicklung. Im Zusammenspiel mit dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung ergeben sich im politisch-räumlichen Mehrebenensystem tiefgreifende Veränderungen: Die Problem- und Steuerungsebenen fallen auseinander, angesichts des „Leerlaufens hochregulativer Planung" und dem Verlust an staatlicher Steuerungskompetenz kommt es zu einer Veränderung des Steuerungs- und Planungsverständnisses. Vor diesem Hintergrund werden Steuerungskompetenzen, -fähigkeiten und -kapazitäten räumlich und politisch neu gefasst. Dabei erfährt die regionale Handlungsebene eine deutliche Aufwertung.

Gerade auf der regionalen Ebene haben sich sowohl modifizierte als auch neue Formen politisch-institutioneller Steuerung, kooperativer Regelungsstrukturen und zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation entwickelt. Eine Ursache dafür sind bottom-up-Ansätze und Aktivitäten im Rahmen von Agenda 21-Prozessen, Netzwerkbildungen und neuen Kooperationsformen von Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Die damit einhergehende Prozess- und Akteursorientierung sowie das Zusammenspiel der drei Steuerungsformen Hierarchie, Markt und Netzwerk / Zivilgesellschaft befördern den Aufbau von Regional Governance-Strukturen, verstanden als ein Instrumentenkasten zur Implementierung eines strategischen Prozesses in Richtung Nachhaltigkeit (vgl. Nischwitz / Molitor 2001; Nischwitz / Molitor / Rohne 2002).

Hierarchische und regulative Planung wird vermehrt durch ein Initiieren, Begleiten und Flankieren räumlicher Entwicklung ergänzt und z.T. ersetzt. Räumliche Steuerung wird daher verstärkt als Kommunikations- und Kooperationsprozess verstanden, der mit flexiblen, informellen, management- und abstimmungsorientierten Instrumenten arbeitet (vgl. Abb. 1).

Von besonderer Bedeutung für den Instrumenteneinsatz erweist sich die politisch-räumliche Verschiebung der Steuerungs- und Handlungsebenen. In den Mittelpunkt der gesellschaftlichen und politischen Aufmerksamkeit rücken v.a. Regionen, für die eine bessere Steuerungs- und Handlungsfähigkeit unterstellt wird. In verschiedenen Politikbereichen (u.a. Raumordnungs-, Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Agrarpolitik) und in der regionalen Praxis (z.B. Regionale Entwicklungskonzepte), hat sich demzufolge eine große Spannbreite an regionalen Handlungsansätzen und Instrumenten ausgebildet.

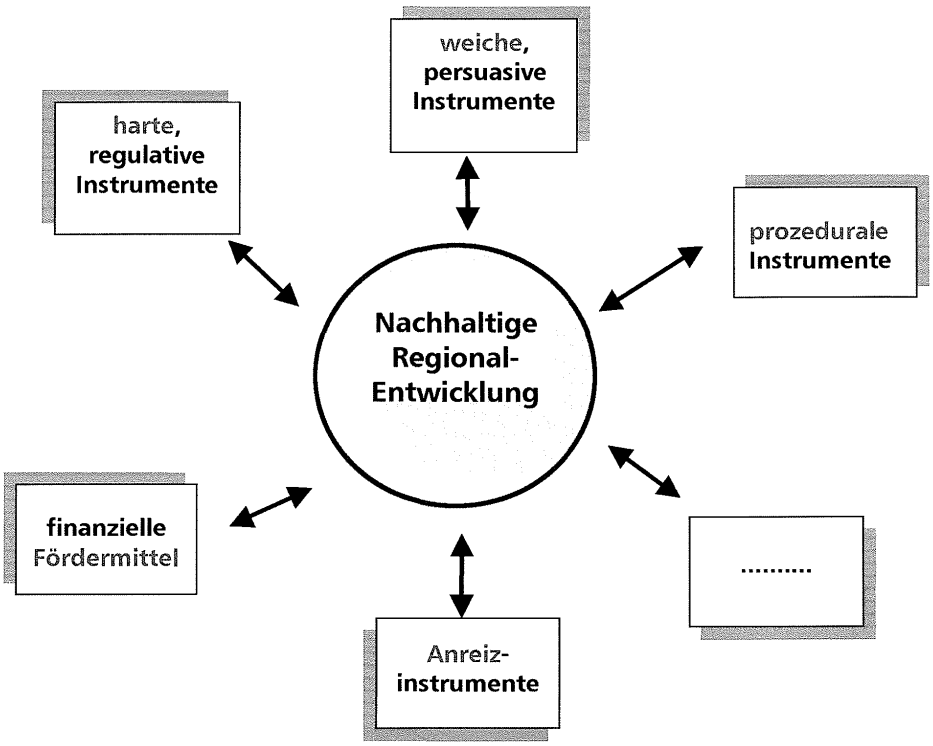
Neben formellen Ansätzen in Form von Plänen und Programmen treten auf regionaler Ebene verstärkt kommunikations-, beteiligungs- und projektorientierte Instrumente auf.

- Regionalkonferenzen
- Regionale Entwicklungskonzepte
- Regionalmanagement
- Regionale und interkommunale Kooperation
- Regionale Netzwerkbildung
- Foren, Workshops, Runde Tische
- Zukunftswerkstätten, open space
- Moderation, Mediation, Beratung
- Evaluation und Monitoring
- Wettbewerb
- Agenda 21-Prozesse
- Organisationsentwicklung.

In der Praxis stehen die unterschiedlichen Instrumente und die entsprechenden Politikbereiche allerdings häufig unverbunden und z.T. in Konkurrenz nebeneinander. Für die Umsetzung einer nachhaltigen Regionalentwicklung rücken daher vier zentrale Aspekte in den Mittelpunkt des Interesses:

- Planungs- und Steuerungspraxis: Welche traditionellen und neuen Instrumente haben sich in der regionalen Praxis bewährt?
- Integration: Wie funktioniert die Abstimmung und das Zusammenspiel der Instrumente?
- Nachhaltigkeit: Welchen Anforderungen müssen Instrumente für nachhaltige Regionalentwicklung erfüllen?
- Neukonstellation: Welchen Instrumentenkasten braucht nachhaltige Regionalentwicklung?

Abb. 1: Instrumente für nachhaltige Regionalentwicklung



Workshop IIIa

Steuerungsprobleme? Instrumenteneinsatz der regionalen Praxis

Workshop IIIa thematisierte die Ausgangslage des Instrumenteneinsatzes auf staatlicher und regionaler Ebene. Im Mittelpunkt standen Fragen nach konkreten Steuerungsproblemen und wie die Regionen räumliche Entwicklung im Rahmen von Kommunikationsprozessen steuern.

Folgende Fragestellungen ergaben sich daraus für die Diskussion:

- Haben sich mit dem Bedeutungszuwachs der regionalen Ebene auch die Instrumente gewandelt?
- Welche Erfahrungen liegen mit dem Einsatz traditioneller und neuer Instrumente vor und wie ist ihr Zusammenwirken zu beurteilen?
- Welche Handlungsansätze und Instrumente haben sich auf der regionalen Ebene als tauglich erwiesen?
- Gibt es regionsspezifische Anforderungen an Instrumente?
- Wie sehen die Abstimmungs- und Kommunikationsprozesse zwischen den Verantwortlichen und den Politikbereichen für den Instrumenteneinsatz aus?
- Wer entscheidet über die Ausgestaltung und den Einsatz der Instrumente? Sind neue Kommunikationswege und -partner bei Gestaltung, Auswahl und Einsatz von Instrumenten notwendig?
- Sind Instrumente zur regionalen Entwicklung auch Instrumente für Nachhaltigkeit?
- Welche Anforderungen werden an Instrumente für nachhaltige Regionalentwicklung gestellt?

Am ersten Tag wurde eine Verständigung der Workshop-Teilnehmer über die Handlungsansätze und den Instrumenteneinsatz in der Praxis angestrebt. Dabei ging es um die Diskussion und Vermittlung von Erfahrungen mit dem Instrumenteneinsatz, z.B. welche Instrumente sich vor Ort als tauglich erwiesen haben, auf welcher räumlichen und administrativen Ebene wie und von wem Entscheidungen über Ausgestaltung und Einsatz der Instrumente getroffen werden? Tragen die vorhandenen Instrumente zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung bei?

Referenten des ersten Tages waren Herr Dr. Michael Melzer und Herr Dr. Stefan Köhler. Herr *Dr. Melzer* leitet das ‚Institut Raum & Energie' in Wedel bei Hamburg. Er betreut in diesem Zusammenhang zahlreiche Prozesse in Städten und Regionen (u.a. die Metropolregion Hamburg). Ein weiterer Schwerpunkt seiner Tätigkeit liegt in der Forschung (u.a. FORUM Städtenetze). Herr *Dr. Köhler* ist Verbandsdirektor des ‚Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben' in Ravensburg. Er zeichnet auch verantwortlich für den ‚Kooperationsraum Bodensee-Oberschwaben', der im Wettbewerb „Regionen der Zukunft" des Bundes-

amtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) auf der Urban 21-Konferenz mit dem ersten Preis ausgezeichnet wurde.

Workshop IIIb

Modifikation oder neue Instrumente?

Welchen Instrumentenkasten braucht nachhaltige Regionalentwicklung?

Die Arbeit am zweiten Tag im Workshop ‚Instrumente' sollte die Diskussion und die Ergebnisse des ersten Tages aufgreifen und weiterentwickeln. Grundlage hierfür war eine kurze schriftliche Umfrage (Metaplan-Karten) unter den mehr als 50 Teilnehmern bezüglich folgender Fragestellungen:

1) Status Quo – Welche drei zentralen Instrumente setzen Sie zur Steuerung regionaler Entwicklung ein bzw. werden Ihrer Meinung nach eingesetzt?
2) Nutzerperspektive – Welche drei zentralen Attribute bzw. Qualitäten sollen Ihrer Meinung nach Instrumente zur nachhaltigen Regionalentwicklung aufweisen?

Folgende Fragestellungen standen im Mittelpunkt der Diskussion:

- Gibt es Kerninstrumente für nachhaltige Regionalentwicklung, die kommuniziert werden müssen?
- Brauchen wir neue Instrumente für eine nachhaltige Regionalentwicklung oder genügt eine bessere Verknüpfung und Erweiterung der bestehenden Instrumente?
- Wie könnte eine Weiterentwicklung der Handlungsansätze und Instrumente aussehen?
- Welche Anforderungen ergeben sich insbesondere an Regionalplanung und regionale Strukturpolitik? Wie könnte eine Verknüpfung aussehen bzw. kommuniziert werden?
- Welche Rolle spielen Förderprogramme und wie werden sie genutzt?
- Welche Kommunikations- und Umsetzungsqualitäten müssen Instrumente für nachhaltige Regionalentwicklung aufweisen (Bindungswirkung, Umsetzungstiefe, demokratische Legitimation)?
- Welche neuen Instrumente bieten sich an?
- Mit welchen Mitteln kann das Konzept der Nachhaltigkeit besser verankert werden?
- Welchen Instrumentenkasten, welche institutionellen und politisch-rechtlichen Voraussetzungen benötigt eine nachhaltige Regionalentwicklung?

Inhaltlich sollte am zweiten Tag v.a. über eine Weiterentwicklung des bestehenden Instrumentariums diskutiert werden: Brauchen wir neue Instrumente für eine nachhaltige Regionalentwicklung oder genügt eine bessere Verknüpfung und Erweiterung der bestehenden Instrumente? Welchen Instrumentenkasten, welche institutionellen und politisch-rechtlichen Voraussetzungen benötigt eine nachhaltige Regionalentwicklung?

Die Referate wurden durch Herrn Prof. Dr. Dietrich Fürst und Herrn Dr. Timothy Moss geleistet. *Prof. Dr. Fürst* leitet das Institut für Landesplanung und Raumforschung (ILS) der Universität in Hannover. Er hat sich in zahlreichen Forschungsprojekten und Veröffentlichungen mit neuen Steuerungsformen, Instrumenten und Ansätzen für nachhaltige Regionalentwicklung beschäftigt. Herr *Dr. Moss* ist am Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner bei Berlin als Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Regionalentwicklung tätig. Er führte u.a. für die Europäische Kommission (DG Research und Regio) in zwölf europäischen Pilotregionen eine Untersuchung zu „Regional Pathways to Sustainability" durch.

Dr. Stefan Köhler

Förderung von Kooperations- und Netzwerkbildungsprozessen als Instrumente einer nachhaltigen Regionalentwicklung

1 Die Rolle und Aufgabe der regionalen Ebene für eine nachhaltige Regionalentwicklung

Instrumente einer nachhaltigen Regionalentwicklung implizieren – gemeinsam mit, unter Umständen aber auch unabhängig von der institutionalisierten Regionalplanung – eine verstärkte Zusammenarbeit (Kooperation!) in Form verschiedenster Netzwerke

- in räumlicher Hinsicht (Städtenetze, Stadt-Umland etc.),
- durch vielfältige Beteiligte (Verwaltungen, Kammern, Verbände, Bürgerinitiativen etc.) und
- in organisatorischer Hinsicht (Agenda-Arbeitskreise, Foren, Gremien offizieller oder quasi-offizieller Natur).

Die regionale Ebene ist hier besonders gut geeignet für eine Bündelungs- und Koordinierungsfunktion. Die Regionalplanung bildet, sofern ihr Regionalentwicklung über regionale Entwicklungskonzepte und ein Regionalmanagement als Projektkoordinator politisch zugestanden wird, eine nahezu ideale Plattform zur „Produktion" von Ideen, zur Initiierung von Projekten, zur Moderation und/oder Mediation im Rahmen von regionalen Entwicklungsprozessen. Im Land Baden-Württemberg wird nach einer langjährigen Diskussion den Regionalverbänden – als Körperschaften Öffentlichen Rechts und kommunal verfasst – diese Rolle nun offiziell seitens der Landespolitik zuerkannt. Derzeit ist hierzu gerade ein Gesetz zur „Weiterentwicklung und Stärkung der Regionen" im Verfahren. Dieses Gesetz ist Bestandteil der durch das Raumordnungsgesetz gegebenen erforderlichen Änderung des Landesplanungsgesetzes.

Anreize für nachhaltige Regionalentwicklung kommen in den beiden Säulen der Nachhaltigkeit „Ökologie" und „Soziales" besonders von „unten". Diese Anreize kommen aus Verbänden, aus Agenda-Gruppen bzw. dem Bürgerschaftlichen Engagement. Sie kommen aber auch aus dem Bereich der Verwaltungen, hier insbesondere über die Amtsleiterebene („engagierte Spitzen der Verwaltung").

Die „ökonomische Komponente" der Nachhaltigkeit wird – vor allem bei kooperativen Ansätzen – auch durch politisch Verantwortliche (Bürgermeister, Oberbürgermeister, Landräte) gepusht, und zwar besonders dann, wenn sich für jeden einzelnen Kooperationspartner über sogenannte „win-win-Effekte" auch ökonomische Vorteile abzeichnen. Kooperative Ansätze werden seitens der politischen Entscheidungsträger auch dann gefördert, wenn sie eine Effizienz- und Qualitätssteigerung von Projekten, Vorhaben oder

Maßnahmen in der Regionalentwicklung bewirken. Ein weiterer Faktor, der kooperative Ansätze fördert, ist eine schnellere und flexiblere Realisierung von Projekten durch einen raschen Informationsaustausch (Voneinander Lernen, das Rad nicht nochmals neu erfinden).

2 Initiierung von Kooperationen und Netzwerken

Der erste Schritt, das „Zusammenbringen" unterschiedlicher Partner und Akteure, ist oftmals zugleich der schwierigste Schritt. Überzeugungsarbeit ist erforderlich und Vertrauen muss – sofern nicht gegeben – geschaffen werden. Hilfreich sind oft „incentives" von außen. Ein hervorragendes Beispiel für ein solchen „incentive" ist der vom Bund 1997 bis 2000 organisierte und fachlich begleitete Wettbewerb „Regionen der Zukunft". Dieser Wettbewerb war dabei in zweierlei Hinsicht bemerkenswert: Er hatte zum einen kein Preisgeld ausgelobt, zum anderen bestand zwischen den im Wettbewerb zuletzt verbliebenen 26 Regionen kein Wettbewerb im eigentlichen Sinne, sondern die Bereitschaft, sich auszutauschen und voneinander zu lernen.

Ist kein Wettbewerb gegeben, dann bildet oftmals eine schwierige wirtschaftliche und/oder gesellschaftspolitische Situation (z. B. hohe Arbeitslosigkeit) den Auslöser, um die Zusammenarbeit/Kooperation zu suchen. Ab einem bestimmten Maß schweißt der „Leidensdruck" auch gegensätzliche bzw. ansonsten eigentlich konkurrierende Partner zusammen.

Weitere Anlässe sind einzeln nicht lösbare Aufgaben im Stadt-Umland-Bereich, insbesondere bei Fragen der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung sowie der Erbringung des Infrastrukturangebotes (vor allem soziale und kulturelle Infrastruktur). Anlässe können auch ein optimiertes und größere Aufmerksamkeit erzielendes Marketinginteresse sein (Stadt und Regionalmarketing).

Als vorteilhaft hat es sich erwiesen, die Zusammenarbeit zwischen kommunalen Gebietskörperschaften untereinander, aber auch zwischen Gebietskörperschaften und anderen Partnern über ein projektorientiertes Vorgehen zu fördern. Voraussetzung ist, dass die Projekte über eine Art Umlage gemeinschaftlich finanziert werden und die Projekte so konstruiert sind, dass für jeden Partner über dieses gemeinsame Vorgehen gegenüber einem isolierten Vorgehen Vorteile gegeben sind. In der Regel sind weitgehend konfliktfreie Themen für einen Einstieg zu wählen. Erst zu späteren Zeitpunkten sollten konfliktträchtigere Themen wie z. B. regionale Marktkonzepte aufgegriffen werden.

Freiwillige Vereinbarungen, unter Umständen über Kreistags- und/oder Gemeinderatsbeschlüsse legitimiert, bilden eine geeignete Form der Festigung der regionalen Zusammenarbeit. Wichtig ist hierbei das moralische Element der Selbstverpflichtung. Es hat einen weitaus höheren Stellenwert als Gesetze oder Verordnungen. Letztere werden eher als Korsett empfunden und sind dem offenen und freiwilligen Prozess der Bildung von Netzwerken und Kooperationen gegenüber eher hinderlich.

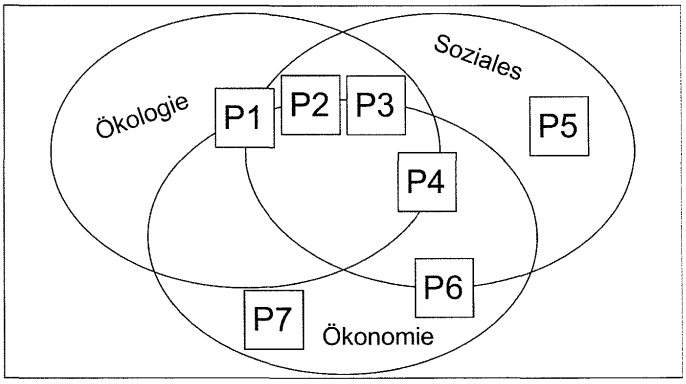
3 Beispiele für Netzwerke und Kooperationen in der Region Bodensee-Oberschwaben

3.1 Innerregionale Kooperationen

Kooperationsraum Bodensee-Oberschwaben (entstanden aus Stadt-Umland-Thematik, Freiwillige Vereinbarung als Kooperationsgrundlage, Gemeinsame Projekte zur Realisierung von Maßnahmen, umfasst 13 Städte und Gemeinden).

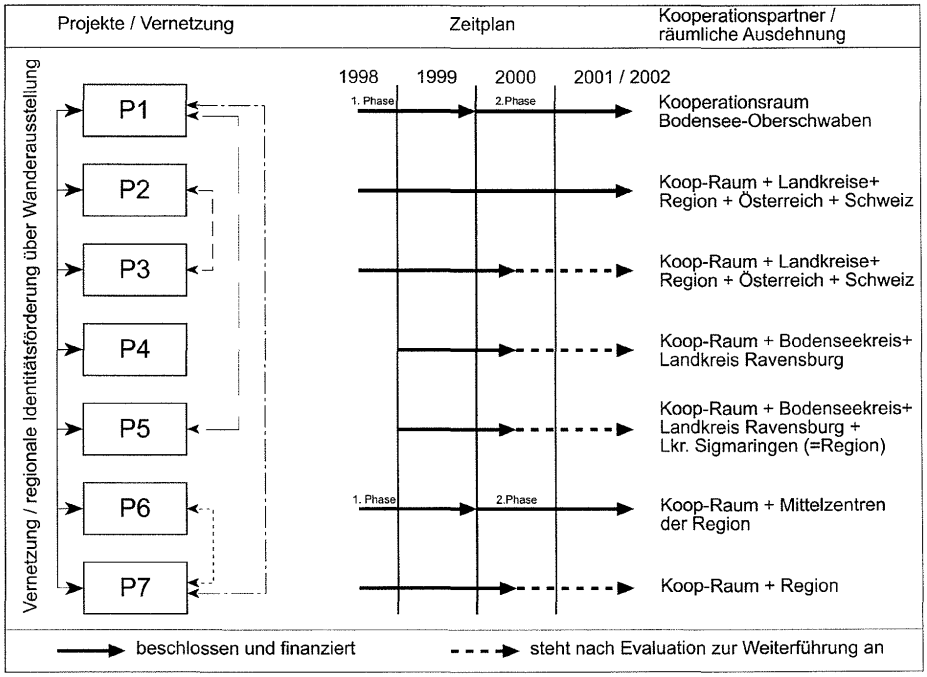
Insgesamt werden sieben verschiedene Projekte verfolgt (vgl. nachfolgende Abbildung), welche allesamt gemeindeübergreifend finanziert werden. Alle Projekte sind auf eine nachhaltige Regionalentwicklung hin ausgerichtet.

Abb. 1: Die Projekte des Kooperationsraumes und ihre Ausrichtung auf eine nachhaltige Regionalentwicklung



P1 Landschaftspark Bodensee-Oberschwaben
P2 Bodensee-Oberschwaben-Bahn, die "Geißbock-Bahn"
P3 Touristisches Mobilitäts- und Umweltinformationssystem, www.bodenseeClick.com
P4 Förderung marktwirtschaftlicher Instrumente im Umweltschutz
P5 Wissens- und Kompetenztransfer lokaler Agenda 21-Prozesse
P6 Kommunikationsregion Bodensee-Oberschwaben
P7 Standort- und Regionalmarketing

Abb. 2: Projekte des Kooperationsraumes und ihre Vernetzung



3.2 Zwischenregionale Kooperationen (Grenzüberschreitende Zusammenarbeit)

Im Fokus des Interesses steht hier die Verbesserung bzw. Intensivierung der deutsch-österreichisch-schweizerischen Zusammenarbeit in der EUREGIO Bodensee über die Internationale-Bodensee-Kommission (IBK) sowie über gemeinsame Projekte im Rahmen der EU-Programmlinie INTERREG.

Fallbeispiele aus dem Bereich der Internationalen-Bodensee-Kommission sind z. B.

- Aufwertung des Bodenseepfades (Installierung von Lehrpfaden),
- Schwachstellenanalyse zum Bodenseerundwanderweg,
- Förderung des Informationstransfers zwischen Verkehrsplanern (Bodensee-Schifffahrtsbetriebe, ÖPNV) und Touristikern (Touristinformationen, Hotels).

Fallbeispiele aus dem Bereich von Interreg-Projekten sind z. B.

- Studie zur Verbesserung des Schienen-Personen-Nahverkehrs im östlichen Bodenseeraum,
- Machbarkeitsstudie für einen beschleunigten öffentlichen Personenverkehr über den Bodensee (Katamaran Friedrichshafen - Konstanz),
- Studie zur Verbesserung des Kombinierten Schienengüterverkehrs in der Region Bodensee.

3.3 Überregionale Kooperationen (Voneinander-Lernen)

Überregionale Kooperationen von nicht unmittelbar aneinandergrenzenden Regionen entstehen in der Regel aus ähnlich ausgerichteten Interessen heraus. Oft sind es Regionen mit ähnlichen Strukturen (z. B. Tourismusregionen, Textilregionen usw.) mit ähnlich gelagerten Problemen (z. B. Verkehrsüberlastungen, strukturelle Arbeitslosigkeit). Im Vordergrund steht der Informationsaustausch, nur gelegentlich kommt es zu gemeinsamen Projekten. Hierfür bietet INTERREG gemäß Programmlinie IIIc nunmehr erstmalig die Möglichkeit der Kooperation (Voneinander-Lernen).

Fallbeispiele für Erfahrungsaustausche sind:

- Kooperation Bodensee - Plattensee - Gardasee als Tourismusregionen mit Verkehrsüberlastungen in den Sommermonaten und mit strukturschwachem „Hinterland" (reiner Erfahrungsaustausch).
- Kooperation Eco-Camping Bodensee – Lago Maggiore zur Reduktion der Umweltbelastungen auf Campingplätzen. Diese Kooperation zur Zertifizierung von Campingplätzen mit dem EU-Öko-Audit ist zugleich ein Beispiel für eine projektorientierte Kooperation.

4 Zusammenfassende bzw. abschließende Thesen

- Netzwerkbildung bzw. kooperationsorientierte Vorgehensweisen in der Regionalentwicklung sind die Folge dessen, was in Industrie, Handel und Dienstleistungen bereits länger praktiziert wird: das Eingehen von strategischen Allianzen.
- Netzwerkbildung und kooperationsorientierte Vorgehensweisen optimieren weniger interne Abläufe/Aufgabenwahrnehmung etc. (denn die sind optimiert bzw. werden im Sinne einer kontinuierlichen Prozessoptimierung ständig weiterentwickelt), sondern dienen auch der Optimierung von Schnittstellen der Aufgabenwahrnehmung verschiedener Institutionen, Verbände etc.
- Netzwerkbildung bzw. kooperationsorientierte Vorgehensweisen in der Regionalentwicklung sind erforderlich, um auf sich immer rascher ändernde Anforderungen in Wirtschaft und Gesellschaft (auch planerisch) flexibel und situationsangepasst reagieren zu können.

- Netzwerkbildung bzw. kooperationsorientierte Vorgehensweisen in der Regionalentwicklung greifen – ganz nebenbei und sicherlich unbeabsichtigt – erforderlichen Verwaltungsreformen (Verschlankung, vor allem aber Gebietsreformen) voraus bzw. überbrücken den Zeitraum, bis diese dann unabdingbar sind. Weisen Netzwerke bzw. kooperationsorientierte Vorgehensweisen in der Regionalentwicklung eine hohe Qualität und Kontinuität auf, können sie Verwaltungsreformen vielleicht sogar obsolet machen bzw. deren Erfordernis herauszögern.

5 Informationen zur Institution

Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben ist – als Körperschaft Öffentlichen Rechts – für eine der insgesamt 12 Regionen in Baden-Württemberg Aufgabenträger der Regionalplanung (gemäß ROG bzw. LplG Baden-Württemberg). Verbandsvorsitzender und Verbandsversammlung mit derzeit 54 Mitgliedern sind politische Organe (kommunal verfasst). Vorrangige Aufgaben sind die Erarbeitung bzw. Fortschreibung von Regional- bzw. Teilregionalplänen (z. B. Bodenseeuferplan, Windenergie, Rohstoffsicherung) sowie die Beratung und Unterstützung der Kommunen bei ihren Planungen (z. B. FNP, größere Einzelvorhaben).
Die Region umfasst drei Landkreise, sie weist bei 3.500 qkm an Fläche ziemlich exakt an die 600.000 Einwohner auf. Die Region gilt im Landesentwicklungsplan als ländlicher Raum mit Verdichtungsansätzen, im Bund als siedlungsstruktureller Gebietstyp "Verdichtete Kreise".

Mit dem Modellvorhaben „Kooperationsraum Bodensee-Oberschwaben" ist die Region einer von insgesamt acht 1. Preisträgern im bundesweiten Wettbewerb „Regionen der Zukunft". Weiter weist die Region in Baden-Württemberg den höchsten Anteil von Gemeinden mit Agenda-Beschlüssen und entsprechenden Agenda-Projekten auf.

Dr. Michael Melzer

Statement: Instrumente einer nachhaltigen Regionalentwicklung

Vorbemerkung

Das nachfolgende Statement versucht sich nicht an einer Definition regionaler Nachhaltigkeit und behandelt nicht die Fragen regionaler Indikatoren oder des Controllings. Alle drei Aspekte müssen jedoch berücksichtigt werden, wenn – mit welchen Instrumenten auch immer – eine nachhaltige Regionalentwicklung erreicht werden soll.

Meine Ausgangsthese ist, dass Probleme für eine nachhaltige Regionalentwicklung nicht aus fehlenden Instrumenten, sondern aus mangelnder (politischer) Zielbestimmung oder allenfalls unzulänglicher Nutzung des vorhandenen Instrumentariums resultieren.

Es gibt keine spezifischen Instrumente für eine nachhaltige Regionalentwicklung, aber es gibt – überwiegend informelle – Instrumente und Vorgehensweisen, bei denen kooperative, sektorenübergreifende, kommunikative und partizipatorische Elemente besonders ausgeprägt sind und die Verfolgung von Nachhaltigkeitszielen erleichtern. Im Prinzip steht für die Verfolgung einer nachhaltigen Regionalentwicklung der gesamte regional-politische (raumordnerische) Instrumentenkasten zur Verfügung. Dieser ist schon traditionell auf Vorsorge und die Abwägung und den Ausgleich unterschiedlicher – ökologischer, ökonomischer und sozialer – Belange in regionalem und überregionalem Maßstab ausgerichtet gewesen. In den letzten Jahren wurde das Instrumentarium darüber hinaus in vielfältiger Weise durch informelle und dynamische Instrumente mit starken kooperativen und dialogorientierten Elementen ergänzt.

Beispiele dafür sind u. a. Städtenetze, Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalysen (Schleswig-Holstein) oder Regionale Entwicklungskonzepte in unterschiedlicher Ausprägung (aktuell z. B. das EU-Programm LEADER+). Alle diese Instrumente verfolgen einen mehr oder weniger stark ausgeprägten bottum-up-Ansatz und nennen „Nachhaltigkeit" ausdrücklich als Ziel.

Wenn diese Instrumente mit entsprechender Zielorientierung eingesetzt werden, sind sie auch durchaus effektiv. Dabei müssen aus der Erfahrung folgende Erfolgsbedingungen beachtet werden:

- Es müssen frühzeitig alle betroffenen Belange artikuliert und in einem offenen (möglichst extern moderierten) Meinungsaustausch diskutiert werden.
- Bei dieser Diskussion müssen die VertreterInnen der unterschiedlichen Interessen / Kommunen gleichberechtigt agieren.
- Später durch Maßnahmen betroffene oder für die Umsetzung verantwortliche Akteure müssen in der Konzeptionsphase beteiligt sein.

- Höchste Priorität hat dabei die Ausbildung einer breiten, gleichmäßigen und objektiven Informationsbasis.
- Der notwendige Input zu Langfristperspektiven und überregionalen Wechselwirkungen muss durch übergeordnete Ebenen oder externe Beratung gewährleistet werden.
- Wichtig ist, dass formelle und informelle Instrumente koordiniert eingesetzt werden. Widerstreitende Maßnahmenpakete mit unterschiedlichen Instrumenten (und Beteiligten) konterkarieren jedes Nachhaltigkeitsziel.

Schwerwiegende Konflikte sind vorprogrammiert, wenn bottum-up-Prozesse wie lokale und regionale Agendaprozesse ohne klar definierte Verzahnung mit Politik und Verwaltung betrieben werden.

Vor allem der letzte Punkt kann für den erfolgreichen Instrumenteneinsatz entscheidend sein. bottum-up-Prozesse können maßgebliche Impulse für eine nachhaltige Entwicklung geben. Ohne oder gegen die politisch-demokratischen Strukturen ist Nachhaltigkeit aber nicht realisierbar. Deshalb muss die Zieldiskussion mit der politischen Entscheidungsebene geführt und das Ergebnis von dieser getragen und verantwortet werden. Dies wiederum wird durch Instrumente erleichtert, bei denen mehrere politische Gremien kooperativ beteiligt sind und darüber eine gegenseitige Plausibilitätskontrolle ihrer Nachhaltigkeitskonzepte vornehmen.

Erfolgreiche Beispiele für solche Instrumente bzw. Vorgehensweisen sind:

- Freiwillige interkommunale Kooperationen (Städtenetze), die über eine kommunen- und sektorenübergreifende Kommunikation zu Transparenz und Information sowie – durch die Grundprinzipien Gleichberechtigung und Freiwilligkeit – zur besseren Konsensfindung beitragen. Städtenetze führen – obwohl ein „bottum-up-Ansatz" allein in der freiwilligen Mitwirkung der Kommunen, selten aber in einer Breitenpartizipation liegt – letztlich immer zu einer effizienteren Ressourcennutzung sowie durch Betonung der Innenentwicklung und Milderung von Standortkonkurrenzen zu einer flächensparenderen Siedlungsentwicklung und Vermeidung kosten- und ressourcenrelevanter Überkapazitäten.
- Regionale Entwicklungskonzepte, die ebenfalls konsensorientiert im Dialog von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden vorbereitet werden (z. B. Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalysen in Schleswig-Holstein und LEADER+ Initiativen). Diese Instrumente kombinieren interkommunale Kooperation mit einer sehr breiten Bürgerbeteiligung und externer Beratungskapazität. Durch den immanenten „Zwang", sich kommunen- und sektorenübergreifend auf ein Maßnahmenpaket innerhalb eines vorgegebenen Finanzvolumens zu einigen, befördern sie nahezu idealtypisch nachhaltige Lösungen. Das Problem dieser Instrumente ist darin zu sehen, dass sie (nur) für kleinere, ländliche Regionen zur Anwendung kommen und auch schwer auf große Regionen übertragbar sein dürften.

- Themenbezogene regionale Netzwerke einschließlich regionaler thematischer Workshops bei denen die Akteure Erfahrungen und „good practices" austauschen und so nicht nur ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten erweitern, sondern vor allem für ihre Position vor Ort eine breite Unterstützung vorweisen können. Eine solche Vorgehensweise kam in der Metropolregion Hamburg im Rahmen des Wettbewerbes „Regionen der Zukunft" zum Einsatz. Die Akteure vergleichbarer Projekte (z. B. Projekte der Innenentwicklung, zur Freiraumvernetzung oder im Bereich ökologischer Wirtschaftsformen) wurden regelmäßig zum moderierten Erfahrungsaustausch in Werkstattgesprächen zusammengeführt. Dadurch wurde nicht nur das inhaltliche und organisatorische Know-how der einzelnen Akteure gestärkt (im Sinne einer projektinternen „Nachhaltigkeit", d. h. Arbeits- und Ressourceneinsparung), sondern vor allem die lokale Akzeptanz und Durchsetzungsfähigkeit der einzelnen Projekte durch den regionalen Verbund und Vergleich erheblich verbessert.

Bei diesen Beispielen wird allerdings auch deutlich, dass die zentrale politische Zielsetzung (fast) immer „Leistungssteigerung" heißt. Die Erkenntnis, dass diese nur nachhaltig sinnvoll und vertretbar ist, lässt sich durch kein Instrument garantieren, sondern muss übergreifend immer wieder vermittelt werden.

Prof. Dr. Dietrich Fürst

Instrumente einer nachhaltigen Regionalentwicklung: Der Beitrag der Regionalplanung

1 Steuerung in modernen, pluralistischen Gesellschaften ist außerordentlich kompliziert geworden.

Für uns ist dabei wichtig, von welchen Prämissen wir bei Steuerung ausgehen müssen. Die gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse zu Individualisierung und wachsendem Wohlstand haben die Optionsfülle drastisch erhöht: Jeder Steuerungs-Adressat hat heute genügend Möglichkeiten, Steuerungsansprüchen auszuweichen, die er nicht verinnerlichen will. Steuerung hängt heute entscheidend mit davon ab, dass

- entweder der Adressat sich *intrinsisch* steuert,
- oder Steuerung als kommunikativer Akt angelegt wird: der Adressat muss zur Mitwirkung gewonnen werden. In der Planung spricht man deshalb vom *„communicative turn of planning"*.

Steuerung hängt von den traditionellen vier Steuerungsmustern ab:

- zwingende Steuerung über Gebote/Verbote und Weisungen,
- anreizende Steuerung über Geld, Auszeichnungen oder Zuneigung,
- persuasive Steuerung über Argumentation, Lernen oder Werbung,
- prozedurale Steuerung über Prozess-Organisation, Verfahrensmanagement und soziale Innovation (vgl. Hagenah 1996).

Die ersten beiden Steuerungsmustern haben an Bedeutung verloren, während die letzten beiden wachsendes Gewicht bekommen. Das bedeutet nicht, dass regulative Politik irrelevant sei. Im Gegenteil: Moderne Gesellschaften zeichnen sich dadurch aus, dass sie immer regelungsintensiver werden[1], aber die Regelungen werden nicht mehr interventionistisch (Verhalten direkt steuernd), sondern prozedural (Leitlinien für „vernünftiges" Verhalten setzend) ausgestaltet.[2]

Nachhaltige Regionalentwicklung ist ein kollektiver Prozess. Dafür taugen die traditionellen Instrumente (die auf Einzelakteure gerichtet sind) weniger. Vielmehr kommt es auf Instrumente an, die kollektive Kooperationsprozesse und Problembearbeitungsprozesse gestalten und managen lassen. Dabei geht es um Prozessgestaltung zur Erstellung eines Kollektivgutes.

---

[1] Je mehr Funktionen des Staates privatisiert werden, je mehr das Handeln der Einzelnen zu Risiken für die Gesellschaft führt, je mehr Störpotenzial der Einzelne dank wachsender Optionsfülle mobilisieren kann, desto notwendiger werden staatliche Regelwerke.

[2] Staatliche Verhaltensregelungen werden immer mehr über Monitoring, Selbstverpflichtungen, Verträge, Formen der reflexiven Aktivitätsfolgeabschätzungen u. ä. verfolgt.

Das bedeutet

- erstens muss das Kollektivgut „Nachhaltigkeit" genügend Individualnutzen abwerfen, um die Akteure zur Kooperation zu begeistern;
- zweitens muss der Prozess des kollektiven Handels inszeniert und organisiert werden, um „Gemeinschaftsdenken" effektiv zu entwickeln. Dafür braucht man überzeugende Promotoren, ein zielführendes Management und unterstützende Rahmenbedingungen (z. B. positive Resonanz in den Medien, zugeneigter Zeitgeist).

Aber schon die Frage der Promotoren wirft Probleme auf. Denn auf regionaler Ebene haben wir es mit einer Vielzahl von Promotoren zu tun, die Steuerungsimpulse aussenden. Ein großer Teil dieser Promotoren sind nicht-staatlicher Art: Kommunen, Verbände, private Unternehmen u. ä. Sie verhalten sich nach ihrer jeweiligen Steuerungslogik (Hierarchie, Assoziation, Markt) und müssen koordiniert werden.

2 Steuerung wird folglich heute immer mehr in der Doppelstrategie gesehen: erstens als Kommunikationsprozess; zweitens als prozedurale Steuerung, um die institutionellen Rahmenbedingungen der Interaktion zu verbessern.

Was bedeutet das? *„Steuerung als Kommunikation"* heißt: Derjenige, der steuern will, gibt Impulse ab, die von den potenziellen Adressaten aufgenommen, verstanden und in Handlungen umgesetzt werden müssen. Zwischen dem Steuernden und den Adressaten stehen aber in der Regel mehrere Kommunikationshürden, die das Steuerungsergebnis verwässern oder verfremden können. Die Verwaltungswissenschaften haben dieses Problem für den Verwaltungsvollzug gut nachgezeichnet und die Vollzugsproblematik Ende der 70er Jahre zu einem riesigen Forschungsthema gemacht.

Prozedurales Steuern bedeutet: Es werden geeignete Kontextbedingungen für die Adressaten geschaffen, welche die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass sich die Adressaten in gewünschter Richtung bewegen (so der Ansatz von *Jörissen* et al. 1999). Prämisse ist, dass die Steuernden heute nicht mehr die richtige Handlungsweise für die Adressaten festlegen können. Vielmehr ist der Adressat meist klüger und findiger, die Verhaltensweise zu finden, die das gewünschte Staatsziel mit den geringsten Kosten erreichen lässt. „Geeignete Kontextbedingungen" entsprechen den Mindestanforderungen der prozeduralen Steuerung.

Das Wesen moderner Steuerung bleibt die Kommunikation. Ein wesentlicher Aspekt der Kommunikation ist die kognitive Beeinflussung (*Persuasion* oder die *paradigmatische* Steuerung). Paradigmatische Steuerung funktioniert dort, wo Menschen sich gegenseitig überzeugen, weil sie glaubwürdig sind und der Informant als verlässlich resp. vertrauenswürdig gilt. Deshalb ist die beste Werbung für Verhaltensänderungen diejenige, die von Mensch zu Mensch getragen wird und auf erlebbaren neuen Modellen (*best practices*) basiert.

Für die nachhaltige Regionalentwicklung bedeutet das: Es kommt auf regionale Netzwerke an, die als lernende Systeme ausgebildet werden und die über konkrete Projekte Überzeugungskraft ausstrahlen, sich am neuen Tun zu beteiligen.

3 Die Umsteuerung zur nachhaltigen Regionalentwicklung ist Ergebnis vieler Steuerungsimpulse und Steuerungswirkungen.

So kommen Steuerungsimpulse von staatlicher Seite, von NGOs, von kommunaler Seite, selbst von Unternehmen. Jeder dieser Impulsgeber hat andere Adressaten, aber auch unterschiedliche Steuerungsintentionen. Das heißt: Die Umsteuerung zur nachhaltigen Regionalentwicklung ist ein Konglomerat von verschiedenen Steuerungsimpulsen, Steuerungsprozessen und Handlungsebenen. Das Problem, das sich stellt, liegt darin, diese Steuerungsimpulse und Wirkungsverläufe zu harmonisieren. Denn es ist auch denkbar, dass die vielen unkoordinierten Anstöße sich wechselseitig beeinträchtigen oder gar blockieren.

Aber wie koordiniert man sie? Der Steuerungspessimismus neigt eher der Selbststeuerungs-These zu: „Lasst 1.000 Blumen blühen". Demgegenüber erwarten die der Aufklärung verpflichteten Akteure rationale Koordinationsmuster, die systematisch Synergieeffekte ausschöpfen lassen. Die Wirklichkeit ist – wie so häufig – eine pragmatische Mischung aus beidem. Aber das heißt auch, dass die Planbarkeit solcher Prozesse außerordentlich gering ist. Man kann zwar gemeinsame Ausgangsbedingungen – oder wie die Soziologen sagen: Kontextbedingungen – schaffen, aber die Prozesse als solche folgen ihrer eigenen Logik und produzieren in der Regel viele nicht-intendierte Folgen.

Selbst die Prozesssteuerung über die Ablauforganisation ist nur bedingt programmierbar: Erstens wissen wir, dass die Pluralisierung und Individualisierung, aber auch der schnelle Wandel von Rahmenbedingungen die Akteure zur *„Flucht aus den Institutionen"* zwingt und informales Verwaltungshandeln oder informale Absprachen außerhalb der Gremien immer mehr als das Normale erscheinen lassen. Zweitens ist eine enge ablauforganisatorische Prozesssteuerung aber auch gar nicht wünschenswert. Denn bei „nachhaltiger Regionalentwicklung" handelt es sich um innovatorische Prozesse mit offenem Ausgang und offenem Ergebnis, in deren Verlauf sich immer wieder neue Konstellationen von Akteuren, Problemen und Lösungen ergeben können. Deshalb ist für innovatorische Prozesse eher das „Mülleimer-Modell" charakteristisch (*Cohen/March/Olsen 1972*) als das bürokratische Modell der geregelten Verfahren. Mülleimer-Modell heißt, dass sich in der Praxis Problemlösungsprozesse eher durch das zufällige Zusammentreffen von Problemen, Problemlösungen und Promotoren ergeben, die eine Lösung verfolgen.

4 Die Regionalplanung muss deshalb aus ihrer traditionell passiven Rolle als Ordnungshüter heraustreten und sich aktiv in den Prozess der Erneuerung einmischen.

Neue Anforderungen an die Regionalplanung setzen allerdings voraus, dass ihr dafür die erforderlichen Bedingungen geschaffen werden. Rechtlich-institutionell heißt das, dass ihre Aufgabenbeschreibung, ihr Instrumentarium und möglicherweise auch ihr institutioneller Rahmen verändert werden müssen.

Hinsichtlich Aufgabenbeschreibung und Funktion hat das zur Folge: Regionalplanung muss aus ihrer ordnungspolitischen Funktion heraustreten und ein strategischer Akteur auf regionaler Ebene werden können. Hinsichtlich des Instrumentariums gibt es die folgenden Konsequenzen. Die Instrumente sind als Angebote ausgestattet: Sie benennen weder die Adressaten, die umsetzen sollen, noch machen sie Angaben, wann die Planziele umzusetzen sind. Das Instrumentarium beschränkt sich zudem weitgehend auf zwingende Instrumente (Gebote, Verbote). Es fordert nicht zum Handeln auf, sondern die Instrumente werden nur aktiv, wenn jemand gegen Regeln verstößt. Das Instrumentarium ist also insofern passiv.

Für die innovativ-kollektive Gestaltung von Entwicklungsprozessen werden prozedurale Instrumente immer wichtiger, also Instrumente, welche die Planungsprozesse aktiv managen. In der Regionalplanung setzt sich dafür der Begriff des Regionalmanagements durch. Dabei haben sich Regionalplaner längst auf die „Flucht aus den Institutionen" begeben. So wird die **anreizende Steuerung** genutzt, obwohl dafür rechtlich nichts vorgesehen ist, indem über Verhandlungen mit den Planadressaten *do-ut-des*-Geschäfte zu Verhaltensänderungen geschlossen werden. Vor allem aber wird von der **persuasiven Steuerung** viel Gebrauch gemacht, indem etwa bei projektbezogenen Genehmigungsverfahren oder bei der Genehmigung von Flächennutzungsplänen intensive Beratungsprozesse eingebaut werden.

5 Brauchen wir darüber hinaus neue Instrumente?

Deshalb ist die Frage erlaubt, ob die planerischen Instrumente heute noch ausreichend effektiv sind. Hier sind zunehmend Zweifel angebracht, und zwar aus zwei Gründen. Erstens wurde das regionalplanerische Instrumentarium dem Steuerungsinstrumentarium des traditionellen Hoheitsstaates nachgebildet (Ge- und Verbote, Genehmigungsverfahren, Prüfverfahren). Dieses Staatsverständnis hat sich aber gewandelt. Das neue Verständnis ist stärker auf Kooperation und Kommunikation, Akzeptanzgewinnung und Mobilisierung von Selbsthilfe ausgerichtet (*Fürst* 1998).

Zweitens ist nachhaltige Regionalentwicklung nicht auf Ressourcenschutz beschränkt, sondern prozessual angelegt: Es sollen neue Lösungen im Handlungskorridor von umweltfreundlichen, sozialverträglichen und bedürfnisbefriedigenden Handlungsalternativen gefunden werden. Das ist ein innovativer Prozess, wozu der Regionalplanung ein stärker prozessual ausgerichtetes Instrumentarium fehlt.

Man könnte dieses Instrumenten-Defizit relativ leicht beheben, indem man

- dem SRU folgend (*SRU* 2000, Tz 87 ff.) mehr ökonomische Steuerungsinstrumente in die Raumplanung einführt. Zu denken ist vor allem an handelbare Flächenausweisungsrechte und eine Versiegelungsabgabe;
- der Regionalplanung einen wirkungsvolleren Koordinationsauftrag gibt, der es ihr gestattet, die unterschiedlichen Promotoren von regionalen Kooperationsprozessen (Regionalkonferenzen, Lokale Agenda 21-Prozesse, Bündnisse für Arbeit u. ä.) zu koordinieren.

Aber das wird die Effektivität der Regionalplanung nicht nennenswert erhöhen, und zwar aus zwei Gründen. Erstens: Wenn die Adressaten ihr Verhalten nur ändern, weil die Änderung irgendwie erzwungen wird, dann tun sie es auf dem kleinsten noch gerade zulässigen Niveau. Es gilt das *„principle of least effort"* (vgl. *Fritz* 1989). Das aber lässt in unserer immer optionsreicheren Gesellschaft stets so viele Schlupflöcher zu, dass interventionistische Strategien zwangsläufig immer wieder in Vollzugsdefizite stürzen (*Röhl* 1999). Es ist ja bekannt, dass umwelt- und naturschutzpolitische Ziele in Plänen sofort ihre Wirksamkeit verlieren, sobald ein starker ökonomischer Belang, sprich: Investor, auf den Plan tritt (*„Ist der politische Druck gegen eine, der ökonomischen Entwicklung vermeintlich entgegenstehenden .. .naturschutzfachlichen Position sehr hoch, so zeigt sich in der Praxis, dass Festlegungen eines Planwerkes zu überwinden sind" (Heidtmann 2000, 52)).*

Zweitens ist nachhaltige Regionalentwicklung eher ein *„soft ware-Problem"* als ein *"hard ware-Problem"*. Das heißt: Es geht in erster Linie um neue Verhaltensmuster, neue Konzepte und neue Handlungsalternativen und weniger darum, neue Institutionen, neue Instrumente und neue Verfahrensvorschriften in die Welt zu setzen. Dabei wäre es verfehlt, durch den Ruf nach mehr Forschung sich vom Handeln zu entlasten. Es sind genug innovative Ideen und Konzepte vorhanden – die Literatur dazu ist kaum noch zu übersehen, und es gibt eine große Zahl innovativer *best-practices*-Modelle (einen sehr guten Überblick geben *Kanatsching/Weber* 1998, 77 ff.). Was wir brauchen, sind in Ergänzung zu den oben genannten Regelsystemen der prozeduralen Steuerung auch regionale Management-Konzepte, um kollektives Handeln möglich zu machen und diese soft ware in die Praxis umzusetzen.

Dazu gehören Strategien, um

- mehr regionalen Gemeinsinn der Akteure zu wecken. Die neuen Formen der *„regional governance"* setzen auf Gemeinsinn. Gemeinsinn erfordert Identifikation mit den Kollektivgütern. Dem dienen in vielen Regionen identifikationsfördernde Leitbild-Diskurse, aber auch eine aktivierende Öffentlichkeitsarbeit – über Medien, Umweltverbände, bürgernahe Verwaltungen – kann dieses leisten.
- den Einsatz von Management-Instrumenten zu stärken. Damit ist „prozedurale Steuerung" über ziel- statt bedarfsorientierte Steuerungsformen gemeint. Dazu bietet sich das Regionalmanagement an (*Fürst* 1998a), unterstützt durch Methoden wie Ressourcen- und Stoffstrommanagement (*IRS/IÖW* 2000), Öko-Audit u. ä.

Es geht letztlich darum, dass die Forderungen einer nachhaltigen Regionalentwicklung von den Akteuren verinnerlicht und zu ihren eigenen gemacht werden. Das ist intrinsische Steuerung – also Selbststeuerung. Eine fremdbestimmte oder extrinsische Steuerung anderer wirkt nur bescheiden. Denn die Nachhaltigkeitsforderung ist ein vorzüglicher Verschiebebahnhof für Verantwortungen: Jeder kann andere benennen, die mehr tun müssten als er selbst. Und fast jeder kann bei nachhaltiger Regionalentwicklung hehre gesellschaftliche Aufforderungen und Chartas folgenlos unterschreiben, ohne sich als Pharisäer zu entlarven. Denn tatsächlich ist nachhaltige Regionalentwicklung ein kollektiver Prozess, der immer auch von der Mitwirkung anderer abhängt. Kollektivgüter verlangen aber ein Mindestmaß an Gemeinwohldenken, sonst werden sie vom individuellen Kosten-Nutzen-Denken verdrängt.

Dr. Timothy Moss

Modifikation bestehender Instrumente für eine nachhaltige Regionalentwicklung – die Erfahrungen von 12 Förderregionen

Einleitung

„Modifikation oder neue Instrumente?" lautet die Leitfrage des zweiten Workshops über Instrumente einer nachhaltigen Regionalentwicklung. Mit dem folgenden Beitrag will ich anhand eines aktuellen Beispiels aufzeigen, wie verschiedene Regionen mit unterschiedlichen Instrumententypen auf diese Frage eingegangen sind und welche Botschaften sie für unsere Diskussion liefern.

Das Beispiel ist die Verankerung des Nachhaltigkeitsprinzips in der EU-Strukturfondsförderung, wie für die neue Förderperiode (2000 - 2006) vorgeschrieben. Um die praktische Umsetzung dieser Vorgaben im Vorfeld zu erproben, beauftragte die Europäische Kommission (GD Regionalpolitik) 12 Regionen, die Ausrichtung ihrer Strukturförderprogramme auf eine nachhaltige Entwicklung im Rahmen von Pilotprojekten zu prüfen. Die Erfahrungen dieser 12 Förderregionen – aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Schweden und den Niederlanden – wurden vom IRS im Auftrag der Generaldirektion Forschung der Kommission ausgewertet.[3]

Eine der größten Herausforderungen an die Programmmanager war es, festzustellen, wie bestehende Instrumente der Programmentwicklung, Projektauswahl und Programm- und Projektbewertung den neuen Anforderungen angepasst werden sollten oder könnten, und in diesem Zusammenhang welche neuen Instrumente erforderlich oder dienlich wären. Dabei mussten sie enge Spielräume berücksichtigen: zum einen die detaillierten Vorgaben der EU zu Instrumenten der Programmentwicklung und -bewertung und zum anderen – in einigen Mitgliedsstaaten – den starken Einfluss der Nationalregierung auf die Programmgestaltung.

Das Referat beschränkt sich deshalb nicht auf das finanzielle Instrumentarium der Strukturfondsprogramme. Der ursprüngliche Impuls für die verstärkte Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten war ordnungsrechtlicher Art: in Form neuer Bestimmungen der EU. Die Umsetzung der neuen Anforderungen verlangte die Umstellung von prozedualen, persuasiven und anreizorientierten Instrumenten. Damit wird ein breites Spektrum von Instrumenten angesprochen.

---

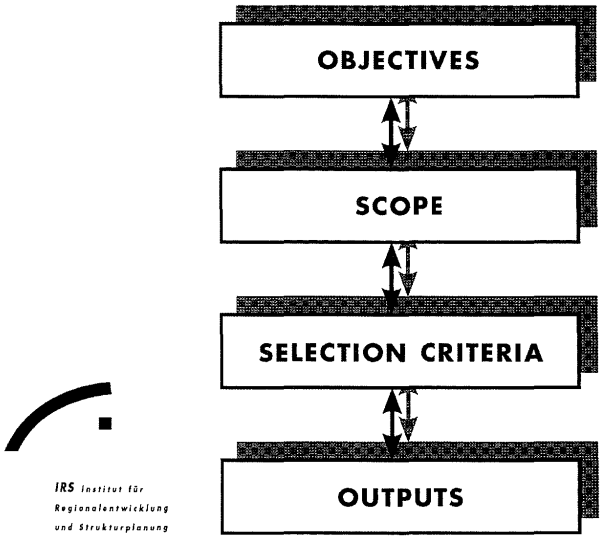
[3] Die IRS-Studie ist unter folgendem Titel veröffentlicht worden: Moss, Timothy and Fichter, Heidi: Regional Pathways to Sustainability. Experiences of Promoting Sustainable Development in Structural Funds Programmes in 12 Pilot Regions. Office for Official Publications of the European Communities, Luxembourg, 2000.

Abb. 1: „Mainstreaming sustainability" (Eastern Scotland)

"Mainstreaming sustainability"

"Sustainability should be seen as a chance and not as a threat"

(Interviews, Eastern Scotland)



1 Instrumente zur Integration von Nachhaltigkeitszielen in bestehende Entwicklungsprogramme

Alle 12 Regionen standen vor der Aufgabe, ihre laufenden bzw. geplanten Förderprogramme stärker als bisher auf Nachhaltigkeit auszurichten und dafür regionsspezifische Nachhaltigkeitsziele zu definieren. Für die Projektbeteiligten in der Förderregion Eastern Scotland konnte diese Integrationsleistung nur gesichert werden, wenn Nachhaltigkeitsziele in jede der vier Komponenten des einheitlichen Programmdokuments eingebettet wurden, wie in Abb. 1 durch die Schatten dargestellt. Nachhaltigkeitsaspekte sollten nicht angehängt, sondern unter dem Motto „mainstreaming sustainability" tief in die Programmplanung und -gestaltung eingreifen. Mit dieser grafischen Darstellung wollten die Beteiligten gleichzeitig signalisieren, dass mit der Neuausrichtung auf bestehende Verfahren und Strukturen aufgebaut werden sollte, um vielfältigen Veränderungsängsten innerhalb der Region zu begegnen. Für dieses Pilotprojekt war es wichtig, die relevanten Akteure „mitzunehmen": Jeder Schritt sollte für die regionale Partnerschaft nachvollziehbar

und leistbar sein. Die Beteiligten gingen damit zwar das Risiko ein, dass im Laufe der Verhandlungen inhaltliche Abstriche zugunsten eines regionalen Konsenses gemacht werden mussten. Sie haben aber feststellen können, wie das alte Instrument der Programmplanung durch die Auseinandersetzung mit sektorübergreifenden Fragen der Nachhaltigkeit neue Qualitäten gewann.

2 Instrumente zur Bewertung bzw. Messung einer nachhaltigen Entwicklung

Bei Strukturförderprogrammen sind verschiedene Bewertungsinstrumente erforderlich, wie Kriterien für die Projektauswahl oder Indikatoren für die Programmbewertung. Alle 12 Regionen entwickelten Bewertungsinstrumente weiter oder entwarfen im Laufe ihrer Pilotprojekte neue. Eine wichtige Erkenntnis vieler Regionen war: Es kommt nicht nur darauf an, was die Bewertungssysteme beinhalten, sondern auch wie sie verwendet werden. Abb. 2 zeigt eines der Hauptergebnisse des o. g. Zielfindungsprozesses in Eastern Scotland: 12 Schlüsselkriterien für die Auswahl von Projekten. Wichtig ist zuerst, dass diese Schlüsselkriterien für eine nachhaltige Entwicklung die bisherigen Kriterien ersetzt – statt nur ergänzt – haben. Zweitens, sie werden nicht nur zur Bewertung von Projektanträgen, sondern schon im Vorfeld zur Sensibilisierung von Antragstellern und Programmmanagern für nachhaltige Entwicklungsziele der Region verwendet. Mit Schulungen, Beratungen und einem Handbuch wird den relevanten Akteuren anschaulich vermittelt, wie sie ihre Projektanträge besser auf die 12 neuen Schlüsselkriterien abstellen und damit ihre Erfolgschancen erhöhen können. Die Botschaft aus dieser und anderen Regionen ist: Bewertungsinstrumente sollen nicht restriktiv zur Selektion geeigneter Projekte, sondern pro-aktiv und transparent zur Förderung nachhaltiger Projekte verstanden und verwendet werden. Des weiteren soll bei der Instrumentenwahl überlegt werden, welche verschiedenen Zwecke ein einziges Instrument erfüllen kann.

Abb. 2: 12 Schlüsselkriterien für eine nachhaltige Entwicklung (Eastern Scotland)

"The aim is to make projects better, not weed poor ones out"

(Interview, Eastern Scotland)

Eastern Scotland: Sustainable Development Core Criteria

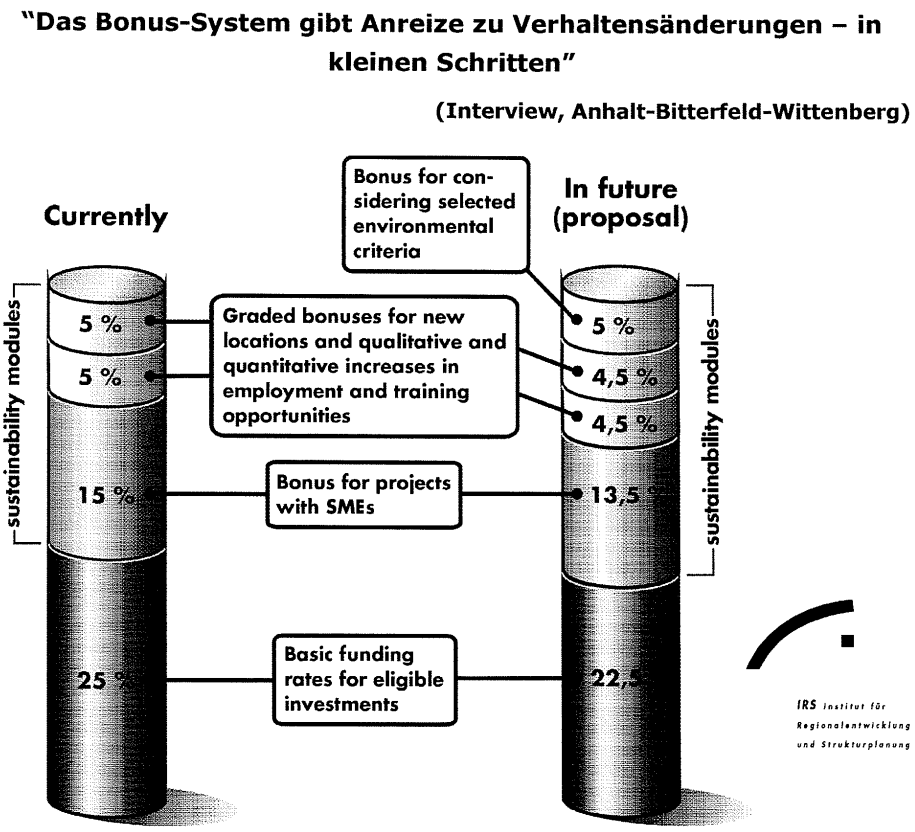
1. **Net Additional Jobs**
2. **Evidence of Demand**
3. **Leverage**
4. **Infrastructure Impact**
5. **Resource Efficiency**
6. **Environmental Impact**
7. **Access and Opportunity**
8. **Local Added Value**
9. **Capacity Building**
10. **Social Inclusion**
11. **Strategic Integration**
12. **Durability and Feasibility**

3 Instrumente zur Belohnung nachhaltigen Handelns

Finanzielle Zuschüsse für besonders nachhaltige Projekte stellen ein weiteres Anreizinstrument dar. In Sachsen-Anhalt wurde schon im alten Förderprogramm ein Bonus-System angewendet, um Projekten, die besondere Kriterien erfüllten, einen höheren Fördersatz zu gewähren. Dieses Bonus-System soll im neuen Förderprogramm durch eine Erhöhung des Anteils der Förderung von Projekten, die Nachhaltigkeitskriterien (insbesondere Umweltkriterien) entsprechen, modifiziert werden (s. Abb. 3). Dies setzt ein verändertes Bewertungssystem – in diesem Fall ca. 150 Nachhaltigkeitsindikatoren – voraus. Auch hier ist es wichtig gewesen, für die Modifikation des bestehenden Instrumentariums politische Unterstützung innerhalb der Landesregierung wie in der Europäischen

Kommission zu gewinnen. Ein solches Anreizsystem greift allerdings nur, wenn es eine ausreichende Zahl von Projektanträgen gibt.

Abb. 3: Bonus-System für nachhaltige Projekte (Sachsen-Anhalt)



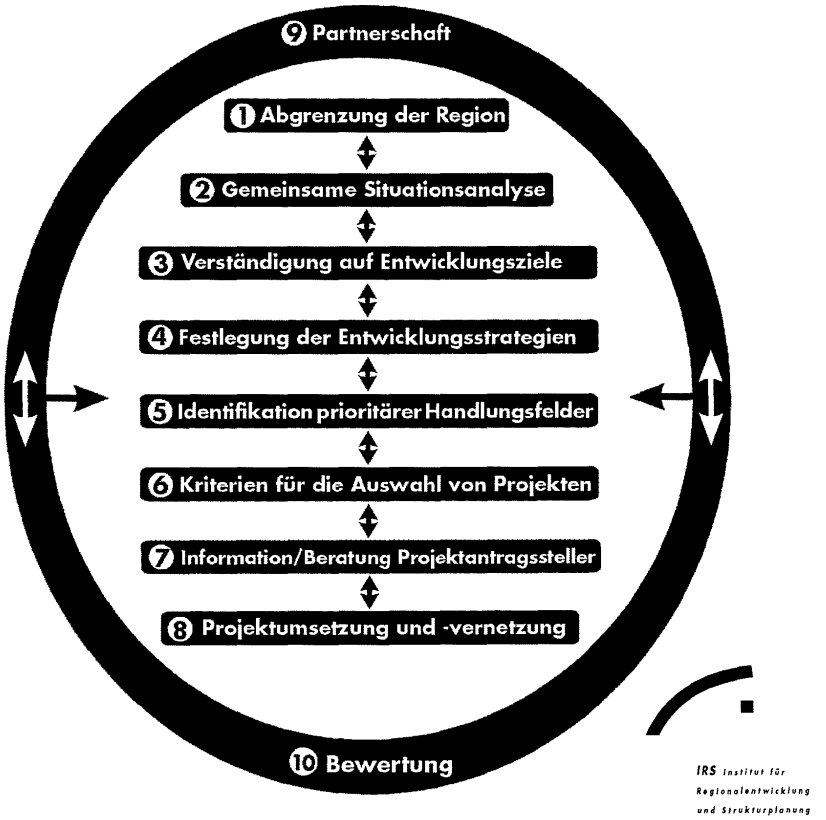
4 Instrumentenpakete oder wie schafft man Ordnung im Instrumentenkasten?

Neben Einzelinstrumenten besteht großer Bedarf an Managementsystemen für mehrere aufeinander abgestimmte Instrumente. Das Aufeinanderbeziehen von Einzelschritten erwies sich bei der Integration des Nachhaltigkeitsprinzips in die Praxis der Strukturfondsförderung als besonders wichtig, um vor allem der Prozesshaftigkeit des Prinzips zu entsprechen. Als Beispiel eines Instrumentensystems aus den Pilotprojekten gelten die 10 Bausteine für eine nachhaltige Regionalentwicklung im Kontext der Strukturfondsförderung, die von der Region Odermündung entwickelt wurden (s. Abb. 4). Andere Methoden des Prozessmanagements waren z. B. das Sustainable Quality Management (SQM), wie in der Region Midi-Pyrénées mit Erfolg angewendet.

Abb. 4: 10 Bausteine für eine nachhaltige Regionalentwicklung (Odermündung)

„Die 10 Bausteine wurden in einem partnerschaftlichen Prozess gemeinsam entwickelt"

(Interview, Odermündung)



5 Schlussbemerkungen

Die Erfahrungen der 12 Pilotregionen liefern lehrreiche Beispiele für die Modifikation bestehender Instrumente. Da es bei der Strukturfondsförderung schon etablierte Instrumente der Programmentwicklung, -durchführung und -auswertung gibt, war es selten erforderlich, komplett neue zu entwickeln. Interessanterweise gewannen diese Instrumente infolge der Auseinandersetzung mit dem Thema Nachhaltigkeit jedoch neue Qualitäten der Ideengenerierung, des Wissensaustauschs und – im Erfolgsfall – der Konsensfindung. Neue ‚weiche' Instrumente wurden erforderlich, um die ‚harten' Instrumente den neuen Anforderungen anzupassen.

Die zweite Erkenntnis betrifft die Verwendung von Instrumenten. Die Notwendigkeit, Ziele für die nachhaltige Entwicklung einer Region zuerst zu definieren und dann zu vermitteln, verlangt ein Umdenken im Umgang mit Bewertungsinstrumenten. Wenn Nachhaltigkeitskriterien von den Adressaten nicht verstanden werden, fallen viele potenziell gute Projektanträge bei der Auswahl durch. Werden die gleichen Kriterien aber im Vorfeld breit diskutiert, können sie einen wichtigen Lernprozess fördern. Bewertungsinstrumente dienen dann der Verbesserung aller Projekte und nicht nur der Ausschaltung der mangelhaften.

Drittens spielt bei der Instrumentenwahl die Kontextsensibilität eine große Rolle. Nationale und regionale Bedingungen – wie Siedlungsstruktur, Wirtschaftsverflechtungen oder Institutionensystem – bestimmen oft die Auswahl sowie die Eignung von einzelnen Instrumenten in einem bestimmten Kontext. Beispielsweise war es in einer sehr dünn besiedelten Region wie Highlands and Islands angebracht, ein spezielles Verfahren zur Abstimmung von Nachhaltigkeitszielen zwischen der regionalen Ebene und den eigenständigen Kommunen zu entwickeln. In Frankreich dagegen spielte das Spannungsverhältnis zwischen zentralstaatlichen Behörden und Selbstverwaltungskörperschaften beim Instrumenteneinsatz eine beachtliche Rolle. Vor dem Hintergrund solcher Kontextabhängigkeiten muss künftig die Übertragbarkeit von sog. „best practices" viel kritischer als bisher betrachtet werden.

Zusammenfassung Workshop-Diskussion „Instrumente"

Förderung / Akteure / Steuerung

Zahlreiche Institutionen, darunter auch viele staatliche, haben die Region als Handlungsebene für nachhaltige Entwicklung entdeckt und beginnen, diesen Bereich verstärkt zu fördern. Als problematisch muss angesehen werden, dass bisher noch nicht bekannt ist, wie die Mechanismen solcher nachhaltigen regionalen Entwicklungsprozesse eigentlich aussehen. Es besteht also die Gefahr einer nicht zielgerichteten Förderung, die somit auch kaum die gewünschte Lenkungswirkung zeigt. Die Akteure sind aber gerade diejenigen, die in den jeweiligen Regionen über die entsprechenden Erfahrungen in Entwicklungsprozessen verfügen.

Kooperative regionale Entwicklungsstrategien in der Verwaltung waren bis Mitte der 90er Jahre eher die Ausnahme. Die Instrumente selbst sind zwar vorhanden, sie werden aber noch zu selten, nicht in Kombination und/oder nicht konsequent genug eingesetzt. Welche Instrumente dabei wie zur Anwendung kommen, ist abhängig von den Personen, die sie einsetzen.

Eine zielgerichtete Entwicklung ist abhängig von denjenigen, die für ein Zusammenbinden der einzelnen Projekte und Vorhaben zuständig sind (wie z. B. Regionalmanager). Gefördert werden jedoch hauptsächlich immer noch eher Forschungsvorhaben (Machbarkeitsstudien u. ä.). Notwendig ist hier eine größere Ausgewogenheit in der Förderung. Daher muss auf die Mittelgeber eingewirkt werden, die Akteure vor Ort bei der Vergabe stärker in den Vordergrund zu stellen.

Einsatz der Instrumente

Zu dieser Thematik wurde eine Umfrage unter den Workshopteilnehmern durchgeführt. Die Antworten zur o. g. Fragestellungen sind in den folgenden Übersichten 1 und 2 zusammengefasst und nach der Reihenfolge der Häufigkeit ihrer Nennung geordnet.

Übersicht 1: Status Quo – Rangliste der eingesetzten bzw. bevorzugten Instrumente zur Steuerung regionaler Entwicklung

1. **Moderation / Coaching / Mediation**
2. **Kommunikation**
3. **Evaluation / Indikatoren / Monitoring**
4. **Netzwerkaufbau / -pflege**
5. **Foren / runde Tische / Workshops**
6. **Regionalkonferenzen / -initiativen / REKs**
7. **Gebietsentwicklungs- / Regionalplan**
8. **Fördermittel**
9. **Regionalmanagement**
10. **Agenda 21**
11. .....

Quelle: Ergebnis der Umfrage bei KOMREG Workshop IIIa (2001)

Übersicht 2: Nutzerperspektive – Rangliste geforderter zentraler Attribute bzw. Qualitäten von Instrumenten zur nachhaltigen Regionalentwicklung

1. **kooperativ / partizipativ / offen**
2. **transparent, überprüfbar (Evaluation)**
3. **ziel- und prozessorientiert**
4. **handlungsorientiert und praktikabel**
5. **effizient**
6. **flexibel und regionsbezogen**
7. **sektor- und ressortübergreifend**
8. **langfristige Perspektive aufzeigend**
9. **kontextsensibel und integrativ**
10. **verbindlich**
11. .....

Quelle: Ergebnis der Umfrage bei KOMREG Workshop IIIa (2001)

Entscheidend für den Erfolg eines regionalen Entwicklungsprozesses ist, wie Instrumente miteinander zu verknüpfen sind. Hier öffnet sich ein weites Feld, das sich aufgrund der Heterogenität der einzelnen Regionen in seiner Bearbeitung als sehr schwierig erweist. Hauptsächlich wird hier noch nach der, dementsprechend wenig effizienten, trial-and-error-Methode gearbeitet. Einzelne erfolgreiche Beispiele bedienen sich häufig der Erfahrungen aus der wirtschaftswissenschaftlichen Organisationsentwicklung. Andererseits können harte Instrumente herangezogen werden, um die weichen zu fördern. Gerade die Verzahnung der informellen mit den formellen Instrumenten ist die schwierigste und zugleich auch die wichtigste Aufgabe, da es sonst zu extremen Reibungsverlusten kommt, die auch sehr schnell zum Zusammenbruch eines Prozesses führen. Es muss also im Prozess eine Gleichzeitigkeit von top-down und bottom-up geben.

Klassische Planungsinstrumente gelangen nicht in die Umsetzungsebene, solange die Kommunen nicht über eigene Fördertöpfe verfügen, mit denen sie so etwas wie regionalen Wettbewerb anregen können, um Konkurrenz zu produzieren, damit nachhaltige Regionalentwicklung initialisiert und implementiert werden kann.

Durch die Ausschreibung und Umsetzung von Wettbewerben z. B. der „REGIONALEN"* in Nordrhein-Westfalen werden Möglichkeiten zur nachhaltigen Regionalentwicklung geschaffen, die dementsprechend mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet sind. Dies geschieht aber wiederum an den klassischen Planungsinstrumenten vorbei. Die Entstehung von Parallelstrukturen wird also vor allem auch top-down gefördert (EU, Bundesländer), anstatt eine Verzahnung der Instrumente anzustreben.

Die Praxis zeigt aber, dass die finanzielle Ausstattung von Projekten keinen entscheidenden Faktor für den Erfolg einer nachhaltigen Regionalentwicklung darstellt. Sie ist in diesem Kontext eher so etwas wie eine notwendige, jedoch nicht hinreichende Randbedingung bzw. Voraussetzung. Das heißt, trotz guter finanzieller Ausstattung können Projekte scheitern und schlecht ausgestattete können trotzdem Erfolg haben. Letztendlich hängt dies vom Engagement der verantwortlichen Akteure ab. Innovative Personen und die „richtige" Kombination der Instrumente sind die ausschlaggebenden Erfolgsfaktoren für nachhaltigen Regionalentwicklung.

* Die „REGIONALE" ist ein Programm des Landes NRW zur Förderung ganzheitlicher, integrativer und über kommunale Grenzen hinausgehender Entwicklung und Verknüpfung von Projekten, die intelligente Lösungen zur Strukturentwicklung anstreben. Die Finanzierung findet nicht über eigene Fördertöpfe statt, sondern sieht eine prioritäre Vergabe von Landesmitteln vor.

Vertikale und horizontale Integration

Wovon hängt es ab, dass die Kommunikation zwischen den einzelnen Ebenen funktioniert; d. h. wie wird die (politische) Diskussion auf die Ebene der Akteure gebracht? Der Schlüssel hierzu liegt im externen Coaching. Von selbst geschieht zunächst nichts. Es sind aufwendige Kommunikationsprozesse notwendig um einen breiten Diskurs anzuschieben. In der Praxis stellt sich dies folgendermaßen dar: zunächst muss eine breit angelegte Erwartungsabfrage vorgenommen werden. Darauf hin sind Zukunfts- bzw. Innovationsworkshops zu organisieren, in denen ein Diskurs über Projektplanungen und Umsetzungsstrategien stattfinden kann. Werden diese Prozesse nicht koordinierend begleitet, verlaufen sie, wie die bisherigen Erfahrungen zeigen, mit großer Wahrscheinlichkeit im Sande.

In finanzieller Hinsicht stellt sich als weiteres Problem die Isolation der einzelnen politisch-administrativen Funktionsbereiche dar, womit zumindest hohe Reibungsverlusten verbunden sind. Gemeinsames Handeln der Funktionsbereiche war bisher nicht üblich. Die Zuständigkeiten und eben auch die jeweiligen Verantwortungen sind immer noch relativ klar abgegrenzt. Bei solch sektorübergreifenden Prozessen wie der Regionalentwicklung ist aber eine Zusammenarbeit der verschiedenen Ressorts einfach notwendig, wenn sie wirklich effizient sein sollen. Daher muss die Politik hier Verantwortung übernehmen (Minimum wäre ein Kreistagsbeschluss) um ein gleichgerichtetes Handeln in der Verwaltung zu bewirken.

In den Regionalen Entwicklungskonzepten rückt – im Hinblick auf die Nachhaltigkeit – die wirtschaftliche Dimension häufig in den Vordergrund, während gleichzeitig ökologische- und soziale Aspekte eher vernachlässigt werden. Diese teilweise starke Betonung des Wirtschaftsbereiches ist aber notwendig, um überhaupt eine Einbindung in Förderstrukturen bewirken zu können.

Hierzu kann ergänzend gesagt werden, dass die Verzahnung der Kommunikation nicht nur auf der regionalen Ebene verstärkt werden muss. Es kommt auch darauf an, auf den übergeordneten politisch-administrativen Ebenen eine solche Verzahnung umzusetzen, um insgesamt zu einer integrativen Politikumsetzung zu gelangen, die dann den Rahmen für nachhaltige Regionalentwicklung bildet. Dann ist es auch gleichgültig, welche Ebene über die finanzielle Ausstattung verfügt. Entscheidend ist, dass eine entsprechende intersektorale Kommunikation stattfindet, die dazu führt, dass die Mittel adäquat (also im Sinne von nachhaltiger Regionalentwicklung) eingesetzt werden. Die Entwicklung hin zu einer integrativen Politik muss also auf allen Ebenen erfolgen, damit sich die unterschiedlichen Strukturen nicht widersprüchlich gegenüber stehen.

Evaluation / Indikatorendiskussion

Die Evaluierung von Projekten / Prozessen ist als wichtiges Instrument hervorgehoben worden. Hinsichtlich der Praktikabilität der inzwischen zahlreich vorhandenen Indikatoren stellen sich noch viele Fragen. Diese Thematik wird in der Praxis aber eher zurückgestellt. Der Diskurs findet vorwiegend in Kreisen der Wissenschaft und eingeschränkt auch in der Politik statt. Als problematisch ist die Festlegung von Kriterien beurteilt worden. Bisher sieht es so aus, dass etliche Kriterien von der EU – also top-down – vorgegeben werden (vgl. EU Strukturfonds, z.B. LEADER+-Programm). Des weiteren werden auf dieser Ebene Pilotprojekte nicht in die Rahmenprogramme eingebunden. Dies fördert wiederum die Entstehung von Parallelstrukturen.

Regionalentwicklung kann, wenn sie nachhaltig sein soll, nicht innerhalb von Legislaturperioden funktionieren. Politiker haben als Umsetzungshorizont allerdings genau diese zeitliche Restriktion. Langfristige Planung, die für eine nachhaltige Entwicklung Voraussetzung ist, wird dadurch vernachlässigt. Messbare Indikatoren sind bisher oft gerade jene, welche die Politik als Erfolge darstellen kann. Auf der anderen Seite sind es aber gerade eher die weichen Indikatoren auf die es ankommt, d. h. die auch langfristig Wirkung zeigen. Das Problem liegt darin, dass dies eben diejenigen sind, bei denen sich eine Messung eher schwierig gestaltet.

Erfolgsfaktoren für eine nachhaltigen Regionalentwicklung bzw. Klärungsbedarf aus Sicht der Teilnehmer:

1. Die Planungs- und die Umsetzungsebene müssen zusammengebracht werden.

2. Bei den Regionalplanern / -entwicklern muss sich das prozessorientierte Denken deutlich stärker ausprägen (durch Aus- bzw. Weiterbildung), da für eine nachhaltige Regionalentwicklung der Zeithorizont über die nächste Legislaturperiode hinausgeht.

3. Um dies umzusetzen, müssen auch Möglichkeiten gefunden werden, finanzielle Mittel für umfassende Qualifizierung von Personal zu erschließen.

4. Es ist notwendig, die Vielzahl der unstrukturiert nebeneinander stehenden und teilweise auch gegeneinander laufenden informellen Prozesse bzw. Fördermechanismen für die Akteure vor Ort transparenter zu machen, um an dieser Stelle unnötige Reibungsverluste zu vermeiden.

5. Es müsste einen Katalog geben, der darüber Auskunft gibt, bei welcher Art von Projekten, welche Möglichkeiten der Finanzierung machbar / sinnvoll sind.

6. Es sollten dezentral Kompetenzzentren für Regionalentwicklung eingerichtet werden.

7. Die regionale Aktivität muss (im Sinne von Selbststeuerung) mobilisiert werden. Dies benötigt einen Impuls und somit einen Impulsgeber. Eine nachhaltige Regionalentwicklung bedarf also auch Managementkompetenzen, die auf der regionalen Ebene institutionalisiert werden müssen.

8. Wie können Impulse / „Gelegenheitsfenster" zur besseren / effizienteren Nutzung von Entwicklungschancen systematisch erkannt werden?

Teil D

Podiumsdiskussion

Podiumsdiskussion

Herr Metzner:

Auf dem Podium möchte ich zuerst die Herren Prof. Dr. Fürst, Dr. Warsewa, Prof. Dr. Narodoslawsky und Dr. Melzer begrüßen, die uns aus verschiedenen Workshops auf der Tagung schon bekannt sind und die gleich im Rahmen der Podiumsdiskussion zu einem Statement aufgefordert werden. Rechts von mir sind die Mitglieder des KOMREG-Teams, die jeweils einen der Workshops moderiert haben: Herr Krämer, Herr Molitor und Herr Nischwitz. Mein Name ist Andreas Metzner.

Zunächst werden die drei Moderatoren der Workshops einen kurzen Überblick über die Ergebnisse der Workshops geben. Beginnen werden wir mit dem Workshop I, „Ziele einer nachhaltigen Entwicklung".

Herr Molitor, Moderator Workshop I "Ziele":

Im Workshop „Ziele" ist es uns über die zwei Tage wirklich gelungen, die Diskussion von einem sehr allgemeinen Niveau herunterzubrechen: Was sind eigentlich Ziele? Was sind Ziele regionaler Entwicklung? Was sind Ziele regionaler Entwicklung vor dem Hintergrund des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung? Es ist natürlich schwierig, diese vielfältigen Aspekte einzufangen. Ich werde versuchen Ihnen anhand von sechs Punkten kurz die wesentlichen Kernaussagen zusammenzufassen und zu präsentieren.

Zunächst wurde eine Diskussion geführt: Sind Ziele einer nachhaltigen Regionalentwicklung überhaupt vorhanden? Oder sollte man besser sagen, dass es Ziele regionaler Entwicklung gibt, die man prüfen muss vor dem Hintergrund des Konzeptes der nachhaltigen Entwicklung? Insofern verstehen Sie jetzt meine folgenden Ausführungen auch mehr als einen Anforderungskatalog an Ziele regionaler Entwicklung, wenn Sie denn einmal nachhaltig werden wollen.

1. Ziele sind interessenabhängig
Hieraus ergibt sich sicherlich die Frage nach Akteuren. Wir haben das vor dem Hintergrund diskutiert, dass ein besseres Verständnis von verschiedenen Zielsystemen notwendig ist und dass Kommunikation den Abgleich dieser verschiedenen Zielsysteme fördern kann. Das heißt auch, dass man Respekt hat vor verschiedenen Zugängen, sowohl auf der Ebene der Akteure vor Ort in den Regionen als auch bei den rahmensetzenden Zielgebern in der vertikalen Schiene von der EU bis runter zu einzelnen Projekten. Dass eine Kommunikation den Abgleich dieser Ziele fördern kann und dass dafür dann aber bestimmte Instrumente wieder zum Einsatz kommen müssen, da sehen Sie wieder die Querverbindung zu den anderen Workshops.

2. Ziele sind kompetenzabhängig
Das soll heißen, dass jeder Ebene eigentlich das Recht des Abstraktionsniveaus von Zielen zugestanden werden muss. Wie ich gerade gesagt habe, gibt es auf der EU-Ebene rahmensetzende Ziele, vermittelt durch das Europäische Raumentwicklungskonzept. Es gibt auf nationaler Ebene das Raumordnungsgesetz. Es gibt auch so etwas wie regionale Entwicklungskonzepte, aber das sind sicher Rahmenpassgenauigkeiten, die dann runterdefiniert werden vom Rahmen bis hin zur Ebene einer Gebrauchsanweisung. Dort sind überall verschiedene Abstraktionsniveaus von Zielen angesprochen, und die muss man sehr deutlich unterscheiden. Der Tenor war, dass man die Ziele auf den jeweiligen Ebenen so formulieren sollte, dass sie dort auch einlösbar sind. Das ist der eigentliche Kompetenzzugang für Ziele regionaler Entwicklung.

3. Ziele sollten nicht konfliktfrei sein
Das ist die Diskussion um folgende Punkte: Wie komme ich eigentlich von diesen „win-win-solutions" hin zu Fragen von „who wins and why do they win?" Wie behandele ich die Verlierer? Wir sind uns sicherlich in den zwei Tagen darüber einig geworden, dass die Reproduktion von „best practices", diese Phase des „Jagens und Sammelns" von Erkenntnissen, wahrscheinlich vorbei ist und dass es mehr auf die Queraspekte ankommt; darauf, die wirklichen Kernaspekte dort rauszuholen und dass ein Vergleich dieser vielen Dinge doch jetzt auch immer auf Operationalisierbarkeit gerichtet sein muss. Und dass man dort bei dieser Operationalisierbarkeit sicherlich ein besonderes Augenmerk legen muss auf die Konflikthaftigkeit, die in den Zielen liegt oder vielleicht auch innerhalb dieser einzelnen Zielsysteme oder im Abgleich der Zielsysteme miteinander vorhanden ist.

4. Ziele brauchen spezifische Zeitmaße
Man könnte auch eine Frage daran anschließen und sagen, wie übersetze ich die Zukunft in Ziele heute? Oder wie spiegele ich zukünftige Anforderungen in heutigen Zielen? Das ist eine Kernanforderung. Ich habe das mal als Alleeprinzip in einem anderen Zusammenhang bezeichnet. Wie vermittle ich jemandem, dass es ganz nett wäre, eine Allee zu pflanzen, wenn man sich darüber bewusst ist, dass man die Pracht oder Funktion dieser Allee gar nicht mehr selber sieht. Das ist etwas, was wir zwei Tage lang diskutiert haben. Man verfällt dann notwendigerweise auch in Projekte, die vor Ort als sehr schnell und auch sehr gut wirken und Imitationseffekte auslösen, wie auch über Wettbewerbe vermittelt. Die andere Seite ist, dass man wirklich mal prüfen muss, wie schaffe ich es, diesen Anspruch der Langfristigkeit in kurzfristige Ziele übersetzt zu bekommen. Dass auch die Zielsetzung der Fördermittelgeber immer gemessen ist an Zielpunkten, und diese Zielpunkte liegen nicht weit von heute weg, sondern sie liegen in etwa im vielleicht gängigen Projektförderungszeitraum von drei Jahren. Auch das Planungsinstrumentarium hat Zeitrhythmen, die Flächennutzungsplanungen etc., die so an einen Zeitraum von zehn bis fünfzehn Jahren denken. Haushaltspolitik, Flächenvorsorgepolitik hat solche Zeitrhythmen. Wenn wir über Nachhaltigkeit sprechen, müssen wir uns über diesen Spagat Gedanken machen.

5. Ziele brauchen sowohl Gestaltungsmacht als auch Umsetzungsmacht

Es ist eine konkrete Diskussion entbrannt von – ja, wir können uns viele Ideen machen – Diskussionsrunden führen und Ziele festlegen, wenn wir tatsächlich dann die nötigen Mittel nicht haben, um sie umzusetzen. Wobei sich Mittel nicht nur auf Geld bezieht, sondern auch auf Know-how. So etwas wie Managementkompetenz; da kommt Kommunikation wieder herein, Vermittlung von Zielen, also ein Abgleich von Zielen in den Projekten. Das heißt, die Gestaltungsmacht muss irgendwie unterfüttert werden von einer Umsetzungsmacht. Da ist die Frage, wie schaffe ich es wirklich dann die Gestaltungsmacht so zu formulieren, dass sie auch umgesetzt werden kann.

6. Ziele brauchen ein Systemverständnis, wenn Sie sich über regionale Entwicklungen auslassen

Und dieses Systemverständnis wurde insofern interpretiert, dass die Integrationsleistung sowohl horizontaler Art, also zwischen diesen einzelnen Politiksilos, als auch in der vertikalen Art, von der EU bis zur lokalen Ebene, als auch auf einer kausalen Achse, also von der Ursache bis zur Wirkung, zu leisten ist. Was natürlich die Ziele auch überfrachtet. Deswegen haben wir uns in der Diskussion sehr oft verstrickt und haben häufig ein Stück Unzufriedenheit nach außen gekehrt. Das ist eigentlich vor diesem Integrationsanspruch, dass Zielsysteme regionaler Entwicklung auch überlastet werden, egal auf welcher Ebene man sich jetzt befindet.

Zum Schluss des Workshops haben wir eine Befragung der Teilnehmer durchgeführt: Was sind eigentlich für Sie drei Ziele einer nachhaltigen Regionalentwicklung? Die häufigste Antwort, die dort gegeben wurde, war die Schaffung und Bewahrung von regionaler Identität. Das ist etwas, das ich vorher als primäres Ziel nicht erwartet hätte, weil es sich ja in allen Teilaspekten wiederfindet. Es scheint wirklich so zu sein, dass Ziele einer nachhaltigen Regionalentwicklung immer auch rückgekoppelt sind an identitätsstiftende Momente in den Regionen.

Herr Krämer, Moderator Workshop II „Akteure":

Ich möchte Ihnen über den Workshop „Akteure einer nachhaltigen Regionalentwicklung" berichten. Ich möchte Ihnen keinen Katalog von Ergebnissen im strikten Sinne präsentieren und Ihnen auch nicht etwas vorstellen, was Sie dann vielleicht als Rezept verwenden oder als Handlungsanleitung mit in Ihre Praxis nehmen können. Ein wichtiges Ziel des Workshops ist es gewesen, Kommunikation entlang der Frage möglich zu machen, welche Bedeutung Akteure in Prozessen der nachhaltigen Regionalentwicklung haben. Kommunikation zwischen unterschiedlichen Experten, Experten aus der Praxis, Experten aus der Wissenschaft. Ich möchte mich in dem, was ich hier sage, im wesentlichen auf zwei Punkte konzentrieren, die ich für mich als Quintessenz aus dem Workshop Akteure gezogen habe. Thema ist gewesen, welche neuen Akteure gibt es eigentlich auf der regionalen Skala im Prozess von Regionalentwicklung? Wie unterscheiden sich diese neuen Akteure von den traditionellen Gestaltern, Akteuren in der Region etwa in Wirtschaft, Politik, Verwaltung und den traditionellen gesellschaftlichen Verbänden? Wobei wir uns dann der Frage angenähert haben, welcher Wandel von Akteurskonstellationen eigentlich beschrieben oder

beobachtet werden kann. Eine Quintessenz ist gewesen, dass auf der einen Seite die Integration von neuen Akteuren in Entscheidungsprozesse nachhaltiger Regionalentwicklung unverzichtbar und notwendig ist und im Prinzip weiter eingefordert und ausgebaut werden müsste. Zugleich aber eine derartige Integration mit einigen, zum Teil erheblichen Problemen verbunden ist.

Zum Einen gibt es kein Instrument und keine Akteurskonstellation in der Region, auch keine Kommunikationsform, die an sich nachhaltig ist. In der ganzen Nachhaltigkeitsdebatte, und das ist auch mein Eindruck im Workshop „Akteure" gewesen, wird immer wieder unterschwellig suggeriert, dass bestimmte Akteure in bestimmten Konstellationen ein Privileg haben, wenn es darum geht, Umweltinnovation in der Region durchzusetzen. Ich glaube, dass Akteurskonstellationen prinzipiell immer ergebnisoffen sind. Die Frage, ob dadurch Prozesse nachhaltiger Regionalentwicklung angestoßen werden, kann erst dann genauer beurteilt werden, wenn man danach fragt, in welcher Weise diese Akteurskonstellation in konkrete regionale Bedingungen eingebettet sind bzw. in welchem regionalen Milieu alte und neue Akteure kooperieren. Die Zuweisung, alte Akteure sind Blockierer und neue Akteure sind die Innovatoren, ist in meinen Augen eine problematische Vereinfachung. Man muss nach dem speziellen regionalen Milieu fragen, nach der politischen Tradition oder nach ökonomischen Voraussetzungen. An einem Beispiel das bei uns im Workshop angeführt worden ist, möchte ich Ihnen das kurz illustrieren: dem traditionellen Akteur IHK Dortmund. Sie hat in der Region eine wichtige Funktion, ist also ein traditioneller, alter Akteur, der zugleich aber eine wichtige Funktion bei der Wissensdiffusion und Umweltinnovation hat. Als Kontrast dazu: die IHK am Niederrhein, die eine völlig andere Rolle hat, die kaum in Richtung ökologische Modernisierung arbeitet, erst recht nicht in Richtung nachhaltige Regionalentwicklung. Um die Frage zu beantworten, wie müssen die Akteure aufgestellt sein in der Region, muss man genauer nach der regionalen Einbettung fragen, dem regionalen Milieu, in dem die Akteure agieren. Instrumente, Akteurskonstellationen, Kommunikationsformen in all den unterschiedlichen Schattierungen können helfen, Prozesse der nachhaltigen Regionalentwicklung anzuschieben, müssen aber nicht.

Zum zweiten Punkt: Nach meiner Einschätzung ist die Entgegensetzung zwischen top-down und bottom-up zu einfach. Top-down orientiert eher auf hartes Steuern, auf hartes Regeln, auf Vorgaben, die gesetzt werden, während bottom-up, eher moderiert, eher begleitet, eher Prozesse flankiert. Ich glaube, dass diese scharfe Entgegensetzung deswegen problematisch ist, weil durchaus innovative Akteurskonstellationen, die es immer schon gegeben hat in der politischen Kultur Deutschlands, nicht richtig sichtbar werden. Die positiven Erfahrungen, die dort gemacht worden sind, sollte man viel stärker nutzen für konsensorientierte Prozesse von nachhaltiger Regionalentwicklung. Ich habe heute morgen in der Rückschau auf den gestrigen Tag unseres Workshops das Beispiel interkommunale Arbeitsgruppen genannt, die sich im Ruhrgebiet in den 80er Jahren gebildet haben, um eine regionalisierte Strukturpolitik durchzusetzen. Akteure, die sozusagen jenseits von oben, aber auch jenseits von unten nach neuen Kooperationen und Netzwerkstrukturen gesucht haben, um aus dieser für das Ruhrgebiet sehr unseligen Standortkonkurrenz der einzelnen Städte und neuen Gewerbeansiedlungen herauszukommen. In

der ganzen Debatte, was können neue Akteure für eine nachhaltige Regionalentwicklung leisten, müssen wir stärker danach fragen, auf welche Traditionen der Kooperation und der Findung von innovativen Lösungen sie sich stützen und sich stärker darauf orientierten.

Herr Nischwitz, Moderator Workshop III „Instrumente":

Unser Workshop-Thema ist von den Kollegen schon mehrmals angesprochen worden: Was machen also Instrumente für eine nachhaltige Regionalentwicklung aus? Wie kann nachhaltige Regionalentwicklung gestaltet und umgesetzt werden? Wir hatten eine Zweiteilung im Workshopaufbau. Im Workshop IIIa gestern haben wir ein Brainstorming durchgeführt: was setzt eigentlich die regionale Ebene an Instrumenten ein? Die Antworten waren sehr vielschichtig. Wir haben heute morgen die Kernaussagen von gestern vorgestellt und diskutiert.

Wir haben zum Einen festgelegt, dass es seit zehn oder fünfzehn Jahren den Bedeutungszuwachs der regionalen Ebene gibt und seit dieser Zeit auch neue Instrumente entwickelt worden sind. Wir können heute feststellen, es wird ein bestimmtes Bündel an Instrumenten eingesetzt, wir aber das Problem haben, dass es teilweise ein Vollzugsdefizit gibt oder besser ein Defizit im Zusammenspiel dieser Instrumente. Nachhaltige Instrumente gibt es in dem Sinne nicht, sondern eher regionale orientierte Instrumente, die auch zur Nachhaltigkeit beitragen können. Auch das war eine wichtiges Ergebnis der Diskussion.

Wir können für die heutige Diskussion festhalten, dass der Fördermitteleinsatz oder diese „best" and „good practices", was ja vom Kollegen Molitor genauso wie bei mir als „Jagen und Sammeln" benannt worden ist, eine Grenze erreicht hat und wir uns neuen Ebenen und neuen politischen Steuerungsformen nähern müssen.

Im Anschluss an den Workshop wurde gestern eine Kartenabfrage gemacht. Es wurden zwei Fragen gestellt: Welche Instrumente werden zur Zeit eingesetzt? Was sind die drei wichtigsten zentralen Instrumente? Die Auswertung für heute bezog sich auf die wichtigsten Attribute, die wichtigsten Qualitäten an Anforderungen an nachhaltige Instrumente oder Instrumente für nachhaltige Regionalentwicklung? Die wichtigsten Antworten sind: Integrationsgebot, Transparenz, Partizipation und Zielorientierung. Das war die inhaltliche Grundlage, mit der wir heute in die Diskussion gegangen sind. Wir haben uns dann aber am Ende auf spezifische Bereiche konzentriert. Sechs oder sieben Bereiche, die heute am Ende des Workshops gebündelt worden sind: Zum Einen, dass man in der akademischen Diskussion der Instrumente nicht stehen bleiben darf, dass in der Forschung sehr viel über Instrumente diskutiert worden ist, dass es jetzt aber darum geht, wie können wir die bestehenden Instrumente einsetzen. Herr Fürst hat auf das Vollzugsdefizit hingewiesen. Es ist von vielen Praktikern, aber auch von Vertretern der Forschung angesprochen worden, dass das Zusammenspiel der verschiedenen Instrumente – ob informell, ob formell – nicht funktioniert oder sehr verbesserungswürdig ist. Es wurde für wichtig gehalten, das Zusammenspiel zwischen den verschiedenen staatlichen und räumlichen Ebenen zu verbessern, mehr Transparenz hineinzubringen und dass man nicht nur auf der regionalen Ebene stehen bleiben kann. Und es ist gestern sowohl von Herrn Narodoslawsky und auch

von Herrn Ravetz heute hier ganz klar noch einmal die Layer-Ebene angesprochen worden. Planung und Umsetzung sollten zusammengebracht werden. Für die Praktiker war es sehr wichtig, jetzt Qualifizierung und Ausbildung für Regionalmanagement oder für regionale Prozesse anzubieten und zu fördern. Das wurde mit viel Zuspruch aufgenommen. Was sich aber auch gezeigt hat, dass der gesamte Fördermitteleinsatz, Fördermittel von der EU-Ebene bis hin zur lokalen oder auch regionalen Ebene, die Gefahr in sich birgt, dass eine Art Schieflage entsteht. Bislang werden z.B. im Rahmen von Wettbewerben eher best practices-Projekte und Regionen unterstützt. Das heißt, dass Regionen, die nicht über die Fähigkeiten und über das eigene Potenzial verfügen, eigentlich immer wieder in diesen Wettbewerben untergehen. Hier muss man sich Gedanken machen, wie kann ich denn aus solchen Bereichen lernen, wie kann ich solche Regionen unterstützen? Ich hatte den Vorschlag gemacht, „bad practices" zu fördern und zu unterstützen, sich dieser Problematik auch mal zu nähern. Ich denke mir, dass könnte eine Möglichkeit sein, sich auch den Konflikten und Schwierigkeiten vor Ort besser zu nähern. Es wurde der Bereich Transparenz angesprochen, dass man auf verschiedenen Ebenen das Gefühl hat, man ist dieser Vielzahl an Aktivitäten und Informationen nicht mehr gewachsen, und die muss man in einer Art und Weise zusammenformen. Herr Melzer wie auch Herr Fürst waren aber auch bei dem Instrumentenworkshop dabei und werden gleich sicher auch noch das eine oder andere ergänzen können.

Zwischenfrage

Ich habe bei den Ausführungen zu den Akteuren, aber auch bei den Instrumenten etwas vermisst: Wo haben Sie denn den Kommunikationsbereich integriert? Das war ja auch ein wesentlicher Aspekt dieser Tagung. Ich hätte mir sowohl gewünscht, dass man sich bei den Akteuren die Fragen stellt: Welche Kommunikationsmittel sind notwendig? Wie kann ich die verschiedenen Akteure integrieren? Aber auch bei den Instrumenten die Fragen stellt: Welche Instrumente gibt es? Wo gibt es Kommunikationshemmnisse bei welchen Instrumenten und wie kann man die unter Umständen vielleicht lösen?

Herr Nischwitz:

Bei uns spielte der kommunikative Aspekt natürlich eine sehr große Rolle. Es geht um informelle Prozesse, es geht um Kooperation, Information, es geht um verschiedene andere Bereiche, die natürlich immer etwas mit Kommunikation zu tun haben. Das ist jetzt explizit nicht erwähnt worden. Wir sind der Meinung gewesen, dass sämtliche Instrumente ausdrücklich ein Kommunikationsmanagement enthalten.

Herr Molitor:

Wir sind bei den Zielen natürlich auch immer gesprungen zu den Themen Akteure und Instrumente, wie es umgekehrt in den anderen Workshops auch passiert ist. Wenn ich jetzt die Brücke zur Kommunikation schlagen will, dann war eine große Linie, dass die Dinge, die unter dem Nachhaltigkeitsetikett laufen, als additiver Prozess neben klassischen, eingefahrenen Linien laufen – sowohl auf der Akteursebene, als auch auf der Instrumentenebene. Es ist ja nicht umsonst so, dass Wettbewerbe wie „Regionen der Zukunft",

„Innoregio" oder auch die Regionalkonferenz die Staubsaugermentalität entfacht haben, dort Nachhaltigkeitsprojekte irgendwie zu gebären, auch unter neuen Akteurskonstellationen und mit diesen neuen Kommunikationsinstrumenten. Was wir nicht gelöst haben und was wir jetzt in Zukunft angehen müssen, ist, welche Brückenschläge Kommunikation leisten kann und wo denn jetzt tatsächlich die Ansatzpunkte sind. Wir haben nicht umsonst Herrn Ravetz eingeladen mit seinem Vortrag, der uns ganz pragmatisch gezeigt hat, wie man diese drei Aspekte Instrument, Akteur und Ziel miteinander verknüpft und einfach mal versucht, etwas zu entwickeln. Das hat in dem Stadium, in dem wir sind, keine abgeschlossenen Eckpunkte, die man greifen kann. Aber es zeigt sich die Richtung, wie man solche Dinge miteinander verbinden kann und das ist ja auch das Ziel des KOMREG-Prozesses gewesen, hier ein Hausaufgabenheft für alle aufzumachen. Für alle, die hier sitzen, und jeweils in ihrem Bereich dort anzuschließen und dann diese Kommunikationsprozesse strategisch in diese einzelnen Teilbereiche weiterzutragen.

Herr Metzer:

Vielen Dank. Dann gehen wir zur Podiumsdiskussion über.
Regionale Nachhaltigkeit erfolgreich gestalten! Aber wie? Das ist das Motto unserer Podiumsdiskussion. Es enthält ein Rufzeichen und ein Fragezeichen. Es spricht damit die zwei Ebenen an, die uns während der gesamten Tagung beschäftigt haben. Einerseits die programmatische Ebene, das Soll einer nachhaltigen Regionalentwicklung, das aus verschiedenen Gründen für uns alle sehr wichtig ist und andererseits die analytische Ebene, das Ist einer nachhaltigen Regionalentwicklung, die Punkte, von denen wir ausgehen müssen, um voranzuschreiten. Gute Antworten müssen natürlich beides sinnvoll miteinander verbinden. Daher die erste Frage zunächst an die Mitglieder des Podiums: Was sind Ihrer Auffassung nach die Essentials einer erfolgreichen oder Erfolg versprechenden Vorgehensweise in der nachhaltigen Regionalentwicklung? Was sind die wichtigsten Probleme, die es anzugehen gilt, oder was sind die entscheidenden Maßnahmen, die Ihrer Meinung nach einzuleiten sind? Vielleicht beginnen wir mit Herrn Melzer.

Herr Melzer:

Ja, vielen Dank, meine Damen und Herren, nachdem ich aus der Vorbesprechung weiß, dass ich eigentlich immer nur zwei Minuten antworten soll, werde ich versuchen, mal drei Maßnamen rauszugreifen.

Das erste, für mich verträgt sich eine nachhaltige Regionalentwicklung nicht mit einer organisierten Konkurrenz oder einer bloßen Addition von Systemen, Instrumenten und Akteursgruppen. Deshalb würde ich als Essential ansehen, dass man von Anfang an bei jedem Versuch nachhaltiger Regionalentwicklung formelle harte und informelle weiche Instrumente eng verzahnt. Auch die beteiligten Akteure sind von Anfang an zu verzahnen. Dass es also nicht Instrumente gibt, die von Vereinen, Bürgerinnen und Bürgern besetzt sind und daneben die Instrumente, die Verwaltung und Politik macht, und man sich gegenseitig wundert, wenn man zu unterschiedlichen Ergebnissen gekommen ist und diese nicht umsetzungsfähig sind.

Das zweite Essential, und damit komme ich auch auf Ihre Frage nach Kommunikation zurück, die einfach das zentrale Element aller informellen Instrumente ist, nämlich die Einbeziehung von Akteuren. Und da die ja keine feste Rolle haben, ist es zunächst mal eine kommunikative Einbeziehung, die darf auch nicht zu einem Stammtisch degenerieren. Sondern Kommunikation muss mit dem Formellen, mit der Umsetzung verbunden sein, muss immer umsetzungsorientiert sein und ergebnisorientiert. Damit Sie mich jetzt nicht falsch verstehen, das hat nichts damit zu tun, dass eine Kommunikation ergebnisoffen in dem Sinn sein kann, dass das Ergebnis unterschiedlich aussehen kann. Aber die Kommunikation muss immer auf ein Ergebnis ausgerichtet sein. Sie muss ein Ergebnis zu einem bestimmten Problem als Ziel haben. Sie muss auch die Chance und die Erwartung haben, dass, wenn sie zu diesem Ergebnis kommt, es realisiert wird. Und deshalb würde ich auch alle Moderation für schlecht finden, die wirklich nur moderiert ohne auf Ergebnisse und auf Umsetzung hinarbeiten oder hinberaten zu können.

Das dritte Essential, wenn wir über nachhaltige Regionalentwicklung reden, sollten wir nicht vergessen, dass es auch eine globale Nachhaltigkeit braucht, dass es eine Nachhaltigkeit auf nationaler Ebene, auf lokaler Ebene braucht. Deshalb müssen die gleichen Prozesse, die gleichen Verzahnungen und Integrationen, die für eine nachhaltige Regionalentwicklung notwendig sind, auch auf den anderen Ebenen parallel befolgt werden und zwischen diesen Ebenen die Kommunikation hergestellt werden. Sonst ist eine nachhaltige Regionalentwicklung für mich in ihrer Wirkung auch einfach auf ganz, ganz wenige Nischenprobleme begrenzt.

Herr Narodoslawsky:

Ich glaube, dass das Wesentliche nachhaltiger Regionalentwicklung eben das ist, dass es konkret ist und dass problembezogen, ergebnisbezogen, da können wir uns jetzt streiten, was da der bessere Name dafür ist, aber grundsätzlich ist sie an den tatsächlichen Problemen auszurichten. Die Probleme, die für nachhaltige Entwicklung eine wesentliche oder die wesentliche Rolle spielen, sind die Probleme an den Schnittstellen, an den Schnittstellen zwischen Gesellschaft und Umwelt, wenn Sie so wollen, zwischen Wirtschaft und Umwelt, zwischen Gesellschaft und Wirtschaft. Es sind diese Schnittstellenprobleme, die entscheidend sind, und es sind auch die Probleme, die bisher am ehesten durch den Rost gefallen sind, weil die Konstellation von Planung, von Politik, von Vorgehen auf die Hauptrichtungen ausgerichtet war und nicht so sehr auf die Schnittstelle. Das heißt, dort an dieser Orientierung soll sich nachhaltige Regionalentwicklung ausrichten.

Ein zweiter Punkt ist, wir brauchen Kreativität, wir brauchen neue Lösungen, denn wenn wir keine neue Lösungen bräuchten, wäre ja eh schon alles gelöst. Das heißt, wir brauchen Kreativität und wir brauchen Maßnahmen, die Kreativität geben. Kommunikation ist eines oder eine Maßnahme in diesem Bündel. Wir brauchen aber nicht nur Kreativität, wir brauchen auch Qualifikation in den Regionen. Wir brauchen Leute, die qualifiziert sind, diese Probleme anzugehen, um den Regionen auch die Möglichkeit zu geben, ihre Probleme auch zu lösen.

Das dritte Essential, das ich Ihnen in die Diskussion werfen möchte, ist die starke Identität. Sie brauchen nicht probieren, eine nachhaltige Regionalentwicklung in einer Region durchzuführen, die nicht weiß, dass sie eine Region ist, wo es keine Identifikation mit der Region gibt. Das heißt, diese starke Identifikation ist eine Grundvoraussetzung für Regionalentwicklung und damit natürlich für nachhaltige Regionalentwicklung.

Herr Warsewa:

Ich versuche mal, das zu tun, was man als Wissenschaftler nicht so gerne tut, nämlich noch konkreter zu sein und richtig konkret zu sagen, was man tun sollte oder nicht tun sollte. Vielleicht kann ich mich ein bisschen auf meine Vorredner beziehen.

Das erste, was wir bisher gelernt haben aus dem Betrachten und Beobachten von solchen Prozessen in Regionen und Städten – die es mittlerweile ja eine ganze Zeit lang gibt – ist, man sollte versuchen, Ergebnisorientierung herzustellen, aber um Gottes Willen nicht mit Leitbilddebatten anfangen. Wer glaubt, man könnte sozusagen verallgemeinerbare Ziele zwischen Gruppen herstellen, die keine gemeinsamen Ziele haben und damit solche Prozesse einzuleiten, der organisiert sein Scheitern. Man muss dabei bedenken, dass diese Prozesse und die Beteiligung an solchen Prozessen immer bedeuten, man investiert Zeit, Geld, Personalkapazitäten in solche Prozesse, und diese Investitionen müssen in irgendeiner Weise zu rechtfertigen sein. Das kann man vor sich selbst, vor der eigenen Basis, vor den eigenen Anhängern, Mitgliedern oder was auch immer nicht rechtfertigen, wenn man sich von vornherein auf Ziele einlassen muss, die im Zweifelsfalle nicht die eigenen sind.

Daraus folgt ein zweiter wichtiger Punkt. Man muss versuchen unbedingt zu verhindern, dass in solchen Prozessen sozusagen so etwas organisiert wird wie Gegenmacht. Wenn man nicht ein gewisses Maß an Bereitschaft hat, sich in solchen Prozessen auf konsenshafte Verfahren und Abläufe einzulassen, dann kann so etwas nicht funktionieren. Wir erleben an vielen Stellen und in vielen derartigen Prozessen, dass sie verwechselt werden mit der normalen, alltäglichen Politik, und dass verschiedene Gruppen verschiedene Interessen verschiedener Organisationen glauben, man könnte so etwas nutzen, um sozusagen gesellschaftliche Gegenmacht zu organisieren. Dieses bedeutet genauso wie im ersten Fall das Scheitern von solchen Prozessen.

Dritter Punkt, wenn man das tatsächlich ernst nimmt, dann wird man natürlich dazu kommen müssen, dass man diese Art von Schnittstellen, von denen Sie geredet haben, zunächst mal versucht in solchen Prozessen zu finden. Das muss man sehr vorsichtig tun und da muss man sehr sorgsam mit den Interessen und mit den Möglichkeiten und Kapazitäten der Beteiligten umgehen. Und dann hat man vielleicht tatsächlich eine Chance, so etwas herzustellen wie Vertrauen, wie Verbindlichkeit und Verlässlichkeit zwischen den Akteuren. Diese Art, sozusagen von Organisation von sozialem Kapital zwischen den Beteiligten scheint mir das Wichtigste, das Positive zu sein. Dieses erreicht man, indem man sehr pragmatisch, projektorientiert an die Dinge herangeht. Es gibt keine, glaube ich, bessere Möglichkeit, Vertrauen zwischen Akteuren herzustellen, als dass man in kleinen Projekten gemeinsame Erfolge erzielt.

Herr Fürst:

Da kann ich kaum noch etwas dazu sagen, nachdem meine Vorredner schon relativ umfassend die wichtigsten Bereiche identifiziert haben. Ich sehe dieses Nachhaltigkeitsthema an als Innovations- und Lernthema. Und ich würde insofern auch sagen, dass die wichtigsten Elemente darin liegen müssten, solche Innovations- und Lernprozesse in einer Region zu organisieren. Was ist dazu wesentlich? Es ist zumindest einmal ein wesentliches Element, dass es einen Promoter oder Promotoren gibt, die in der Lage sind, diese Prozesse in Gang zu schieben. Aber da ist auch wichtig, dass es Anreize gibt, und dass es etwas gibt, was die gegenwärtige Situation als unbefriedigend erkennen lässt. Das ist ein Kommunikationsprozess auf der einen Seite, nämlich zu kommunizieren über die Situation und sich zu verständigen, dass die Situation als nicht akzeptabel betrachtet wird. Sonst macht es gar keinen Sinn, sonst muss ich mir überhaupt über Änderungen klar werden. Zum anderen könnte man sich aber auch vorstellen, dass von staatlicher Seite mehr Druck gemacht wird, wie man die gegenwärtige Situation verschlechtert, z. B. durch Belastung mit Steuern, wie auch immer man das machen kann.

Ein weiterer Punkt ist für mich, dass, wenn ich Lernprozesse organisiere, ich Rückkopplungsschleifen eingebaut haben muss. Das können Monitoringprozesse sein, aber die reichen nicht aus, sondern die Rückkopplungsschleifen müssen auf das Individuum, auf den einzelnen Akteur bezogen sein, deshalb ist es erforderlich, so etwas wie selbstreflexive Strukturen zu schaffen. Wir haben die ja schon zum Teil im Recht verankert. Umweltverträglichkeitsprüfung, Raumordnungsverfahren sind solche selbstreflexiven Strukturen. Da könnte man sich noch ein bisschen mehr vorstellen. EMAS wäre so ein Beispiel, wo so etwas wahrscheinlich für Unternehmen gelten könnte. Dann scheint mir wesentlich zu sein, dass ein Promoter bzw. Promotoren, die solche Prozesse gestalten, sehr gut in der Lage sein müssen, nicht nur Akteure zu mobilisieren, nicht nur Konsens zu bilden, nicht nur so etwas wie Systemzusammenhänge wahrzunehmen, sondern das Thema Zeit gut in den Griff zu kriegen. Erfahrungsgemäß bricht die Motivation für Veränderungen schnell zusammen in einer Zeit, die sehr schnelllebig geworden ist, weil die Lebenszyklen von Produkten und Institutionen sich verkürzen, weil auch Bestandszeiten generell sich verkürzen. Da muss jemand, der so ein Management betreibt, in der Lage sein, diese Stabilisierung von Zusammenarbeit, diese Stabilisierung von Veränderungsprozessen zu gewährleisten. Das ist nun, glaube ich, die schwierigste Aufgabe überhaupt. Weil die Gefahr sehr groß ist, dass, nachdem man so eine Gruppe zusammengesetzt hat, die sehr schnell wieder auseinanderdriftet, weil jeder etwas anderes zu tun hat, denn „Zeit ist kostbar". Eine Mitarbeit in einer solchen Gruppe ist, wurde gerade gesagt, mit Kosten verbunden, und das muss sich auszahlen. Da muss also relativ schnell ein Ergebnis da sein, und darin liegt ein Problem.

Herr Metzner:

Vielen Dank, Herr Fürst. Wir haben jetzt eine Reihe von sehr prägnanten Aussagen bekommen. Gibt es Kommentare, Nachfragen, Widerspruch zu diesen ersten Thesen von unseren vier Podiumsdiskutanten?

Frage NN:

Wenn man in diesen Prozessen über Essentials spricht und dann das Statement von Herrn Fürst zum Schluss dazu nimmt, ist es dann gerechtfertigt zu fordern – dass man Gutachten dazuholt, den Beteiligtenkreis um Akteure erweitert – wieder verschlanken sollte, damit man diesen Spannungsbogen aufrecht erhalten kann? Dass man nicht das bestmögliche Verfahren anwendet, sondern das schnelle, schlanke Verfahren, das vielleicht nicht zu ganz so guten Ergebnissen führt, aber zu befriedigenden?

Herr Fürst:

Da bin ich voll Ihrer Ansicht. Wir können nicht das Beste auf dieser Welt sofort erreichen wollen – wenn wir davon auch nur einen Teil erreichen können, reicht das auch. Um was es hier geht, ist in der Tat jede Verbesserung. Es kommt darauf an, dass man überhaupt erkennen kann, dass dieser Prozess als solcher nützlich ist. Und die Nützlichkeit muss durch relativ schnelle Ergebnisse hergestellt werden. Das ist ja im Grunde etwas, was man in anderen Planungsprozessen auch macht. Es kommt nicht darauf an, sperrige Themen sofort anzugehen, sondern darauf an, solche Dinge anzugehen, die relativ schnell Ergebnisse bringen, aber auch einen kontinuierlichen Prozess bedingen, so dass man da später drauf aufbauen und vertiefen kann.

Herr Melzer:

Ich möchte kurz eine Gegenposition vorlesen, die ich sehr ironisch finde: „Relevant ist der Praxisbezug und die richtige Kommunikationsform zu Projektbeginn, um keine zu große Erwartungshaltung zu schaffen. Gute Nacht, Nachhaltigkeit!"

Herr Narodoslawsky:

Da gebe ich Ihnen Recht. Ich möchte davor warnen, einen Prozess, der grundsätzlich auf Langfristigkeit ausgerichtet ist, von Haus aus zu verschlanken auf die effizienteste Weise. Ich will nicht sagen, dass es nicht hin und wieder Prozesse gibt, die man auch schlanker machen könnte. Ich glaube jedoch, dass eines der interessanten Dinge der Diskussion um nachhaltige Regionalentwicklung in der Breite und in der Langfristigkeit liegt und dass man da eben vorsichtig agieren muss mit Fragestellungen der Verschlankung. Ich glaube auch, dass es schon toll ist, wenn man einen Weg hat am Anfang. Aber wenn Nachhaltigkeit vor den wirklichen Problemen zurückschreckt und sie auch nicht löst – dann brauchen wir sie auch nicht. Wir brauchen für die nachhaltige Regionalentwicklung auch das Angehen von dem was sperrig ist. Und das es sperrig ist, hat sich eben gezeigt.

Herr Ravetz:

This kind of idea is that we have regional development and then we have sustainable regional development and we are the experts and can draw the line between the two. I have to disagree. I pick up the idea that our regions are just going about their daily lives and here come the development people to change things. Again I have to disagree. In my region – and I think it is the same in most of Western Europe – over 20 years half the population now flies abroad for their holidays. Over the last 5 years half the population got connected to the internet. This is very significant I think. And over the last 2 years about half the population of the UK is now on mobile phones. I think even more. While those 2 days that we were on this discussion another 100.000 people in the UK are now connected on mobile phones. I think that is very important. The implication is that things are moving faster than we can keep track of. Now we explored some of these issues through a scenario process. We tried to be participative and have all the stakeholders come in and take everybody´s views. Then we have a workshop about communications and information technologies. Where is it going? Where do we want it to go? And what comes out is that the dreams and the nightmares are all mixed up together? And some people say: Yes, I see a revolution, which is sweeping our region into an unknown future and it is going to be wonderful. And of course a lot of other people say: it is going to be terrible, a complete nightmare. Some people say: it is going to be both at the same time. And I think this is the most important thing. When we talk about regional communication, regional innovation and the agents of change – these things are happening all around us. It is possible to say that Microsoft, Nokia, Ericson and a few others have more influence on our region, especially in the northwest, than all the regional development people together. So the question to the panel is: How can we respond to this problem and opportunity all mixed up together?

Herr Molitor:

Ich glaube, dass die Antworten den additiven Charakter gezeigt haben. Was ich im Workshop erfahren habe – sowohl von den Praktikern als auch von den Experten aus der Forschung – ist, dass man diese Phase eigentlich überwunden hat, diese schnellen win-win-Situationen in den Regionen rauszuholen. Die Nachhaltigkeitsdiskussion hat auf regionaler Ebene neue Potenziale freigesetzt. Das ist eigentlich ein viel charmanterer Zugang zur Diskussion um nachhaltige Regionalentwicklung als jetzt zig mal diese Imitationsvorgänge – ich sage immer ketzerisch: die Neuerfindung des 87. Rhönschafs in der regionalen Vermarktungslinie – zu thematisieren. Sondern das, was bei uns rausgekommen ist, ist, dass es jetzt entscheidend in die nächste Stufe geht: nämlich um Konflikte. Es geht um institutionelle Konflikte, die sich in neuen Konstellationen wiederfinden, es geht um Konflikte in Zielsystemen, es geht auch um Konflikte zwischen verschiedenen Instrumenten und der Passgenauigkeit von Instrumenten. Was auch oft bemängelt wurde ist, dass der Anreizcharakter im Augenblick noch immer stark auf diese good- oder best-practice-Ebene abgesetzt ist und dass eigentlich die Regionen, die Akteure vor Ort an der langen Leine immer wieder an neu erfundenen Töpfen zur nachhaltigen Entwicklung entlang geführt werden. Der Kern, ein substantieller Schwenk in Richtung einer anderen Art von Regionalentwicklung, ist bisher ausgeblieben. Darum glaube ich auch, dass es in Deutschland ein sehr

starkes Abarbeiten an diesen Hierarchien gibt – oder um im Begriff zu bleiben: im Layering. Es gibt verschiedene Ungleichgewichte, die immer wieder neu fokussiert werden und als Output wird wieder ein neuer Topf erfunden. Wir haben ja schon gestern gehört, dass es scheinbar auf verschiedenen Ebenen zu grundsätzlichen Umwandlungen von Fördermöglichkeiten kommt und das auch wahrscheinlich in den Regionen zu substantieller Veränderung führt, wie sich Akteurskonstellationen formieren. Das fordert wahrscheinlich auch uns auf, unser hierarchisches System neu daran entlang zu gestalten. Wenn wir diese Konflikthaftigkeit dort ausgliedern und sagen, wir brauchen schnelle Erfolge und keine langfristige Strategie oder wir brauchen beides – ich sage das jetzt bewusst überzogen – dann muss man sich wirklich fragen, was die Substanz ist. Ich habe das in den letzten zwei Tagen so verstanden, dass die Leute sagen: Wir brauchen die nächste Stufe, wir brauchen den nächsten Schritt.

Herr Nischwitz:

Das ist in dem Workshop „Instrumente" sehr bewusst thematisiert worden, dass man diesen Konflikten eben nicht aus dem Weg gehen kann. Wir haben so formuliert: Räumliches Konfliktmanagement ist sehr wichtig, es ist wichtig zu handeln und nicht die übliche Konsensorientierung anzustreben.

Einwurf NN:

Ich hatte Herrn Ravetz so verstanden, dass es immer darauf ankommt, der Entwicklung immer ein paar Schritte voraus zu sein – zumindest geistig – um sie in die entsprechenden Bahnen lenken zu können.

Herr Melzer:

Ich weiß nicht, ob ich jetzt so reagieren kann, wie Sie es erwarten. Das was vorher war, bewegt mich doch ganz ungewöhnlich. Herr Molitor möge mir nicht böse sein, aber ich habe in die Teilnehmerliste geguckt und mir überlegt, mit welchen Akteuren ich es zu tun habe. Ich frage mich, ob meine Akteure in den Regionen die Diskussion der letzten zwei Minuten und die Fremdworte mit denen wir jetzt zu spielen beginnen verstehen würden. Alles was ich in den letzten sechs Jahren erlebt habe, hat gezeigt: Wenn man nicht erfolgsorientiert und zwar auch kurzfristig erfolgsorientiert arbeitet, dann braucht man es nicht anzufangen. Da hat man danach keine regionale Basis mehr, sondern nur noch ein paar Wissenschaftler und ein paar von den alten Politikern, die dann auch noch weiter nachdenken. Ich brauche die kurzfristigen Erfolge und das heißt nicht „Gute Nacht, Nachhaltigkeit!", sondern es sind erste Schritte auf dem Weg zur Nachhaltigkeit, ohne die eine Längerfristigkeit überhaupt nicht passieren kann. Ein Beispiel aus der Wirtschaft: Die Automobilindustrie arbeitet mit Sicherheit langfristig an PKW, die mit 2 Litern Benzin oder anderen Treibstoffen fahren. Aber sie können es nicht tun, wenn sie nicht gleichzeitig an PKW arbeiten, die mit 5 Litern die 100 km fahren. Und genauso muss es in diesen Systemen auch gehen. Wenn man sich wieder zurücklehnt und vor den täglichen Problemen in die wissenschaftliche Diskussion flieht, dann wäre diese Kommunikation wertlos.

Herr Krämer:

Ich möchte dieses Stichwort von Herrn Melzer „Gute Nacht, Nachhaltigkeit!", das von Ihnen noch einmal aufgegriffen wurde, noch einmal aufgreifen. In der ganzen Nachhaltigkeitsdebatte beobachte ich doch ein Stück Resignation. Wenn ich manche Diskussionen von gestern noch einmal Revue passieren lasse, dann stellen wir uns immer die Fragen, wie es denn weiter gehen soll. Warum es nicht so läuft, wie man es sich wünschen würde? Warum auch gute Projekte irgendwann im Sande verlaufen und was man denn machen sollte, um die Praxis erfolgreicher zu gestalten? Die Debatte über Nachhaltigkeit hat ein Problem, nämlich dann, wenn dieses Konzept Nachhaltigkeit als neue Super-Utopie dargestellt wird. Eine Super-Utopie, die – wenn auch bescheidener – an die Stelle einer anderen Utopie getreten ist: die Utopie des Sozialismus. Utopien haben meist folgendes Problem: Sie suggerieren, dass eine für notwendig gesehene Veränderung oder Entwicklung aus einem Guss möglich sei und das auch noch in einer relativ kurzen Zeitspanne.

Zwei Punkte dazu: zum einen müssen wir stärker zur Kenntnis nehmen, was wir eigentlich mit den Prozessen von nachhaltiger Entwicklung bewegen wollen. Wir leben in einer extrem komplexen, modernen Gesellschaft, die wir nicht nur auf internationaler Ebene und Bundesebene, sondern auch auf der Ebene ihrer Regionen mit ihrer ganzen Differenziertheit wiederfinden. Vor diesem Hintergrund habe ich erhebliche Bedenken, wenn man meint, dass eine so komplexe Gesellschaft auch innerhalb einer Gesellschaft durch strategische Akteure, die mit anderen kooperieren, steuerbar sei. Der Faktor Zeit ist dabei schon angesprochen worden. Wir leben nicht nur in einer sehr komplexen, modernen Gesellschaft, die vielfältig ausdifferenziert ist, sondern in einer, die einer unheimlichen Dynamik unterworfen ist: technologischer Wandel, ökonomischer Wandel, kultureller Wandel. Das sind zwei ganz entscheidende Faktoren, die die moderne Gesellschaft auszeichnen und die wir stärker zur Kenntnis nehmen müssen, um realistischer einschätzen zu können, was durch Projekte, Initiativen und Kooperationen in Richtung Nachhaltigkeit angestoßen werden kann. Nachhaltigkeit wird dadurch erschwert, dass wir einen ganz fundamentalen Zielkonflikt haben, der meines Erachtens manchmal angesprochen, aber oftmals zur Seite geschoben wird. Den müssen wir aber stärker thematisieren und Lösungen entwickeln. Auf der einen Seite das ungestillte Bedürfnis nach wirtschaftlicher Entwicklung, nach Wachstum, nach Sicherung des Massenwohlstandes – das sind ja keine verrückten Ziele, sondern gerade vor dem Hintergrund der bundesdeutschen Gesellschaft – ganz wichtige politische Ziele. Oder auch so etwas wie soziale Verteilungsgerechtigkeit – da ist über Nachhaltigkeit eine andere Zielfunktion entstanden: Umweltschutz, ökologische Entlastung. Wenn man die Komplexität der Ausgangssituation sieht, die sich in gleicher Weise auch auf der regionalen Skala wieder abbildet, dann müssen wir etwas mehr Realismus aufbringen und uns ein Stück weit von den hochfliegenden Phantasien nachhaltiger Entwicklung verabschieden. Das heißt aber nicht, sich resigniert zurück zu lehnen, sondern eher das Bohren von dicken Brettern zu betreiben.

Herr Warsewa:

Es sind drei Punkte, die grundsätzlich in dieser Diskussion auftauchen: Das eine ist die Bedeutung von Zeit und ich glaube, dazu ist jetzt schon Einiges gesagt worden. Man muss sich in der Tat von der Vorstellung verabschieden, dass man es hier mit einem verhältnismäßig einheitlichen Prozess zu tun hat bzw. haben könnte. Die Erfahrungen, die wir machen, wenn wir solche Versuche beobachten, sind die, dass sie in dem Maße erfolgreich sind, in dem sie sich in ihren konkreten Abläufen von dieser Vorstellung eines einheitlichen Prozesses verabschieden. Wenn ich nun gesagt habe, dass wir ein pragmatisches Vorgehen, konkrete Projekte brauchen, dann bedeutet das zum Beispiel in der Form von Ausgründungen, die natürlich ihren eigenen Rhythmus, ihren eigenen Zeitablauf haben. Insofern ist das Bild von dem Netz oder Gitter, das bisher in der Diskussion auftauchte nicht ganz richtig. Man müsste es im Grunde als Abfolge von mehreren Netzen, ein Mehrebenen-System von Netzen verstehen. Da mag es dann passieren, dass unterhalb eines Dachprozesses, der lediglich eine Art von Legitimation herstellt, Projekte gibt, die unterschiedliche Probleme, unterschiedliche Verläufe haben. Das ist auch nicht zuletzt deswegen notwendig, weil ich nur zum Teil einverstanden bin mit dieser Verschlankungstheorie. Natürlich ist es auf der einen Seite richtig zu sagen, Verwaltungsprozesse und Politikprozesse lassen sich verschlanken. Das was man dort gewinnt, muss man aber auf der anderen Seite investieren in Form von Bürgerbeteiligung oder Partizipation. Das gibt es auch nicht umsonst, das kostet Zeit. Wenn man jedem die Möglichkeit geben will, sich zu informieren und sich an diesen Prozessen zu beteiligen, dann muss man mit solchen Investitionen auch tatsächlich in die Prozesse reingehen. Das heißt, im besten Fall kommt dabei ein Nullsummenspiel raus. Das was man an der einen Stelle gewinnt, verliert man an der anderen Stelle. Das ist aber auch ein sinnvoller Prozess – das muss man sich klar machen, wenn man so etwas organisiert.

Zweiter Punkt: Die Vorstellung, dass wir irgendeine Form von Steuerung zustande bekommen könnten, die es tatsächlich sicher macht, dass wir uns auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung befinden, die können wir – glaube ich – nicht mehr mit gutem Gewissen vertreten. Ich will dazu nicht viel sagen, denn das hängt schließlich von den Diskussionsprozessen ab, ob wir es schaffen, zumindest die Leitplanken in denen sich ein solcher Prozess und gesellschaftliche Dynamik bewegen, so zu gestalten, dass wenigstens so etwas wie die richtigen Ziele aufscheinen.

Der dritte Punkt ist: How to respond to globalisation? Darauf müssen wir sehr viel Aufmerksamkeit verwenden. Die Kommunikation der Prozesse, das was Sie vorhin gemeint haben mit dem Herstellen von sozialem Kapital, ist sehr ernst zu nehmen, um so etwas wie kulturelle Identität in diesem Prozessen zu gestalten. Man kann Prozesse so gestalten, dass sie in dieser Weise wirken. Dies kann eigentlich nur die Antwort sein auf Nokia, Microsoft etc., wenn man in den Städten und in der Region ein gewisses Maß an Bewusstheit von eigener Identität, von eigener Kultur entwickelt, stärkt und auch in Anpassung an Umweltbedingungen medialisiert. Dann hat man zumindest eine Chance, eigene Lösungen für Probleme zu finden, die ansonsten immer von außen vorgegeben werden.

Frage NN

Die Wissenschaft hat schon genug gute Beispiele entwickelt, um diese wissenschaftlich weiter entwickeln zu können. Wir sind auf dem Wendepunkt von dem konsensualen Prozess zur Konfliktbewältigung. Ich bin aber der Meinung, dass in den Regionen aber auch das 250. Rhönschaf benötigt wird, wenn es darum geht, Akteure zu überzeugen, ein Bewusstsein zu entwickeln, dass Ökonomie und Ökologie im Sinne einer Nachhaltigkeit vereinbar sind. Dazu sind lauter kleine Projekte erforderlich, denn wir haben es ja gehört: Es gibt Akteure in Dortmund oder am Niederrhein, die der gleichen Institution angehören, aber völlig unterschiedliche Positionen haben können. Die brauchen in ihrer Region eigene Beispiele, um zu verstehen, dass Nachhaltigkeit machbar ist.

Herr Molitor:

Nur um das Missverständnis aufzuklären: Das 250. Rhönschaf ist sicherlich der charmante Teil, wie Nachhaltigkeit in den Regionen sichtbar wird und auch der Dreh- und Angelpunkt, warum Leute überhaupt einsteigen. Das ist übrigens auch meine tägliche Tätigkeit, solche Projekte vor Ort zu initiieren. Insofern stimme ich Ihnen zu. Was ich meinte – und da bin ich wahrscheinlich missverstanden worden – ist etwas anderes. Metropolregion Hamburg zum Beispiel – darüber haben wir gesprochen – die haben es geschafft, die Elbvertiefung als Konfliktthema ganz oben auf ihre Agenda zu setzen und den Kommunikationsprozess zur Lösung dieses Problems Elbvertiefung zum Hauptthema zu machen und den Kommunikationsprozess eventuell wissenschaftlich zu evaluieren. Mir ging es darum, diese Konfliktsituation – also die größte Konfliktsituation, die man sich in einer Region überlegen könnte – die nehme ich und mache sie zur Headline eines Nachhaltigkeitsprozesses in der Region. Es ist die Frage, ob wir uns nicht auch solchen Themen stärker widmen müssen. Wir haben in den letzten zwei Tagen auch oft darüber gesprochen, was eigentlich möglich ist. Bei diesen Möglichkeiten wird sehr oft auf ländliche Räume referiert. Aber die eigentlichen großen Probleme im Verkehrsbereich, im Energiebereich etc., die ergeben sich in Stadt-Umland-Beziehungen und in der Organisation von Wohnen und Arbeiten. So wie Herr Ravetz uns das dargestellt hat, sind das Kernbereiche, die sicherlich einer komplexeren Betrachtung bedürfen. Auf der Rhönschaf-Ebene muss ich noch einmal sagen: Mir fehlt es da im Augenblick an einer stärkeren Operationalisierbarkeit. Das man den Leuten aus diesen ganzen Erfahrungen ein paar mögliche Rahmen-Essentials rausholt und die zugänglich macht um so zu sagen, wo die Fallstricke liegen oder wie wir das genannt haben: „bad practice". Nicht immer nur „good practice" von denjenigen, die es geschafft haben, sondern auch einmal genauer hingucken, woran die Prozesse in den Regionen eigentlich scheitern. Wie kann ich Leuten in anderen Regionen weiterhelfen. Eine Gleichung: Wenn wir nun die Regionalentwicklung mit einer Bergtour vergleichen, was hat der Bergführer da zu beachten? Ich kann einen Check machen: Hast du die Finanzen sortiert, hast du die Managementkapazität, hast du die Promotoren, habt ihr die richtigen Uhren, das richtige Schuhwerk etc. Was macht der Bergführer, worauf kommt es an? Er geht auf die kritischen Punkte im Berg ein. Wie verhalten sich die Leute bei einem Gewitter? Damit ist gemeint, dass man jetzt stärker an die Phase herantreten sollte um zu gucken, wie ich es schaffe die Essentials rauszuholen, um Leuten vor Ort dann die Möglichkeit zu geben sich auch den

großen Konfliktthemen zu widmen. Denn die sind im Nachhaltigkeitsprozess auf regionaler Ebene bisher strukturiert umschifft worden.

Frage NN:

Eine Sache, die mich die ganze Tagung verfolgte ist, dass sehr viel über Projekte gesprochen wird, über Prozesse, Beteiligung, non-government organisations. Man denkt also sehr stark in Strukturen, in Vertretungsebnen und in Projekten. Manchmal fehlt aber die Zielsetzung dahinter, dass man ja eigentlich in den Köpfe der Menschen, in die regionalen Strukturen etwas einpflanzen möchte, damit sie selber auch solche Prozesse begleiten. Das sie nicht notwendiges Übel sind, sondern das sie eigentlich das Ziel all unserer Aktivitäten sein müssten. Den Leuten eine Vision in den Kopf zu geben wohin die Entwicklung geht. Denn Nachhaltigkeit heißt nicht nur nachhaltige Projekte zu machen, sondern die Menschen auch soweit zu verändern im Sinne des radikalen Konstruktivismus, dass sie sagen: „Ich kann mich nicht mehr darauf verlassen, dass alles so bleibt wie es ist. Ich muss mich selber die ganze Zeit bewegen und fragen, ob mein Handeln zukunftsfähig ist, ob das, was ich gerade mache für die Region sinnvoll ist." Ich glaube, das wäre noch viel wichtiger in den Kommunikationsprozessen. Nicht nur die Projekte selber zu lenken, sondern auch zu versuchen, den Leuten klarzumachen, was mit den Projekten ausgelöst werden soll.

Herr Metzner:

Wir haben das Stichwort Visionen gehört. Herr Krämer hat vorhin von Utopien gesprochen und bei der Gelegenheit ist mir Folgendes eingefallen: „Manchmal muss man, um mögliche Dinge wirklich werden zu lassen, erst das Unmögliche fordern." Vielleicht in diesem Sinne ganz kurz die Schlussfrage an die vier Diskutanten auf dem Podium: Wenn Sie nun vor dem Hintergrund der vergangenen Tage Ihre Eindrücke und Erkenntnisse an die Zukunft der nachhaltigen Regionalentwicklung denken, dann gibt es bestimmt drei Dinge, die Ihnen am allerwichtigsten sind.

Herr Fürst:

Wenn ich es ganz einfach sagen sollte, würde ich sagen: 1. Machen, 2. Machen, 3. Machen. Im Sinne von „Lasst 1000 Blumen blühen!". Dieser Steuerungspessimismus, der hier gerade vertreten worden ist, den teile ich nicht so ganz. Wir kommen mit einem bestimmten Steuerungsbegriff aus, der heißt: Hier gibt es jemanden, der weiß wo es lang geht und veranlasst andere in die Richtung zu marschieren. Wir haben es aber immer mehr mit Selbststeuerungsmechanismen und Selbststeuerungsprozessen zu tun. Das bedeutet: es fängt im Kopf an, Bewusstseinswandel. Insofern finde ich den Bewusstseinswandel ein Essential bei der ganzen Sache. Alle Maßnahmen, die dahin führen finde ich gut.

Was ich noch als wichtig empfinde sind Anreize. All diese Veränderungen, mit denen wir es zu tun haben sind kostspielig. Wir brauchen Anreize und in der Regel auch ein Regelsystem, das uns verbindet, in welche Richtung diese Anreize wirken sollen. So etwas wie beispielsweise Wettbewerbe.

Das dritte: Ich meine wir kommen nicht daran vorbei – wir brauchen so etwas wie „Change-Manager", also Promotoren, die in der Lage, sind solche Prozesse zu gestalten. Ohne Prozesse läuft gar nichts, aber die Prozesse müssen organisiert und gestaltet werden.

Herr Warsewa:

„Change-Management" – damit bin ich sehr einverstanden. Das muss allerdings heißen, dass klarer wird bei den Beteiligten, dass sie sich selber zu verändern haben. Unser politisches System fordert von allen, dass diejenigen, die sich durchsetzen bestimmen und steuern und dass die anderen dem anzupassen haben. Deswegen ist es auch völlig richtig zu sagen „Bewusstseinswandel". Vorstellungen davon, wie die Dinge auch sein könnten sind zentral in diesem „Change-Management" – in dem Sinne von Zulassen, dass man sich selbst zur Disposition stellt. Die eigene Position ist in solchen Prozessen ziemlich entscheidend.

Das Zweite hat auch damit zu tun. Ich glaube, man muss sich noch mehr Gedanken darüber machen, wie man beispielsweise die organisierte Vertrauensbildung zwischen den Beteiligten hinkriegt. Das ist wichtig.

Das Dritte scheint zu sein und ist in dieser Diskussion schon sehr deutlich geworden: Man muss – glaube ich – eine Vorstellung entwickeln von Phasen in denen sich solche Prozesse abspielen und wo manchmal mehr oder weniger Offenheit, manchmal mehr oder weniger Steuerung notwendig ist. Je nachdem wie die Prozesse sich jeweils konkret darstellen.

Herr Narodoslawsky:

Nachhaltigkeit hat etwas mit Langfristigkeit zu tun, mit Bewusstseinswandel. In diesem Bereich der Langfristigkeit kann Kommunikation eine wesentliche Rolle übernehmen, weil wir Langfristigkeit nicht wahrnehmen. Wir müssen Möglichkeiten schaffen, dass das auch von allen wahrgenommen wird.
Nummer zwei: Der Bewusstseinswandel wird uns zu etwas führen, das nicht widerspruchsfrei ist. Nachhaltige Entwicklung ist nicht widerspruchsfrei und das soll uns nicht abschrecken.

Das Dritte heißt: Aus der Nichtwiderspruchsfreiheit werden Zielkonflikte resultieren. Wir werden diese Zielkonflikte angehen müssen und wir werden mit dem Bohren der dicken Bretter anfangen müssen. Denn nur wenn wir dort erfolgreich sind, dann wird sich die nachhaltige Entwicklung auch durchsetzen.

Herr Melzer:

Ich möchte als erstes noch einmal sagen: Wir dürfen oder sollen nicht sagen, wir müssen den Menschen verändern, sondern wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen, so dass Menschen ihre Verhaltensweisen ändern können und ihre Umwelt beeinflussen können.

Wir brauchen, um das umsetzen zu können was wir bereits haben und wissen, eine Energiezufuhr zumindest für diejenigen, die noch nicht zu den Gewinnern gehören, um es ihnen möglich zu machen mit gleichen Chancen anzutreten und daher auch mehr Aussicht zu haben, dass dabei etwas heraus kommt. Das kann eine Management-Ausbildung sein, das können Bonussysteme sein, das kann alles Mögliche sein. Aber diese Energiezufuhr ist notwendig, um die Prozesse am Leben zu halten.

Das Dritte, das mir ganz wichtig ist: Diejenigen, die über Nachhaltigkeit diskutieren, die Akteure in diesem Prozess – sie dürfen nicht die größten Zukunftspessimisten sein und alles negativ darstellen. Sondern sie müssen versuchen und erkennen, dass es außerordentlich viele Erfolge in den letzten Jahren gab. Dann ist der Weg viel leichter gehbar als wenn man von vornherein sagt, dass bringt mir eigentlich sowieso nicht viel.

Teil E

Zusammenfassung, Literatur Autorenhinweise

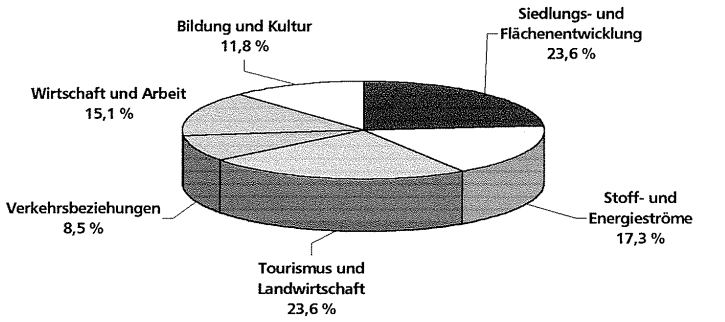
1 Zusammenfassende Ergebnisse

KOMREG hat über einen Zeitraum von 18 Monaten einen intensiven Austausch von Einzelpersonen und Netzwerken in Deutschland und im europäischen Ausland befördert, die im Bereich ‚nachhaltiger Regionalentwicklung' arbeiten. Zentrales Ergebnis des KOMREG-Projektes ist, das Kommunikation das konstituierende Element einer nachhaltigen Regionalentwicklung ist. Die Systematisierung und Annäherung über die inhaltlichen und organisatorischen Dimensionen ‚Ziele', ‚Akteure' und ‚Instrumente' hat deutlich gemacht, dass eine grundsätzliche Aufarbeitung anhand der genannten Dimensionen erfolgen muss. Ein erster Schritt wurde hierfür auf der Tagung geleistet. Ein kontinuierlicher, vereinfachter und professionalisierter Abgleich von Erfahrungswissen und Erkenntnissen zwischen Vertretern aus Praxis, Verwaltung und Forschung ist zukünftig dringend erforderlich (z.B. durch die Einrichtung eines Internet-Portals/Netzwerk für nachhaltige Regionalentwicklung).

KOMREG hat deutlich aufgezeigt, dass vielfach Anwendungs- und Prozesswissen das eigentlich entscheidende Moment für Erfolg und Misserfolg von Projekten vor Ort ist. Insofern kommt u. E. der Analyse und Evaluierung von *Prozessen* nachhaltiger Regionalentwicklung in Zukunft eine Schlüsselrolle zu.

EXKURS: Queranalyse ‚Gute Beispiele' einer nachhaltigen Regionalentwicklung[1]

Abb. 1: Handlungsfelder in Regionalen Entwicklungsprojekten (Deutschland 1998/99)



Fragebogenrücklauf nach Handlungsfeldern
insgesamt: 422
ausgewertet: 403

[1] vgl. BBR 2000, IÖW-Projektdatenbank 2001, www.zukunftsregionen.de

• Handlungsfeld	• Projektbereich
• Bildung und Kultur	
• Wirtschaft und Arbeit	- Regionale Ökonomie - Arbeit und Soziales
• Verkehrsbeziehungen	
• Tourismus und Landwirtschaft	- Landwirtschaft und Ernährung - Tourismus, Freizeit, Naherholung
• Stoff- und Energieströme	- Stoffströme - Energieerzeugung und -nutzung
• Siedlungs- und Flächenentwicklung	- Bauen, Wohnen, Siedlungsentwicklung - Natur- und Landschaftsschutz

Quelle: IÖW Projektdatenbank (2001), BBR (2000)

Folgende **zentrale Ergebnisse** der „Evaluierung ‚Guter Beispiele' einer nachhaltigen Regionalentwicklung" sind in den Vorbereitungsworkshops und auf der Tagung von den anwesenden Experten aus Forschung, Praxis und Verwaltung bestätigt worden:

Ziele

Die Zielsetzungen von Regionen hängen zum einen stark von den regionalen Ausgangs- und Problemlagen ab (bottom-up-Prozess) und werden zum anderen durch rahmengebende Förderinstrumente, Wettbewerbe etc. modifiziert und erweitert (top-down-Prozess).

Akteure

Erfolgreiche Projekte sind dadurch gekennzeichnet, dass Vertreter aus öffentlichen Institutionen / Verwaltung / Politik als Akteure in regionalen Entwicklungsprozessen eingebunden sind; Netzwerkkerngruppen sind Garanten für die Kontinuität von Projekten.

Instrumente

Ungleichzeitigkeit von Förderrhythmen der öffentlichen Hand / Stiftungen einerseits sowie von Planungs- und Umsetzungsrhythmen der regionalen Projekte andererseits wirken vor dem Hintergrund einer großen Abhängigkeit von öffentlichen Fördermitteln hemmend. Erfolgreiche Projekte zeichnen sich durch eine Mischfinanzierung von Fördermitteln, Eigenanteilen, wirtschaftlicher Tätigkeit, Sponsoring etc. aus.

Kommunikation und Erfahrungsaustausch

Bildungs-, Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit haben in erfolgreichen Projekten eine große Bedeutung; Probleme gibt es aber bei der Finanzierung und Anerkennung dieser wichtigen Aufgaben eines Kommunikationsmanagements.

Regionaler und überregionaler Erfahrungsaustausch sind zentrale Aspekte zur Verstetigung und Verbreiterung nachhaltiger Regionalentwicklung; die Realisierung einer zentral gemanagten Kommunikations- und Infrastruktur zum Informations- und Erfahrungsaustausch sowie zur Netzwerkbildung ist dafür allerdings notwendig.

In den folgenden Ausführungen sollen wesentliche Ergebnisse der Tagung reflektiert werden. Dabei wird explizit nicht noch einmal auf die jeweiligen Zusammenfassungen der Workshops ‚Ziele', ‚Akteure', ‚Instrumente' eingegangen, die in Teil C nachzulesen sind.

- Die Zusammenführung der inhaltlichen Dimensionen des Entwicklungsleitbildes ‚Nachhaltigkeit' und des operativen „Geschäfts" regionaler Entwicklung hat in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland und Europa viele Projekte und Prozesse nachhaltiger Regionalentwicklung hervorgebracht. Versuche des Vergleichs und der Systematisierung haben dabei Folgendes deutlich gemacht: Die Übersetzung bzw. Umsetzung der regulativen Idee der ‚Nachhaltigkeit' in räumlichen Entwicklungen produziert eine Fülle von Ansätzen, Konzepten und v.a. Projekten auf regionaler Ebene. Der kleinste gemeinsame Nenner dieser theoretischen und praktischen Übersetzungsversuche ist das Bekenntnis zum Leitbild selbst – die inhaltliche und organisatorische Heterogenität der Ansätze, Konzepte und Projekte deutet jedoch darauf hin, dass die Interpretationen der Bedeutung des Leitbildes stark variieren.

- Es herrscht Unklarheit darüber, was der Begriff ‚nachhaltige Regionalentwicklung' im Kern enthält. Diese Unklarheit hat nachvollziehbare Ursprünge: Zum Einen gibt es schon seit Mitte der 70er Jahre einen kontinuierlichen, formalen Bedeutungszuwachs der Raumebene Region im ‚Europa der Regionen'. Dieser hat einen schleppend vorangehenden Wandel jener europäischen und nationalen Entwicklungsansätze und -politiken in der EG/EU mit sich gebracht, die in der Literatur mit der Steuerungsrichtung ‚von oben' hinterlegt sind. Zum Anderen vollzieht sich seit Ende der 70er Jahre eine verstärkte Emanzipation der Raumebene Region in Europa ‚von unten' her. Im Rahmen regionaler und z.T. informeller Selbstorganisationsmuster reagieren Akteure verschiedenster Couleur auf zentralisierte und ihrer Meinung nach unadäquate Steuerung von oben und gewinnen Gestaltungsmacht bei der Entwicklung „ihrer" Region zurück. Dabei ist meist die Identifikation ökonomischer, ökologischer und/oder sozialer „Schieflagen" innerhalb einer Region Ausgangspunkt dieser sog. ‚bottom-up'-Ansätze. Beide zuvor geschilderten Bewegungen sind seit Rio 1992 mit dem Terminus ‚Nachhaltige Entwicklung' konfrontiert. Während die reine Begrifflichkeit sehr schnell und pragmatisch Eingang in das Vokabular der laufenden Prozesse und Projekte fand, ist der Stand der inhaltlichen und konzeptionellen Adaption der Anforderungen einer nachhaltigen Regionalentwicklung weiterhin fraglich.

- Es tut sich eine ganze Menge unter dem begrifflichen „Dach" der ‚nachhaltigen Regionalentwicklung': von den programmatischen Aussagen der ‚European Spatial Development Perspective', der prozessorientierten Ausrichtung der europäischen Instrumente LEADER+ und INTERREG, über die aktivierenden Wettbewerbe des Bundes (s.u.), den landesspezifischen Aktivitäten zur Entwicklung von Regionen bis hin zu den vielen ‚best practices' vor Ort – *Region* und *Nachhaltigkeit* passen und gehören offensichtlich zusammen: Sowohl das Leitbild der Nachhaltigkeit als auch das operative Geschäft regionaler Entwicklung thematisieren zentral die Gestaltung der ‚Zukunft', und die Entwicklungsdimensionen ‚Ökonomie', ‚Ökologie' und ‚Soziale Gerechtigkeit'

finden auf der Raumebene ‚Region' die Möglichkeit einer operationalisierten, koordinierten Zusammenführung.

- Ziele einer nachhaltigen Regionalentwicklung wurden sowohl theoretisch aus den Rio-Dokumenten abgeleitet als auch sukzessive um inhaltliche Dimensionen eigenständiger Regionalentwicklung ergänzt. Die Ausgestaltung dieser Ziele vor Ort wurde dabei aus zwei Richtungen befördert: 1. „von unten" durch die zahlreichen regionalen Prozesse und Projekte, die in zahlreichen ‚good und best practices'-Sammlungen aufgelistet sind und 2. durch die Promotion der oben genannten Ziele in Programmen „von oben", wobei sich das „oben" insbesondere auf die europäischen, nationalen und länderspezifischen Förderprogramme und -instrumente bezieht. Besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang die zunehmende Anzahl an *Wettbewerben* zur Initiierung und Unterstützung regionaler Entwicklung. Von LEADER und INTERREG über ‚Regionen der Zukunft', ‚InnoRegio' und ‚REGIONEN Aktiv' wurden und werden Regionen gesucht und gefunden, die sich aufmachen, „nachhaltige" Entwicklungspotenziale zu thematisieren und für sich zu erschließen.

- Eine Gemeinsamkeit der vielen Programme, Prozesse und Projekte unter dem „Dach" ‚nachhaltige Regionalentwicklung' ist dabei die (teilweise explizit eingeforderte) Neukonstellationen der am Entwicklungsprozess beteiligten Akteure (vgl. Teil C, Workshop II). Die damit verbundenen *Kommunikationsprozesse* gewinnen immer mehr an Bedeutung. Die Grundfragen für eine adäquate Gestaltung dieser Kommunikationsprozesse lauten: „Wer darf (nachhaltige) regionale Zukünfte thematisieren, strategisch formulieren und darüber entscheiden?", „Wie läuft das Verfahren der Konsensfindung bzw. der Festlegung regionaler Entwicklungsziele ab?", „Welche (rechtlichen) Verbindlichkeiten und finanziellen Möglichkeiten haben neue Akteurskonstellationen?". Ihre Beantwortung und Lösung befinden sich weiterhin in einem stetigen (regionalen) Prozess des „Ausprobierens".

- Das Verständnis des Begriffs ‚Region' wird im Prozess der Etablierung einer nachhaltigen Regionalentwicklung modifiziert bzw. neu bestimmt: In Bezug auf die verschiedenen thematischen Dimensionen nachhaltiger Regionalentwicklung lässt sich festhalten, dass jeweils unterschiedliche Themen regionaler Entwicklung (z.B. Ver- und Entsorgung, Verkehr, ...) auch *themenspezifische Regionszuschnitte* verlangen. Gemäß der Integration der inhaltlichen Dimensionen 'Ökologie', 'Ökonomie' und 'Soziale Gerechtigkeit' (Zieldreieck der Nachhaltigkeit) für eine Nachhaltige Entwicklung, müssen dabei sowohl *stoffliche* Raumdimensionen (Stoff- und Energiekreisläufe), *funktionale* Raumdimensionen (Wirtschaftskreisläufe, Austauschbeziehungen) als auch *natur- und kulturräumliche* Dimensionen (Topographie, Identität) in einem neuen, flexiblen Verständnis von Region zusammengeführt werden. Ausdruck finden diese „neuen" thematischen Regionen derzeit schon in regionalen Raumkategorien, die das administrative Raumkonstrukt Region in seiner territorialen Dimension modifizieren. Für die Vielschichtigkeit dieser Modifikation stehen folgende „Auftritte" stellvertretend: *Wirtschaftsregion, Zukunftsregion, Programmregion, Kulturregion, Kooperationsraum,*

Modellregion, Technologie-Region, Metropolregion, Großraum, Teilraum, Städtekranz, Städtequartett, Städtedreieck, Werkstattregion.

- Damit unmittelbar verbunden ist die *Neukonstellation von regionalen Akteuren*. Gemäß der themenspezifischen Raumzuschnitte ist sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene eine themenspezifische *Vernetzung* von Akteuren zu beobachten, welche Kompetenz- und Zuständigkeitsfragen aufwirft. Nicht selten etablieren und institutionalisieren sich neue Kommunikations-, und damit Macht- und Entscheidungsstrukturen, die teilweise jenseits der etablierten Planungsträger (europäisch, nationalstaatlich sowie regional) arbeiten. Die dauerhafte Belastbarkeit dieser neuen Strukturen muss sich jedoch erst noch erweisen.

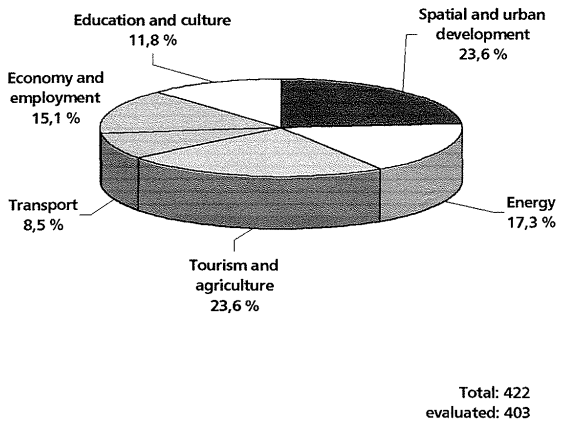
2 Summary results

For 18 months, Komreg has promoted an intensive exchange between persons and networks in Germany and in foreign European countries, who work in the field of „sustainable regional development". The main result of the Komreg project is that communication is the constitutive element of sustainable regional development. The systematic approach concerning the thematic and organizational dimensions of "aims", "actors" and "instruments" have clearly shown that a fundamental focus on a sustainable regional development must be the consequence of the above dimensions. Therefore, the first step was the conference itself. It is a matter of urgent necessity to establish a continuous, simplified and professionalized comparison from practical know how and empirical knowledge between regional actors of the scientific field, administration and research (i. e. via the launch of an Internet-based web-site for sustainable regional development).

Komreg has clearly shown that applications and process knowledge are in fact the crucial moment for success or failure of projects. In our opinion, the analysis and evaluation of *processes* for a sustainable regional development will play a key role in the future.

Horizontal analysis of „good practices" for a sustainable regional development [2]

Thematic focus in projects for regional development (Germany, 1998/1999)



[2] See BBR 2000, IÖW-Project data 2001, www.zukunftsregionen.de

• Thematic focus	• Subthematic field
• Education and culture	
• Economy and employment	- Regional economy - Employment and social system
• Transports	
• Tourism and agriculture	- Agriculture and food - Tourism, leisure
• Energy	- Material flows - Production and use of energy
• Spatial and urban development	- Building, housing, urban development - Nature / landscape conservation

Source: IÖW Project data (2001), BBR (2000)

The following **main results** of the „evaluation of „good practices" for a sustainable regional development" have been confirmed in the preparatory-workshops and in the conference between the different experts in research, scientific field and administration.

Aims

- On the one hand side, regional-level targets are strongly connected with features and specific problems of regional units (bottom-up). Otherwise they are modified and broaden out by and competitions etc (top-down).

Actors

- Successful projects are characterized by the fact that actors of the public institutions, administrations and politics are integrated as actors in regional development programs. Network groups stand as guarantors for the continuity of the projects.

Instruments

- The non-synchronized time-frames of support from local government / foundations on the one hand, and on the other hand the time-frames of time for planning and processing of regional projects act as a hindrance. One of the features of successful projects is mixed financing (aid programs, economic activities, sponsoring, etc).

Communication and exchanges of experiences

- Education, communication and public works are crucial for successful projects. Yet, there are still problems concerning the acceptance and the finance of the important issue of a communication management.
- Regional and national exchanges of experiences are central points for an implementation and diversification of sustainable regional development. The central

managed realisation of communication and for the information and exchange of experiences, as well as the constitution of networks is certainly useful.

The main results of the conference will appear in the following explanations. There, the corresponding summaries of the workshops goals actors and instruments, which can be read in the part C will not be repeated.

- Over the past ten years, the combination of the thematic dimensions of the sustainable development together with the operative „business" of the regional development, has produced many projects and processes of sustainable regional development in Germany and throughout Europe. The attempts of comparisons and systematisation have described the following: the transfer, i. e. the implementation of the regulative idea of "sustainability" in spatial development creates a wide tabloid of approaches, concepts and projects at the regional level. The lowest common denominator of the theoric and practical transmission attempts is the acceptance to a model itself. The thematic and organisational heterogeneity of the approaches, concepts and projects indicates that the interpretations of meanings of the models vary immensely.

- There is still an uncertainty about what the notion of „sustainable regional development" entails. This uncertainty has many comprehensible origins: First, there has been a continuous formal increase of importance of the spatial dimension "region" in the "Europe of regions" from the mid-70ies. This was accompanied with a slow change of the European and national development approaches and of politics in the European Union, that were described as "top-down" approaches. Second, a strong *emancipation* of the spatial dimension "region" in Europe has been carried out (bottom-up) since the end of the 70s. In the context of a regional and partly informal interorganisational schemes, actors of all kinds react to centralised and (in their opinion) inadequate top-down regulation, and they win power within the development of "their" region. This is mostly the identification of economic, ecological and / or social "lacks" inside a region, the so-called "bottom-up" approaches. The two notions which were above described, were confronted with the term "sustainable development" since Rio 1992. Whereas the pure notion entered the vocabulary of the current processes and projects very rapidly and pragmatically, the situation of the thematic and conceptual adoption of sustainable development standards remains uncertain.

- The „umbrella"of a sustainable regional development entails many different notions : from the formal statements of the "European Spatial Development Perspective", the process orientated European instruments LEADER + and INTERREG concerning the active competition of the countries (see below), the federal specific activities for the development of regions, to the many "best practices" at the local level: regions and sustainability obviously fit together. Both the model of sustainability as well as the operational performance of regional development pick out the planning of the "future" at the central aim. The sustainable integration requirement of the development

dimensions: "economy", "ecology", "social rights" find a possibility of operationalized and co-ordinated synthesis at the regional level.

- The aims of a sustainable regional development were theoretically drawn out in the Rio documents but also extended in the thematic dimension of each regional development. At the local level, the organization of these aims is carried out in two directions: first, "bottom up" through many regional processes and projects, listed as "good and best practices". Second, through the promotion of the above mentioned aims in programs "top down" (here "top" refers particularly to support programs and instruments at the European, national and federal level). In this context, the various numbers of competitors for initiation and support for regional development is very important. From LEADER and INTERREG, to "Regionen der Zunkunft", „Innoregio" and „REGIONEN Aktiv": regions were and are found, who start to highlight "sustainable" development potentials.

- One of the common grounds of the many different programs, processes and projects under the „umbrella" of sustainable regional development is the new combination of the different actors in the development process (see part C, workshop II). The included communication processes gain in importance. Here are the basic questions for an adequate implementation of the communication processes: "Who should analyse, strategically describe and decide sustainable regional futures?", "How do they reach an agreement: how do they establish their regional development goals?"., "Which (legal) links and financial possibilities have the new actors constellations?". The answers and solutions are found in a continuous (regional) process of "trial and error".

- The understanding of the notion „Region" will be modified and newly defined in the process of a sustainable regional development. With focus on the thematic dimensions of the regional development, we can say that there are different thematic dimensions of sustainable regional development. (Energy, transport ...) and they also demand special thematic regional units. In accordance with the integration of the three dimensions Economy, ecology and social equity for a sustainable development, the *material* dimensions, the *functional* dimension and also environmental and cultural dimension (topography, identity) must be brought together in a new comprehension of the region. These new thematic regions already find their expression in the regional categories, which modify the administrative construction of the region in its territorial dimension. There are many notices to describe this modification: economic region, future region, model region, technological region, metropolitan region, sub spatial region, city system.

- This is directly linked to the new constellation of regional actors. In accordance with the thematic spatial units, the thematic networking of actors must be observed at the European and national level, and which competence and responsibility questions it raises. Very often, new structures of communication, power and decision-making are established and institutionalized, and they partly work parallel to the established

planning institutions (at the European, national and regional level). Yet, the permanent ability of these new structures must be proved.

3 Literatur

Aalborg Charta (1994): Charta der Europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit (Charta von Aalborg). Aalborg.

AbL, Arbeitsgemeinschaft bäuerlicher Landwirtschaft (Hrsg.) (1997): Leitfaden zur Regionalentwicklung. Rheda-Wiedenbrück.

Adam, B. (1997): Wege zu einer nachhaltigen Regionalentwicklung. Raumplanerische Handlungsspielräume durch regionale Kommunikations- und Kooperationsprozesse. In: Raumforschung und Raumordnung H. 2 1997, 55. Jg., S. 137-141.

Adam, B. (1998): Der Wettbewerb „Regionen der Zukunft". Regionale Agenden für eine nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung. In: Evangelische Akademie Loccum (Hrsg.): Kooperation in der Region - Ein Ansatz für nachhaltige Entwicklung. Loccumer Protokolle 71/97, S. 24-39.

Adam, B. / Blach, A. (1997): Strategieempfehlungen für ein raumordnerisches Modellvorhaben „Regionen der Zukunft". In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 3/97, S. 201-216.

AG Land- und Regionalentwicklung an der GH Kassel (Hrsg. 2001): Netzwerke in der Regionalentwicklung (arbeitsergebnisse H. 52). Kassel.

ARL, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (1994): Dauerhafte und umweltgerechte Raumordnung. ARL-Arbeitsmaterialien Nr. 212. Hannover.

Barz, W. / Hülster, A. / Kraemer, K. / Ströbele, W. (Hrsg.) (1998): Energie und Umwelt. Strategien einer nachhaltigen Entwicklung. Landsberg.

Barz, W. / Hülster, A. / Kraemer, K. (Hrsg.) (1999): Umwelt und Europa. Landberg.

BBR, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (1998): Regionen der Zukunft. Regionale Agenden für eine nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung. Wettbewerbszeitung Nr. 1. Werkstatt: Praxis Nr. 7/1998. Bonn.

BBR (Hrsg.) (1999): Perspektiven für die Region als Planungs- und Handlungsebene. Schriftenreihe Informationen zur Raumentwicklung Heft 9/10.1999. Bonn.

BBR (Hrsg.) (2000a): Das Europäische Raumentwicklungskonzept und die Raumordnung in Deutschland. Schriftenreihe Informationen zur Raumentwicklung Heft 3/4.2000. Bonn.

BBR (Hrsg.) (2000b): Die neue Konjunktur von Region und Regionalisierung. Schriftenreihe Informationen zur Raumentwicklung Heft 9/10.2000. Bonn.

BBR (Hrsg.) (2000c): Handbuch „Gute Beispiele einer nachhaltigen regionalen Raum- und Siedlungsentwicklung". Schriftenreihe Werkstatt: Praxis Nr. 1/2000. Bonn. (Bearbeitung: IÖW Regionalbüro NRW)

Bezirksregierung Arnsberg (Hrsg.) (1999): Regionalisierte Strukturpolitik im Umbruch. Zum Stand der Regionalisierten Strukturpolitik im Regierungsbezirk Arnsberg. Arnsberg.

Bischoff, A. / Selle, K. / Sinning, H. (1996): Informieren, Beteiligen, Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht zu Formen, Verfahren, Methoden und Techniken. Dortmund.

Blotevogel, H. H. / Heinritz, G. / Popp, H. (1986): Regionalbewusstsein. Bemerkungen zum Leitbegriff einer Tagung. In: Berichte zur deutschen Landeskunde Bd. 60, H. 1/1986, S.103-114.

BMBau, Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.) (1993): Raumordnungspolitischer Orientierungsrahmen. Leitbilder für die räumliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Bonn.

BMBau (Hrsg.) (1995): Raumordnungspolitischer Handlungsrahmen. Bonn.

BMBF, Bundesministerium für Forschung und Bildung (Hrsg.) (1999): Modellprojekte für Nachhaltiges Wirtschaften 1998-2002. Innovative Ansätze zur Stärkung der regionalen Ökonomie. Regionale Ansätze nachhaltigen Wirtschaftens. Bonn.

BMBF (Hrsg.) (2001): Was für eine Wirtschaft! nachhaltig, regional, beispielhaft. Bonn.

BMU, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (1992): Agenda 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung. Bonn.

BMU, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) (Hrsg.) (1997): Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland. Bonn.

BMU/UBA, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit / Umweltbundesamt (Hrsg.) (1997): Schritte zu einer nachhaltigen, umweltgerechteren Entwicklung. Zwischenberichte der Arbeitskreise anlässlich der Zwischenbilanzveranstaltung am 13. Juni 1997. Bonn, Berlin.

BMU/UBA, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit / Umweltbundesamt (Hrsg.) (1998): Handbuch Lokale Agenda 21. Wege zur nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen. Bonn, Berlin.

Brand, K. W. / Eder, K. / Poferl, A. (1997): Ökologische Kommunikation in Deutschland. Opladen.

Brendle, U. (1999): Musterlösungen im Naturschutz – Politische Bausteine für erfolgreiches Handeln. (= Hrsg. Bundesamt für Naturschutz – BfN). Bonn.

BUND, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland / Misereor (Hrsg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Basel, Boston, Berlin.

Busch-Lüty, C. / Hesse, M. (1994): Nachhaltige Entwicklung in der Region. München, Berlin.

Butzin, B. (1993): Neue Strategien der Regionalentwicklung. Vergleich ausgewählter Fallstudien der Bundesrepublik. Bochum, München.

Butzin, B. (1996): Kreative Milieus als Elemente regionaler Entwicklungsstrategien? Eine kritische Wertung. In: Majer, J. (Hrsg.): Bedeutung kreativer Milieus für die Regional- und Landesentwicklung. Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung der Universität Bayreuth, H. 153. Bayreuth, S. 9-37.

Cassel, S. (2000). Politikberatung und Politikerberatung. Eine institutionen-ökonomische Analyse der wissenschaftlichen Beratung der Wirtschaftspolitik. Stuttgart, Bern.

Cohen, M. D. / March, J. G. / Olsen, J. P.: (1972): A garbage can model of organizational choice. In: Administrative Science Quarterly 17, S. 1-25.

Cooke, P. / Boekholt, P. / Schall, N. / Schienstock, G. (1997): Regional Innovation Systems: Concepts, Analysis and Typology. In: McCafferty, D. / Walsh, J.A. (eds.): Competitiveness, Innovation and Regional Development in Ireland. Dublin, S. 241-254.

Cooke, P. / Boekholt, P. / Tödtling, F. (2000): The Governance of Innovation in Europe. Regional Perspectives on Global Competitiveness. London, New York.

Danielzyk, R. (1995): Regionalisierte Entwicklungsstrategien - „modisches" Phänomen oder neuer Politikansatz? In: Momm, A. / Löckener, R. / Danielzyk, R. / Priebs, A. (Hrsg.): Regionalisierte Entwicklungsstrategien. Bonn, S. 9-17.

Danielzyk, D. / Deppe, C. / Mose, I. (Hrsg.) (1998): Von der eigenständigen zur nachhaltigen Regionalentwicklung. Dokumentation der Tagung vom 26. Bis 28. Juni 1997 in Bremen, econtur. Bremen.

Daumann, F. (1999). Interessenverbände im politischen Prozess: Eine Analyse auf Grundlage der Neuen Politischen Ökonomie. Tübingen.

Die Bundesregierung (Hrsg.) (1997): Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland. Bericht der Bundesregierung anlässlich der VN-Sondergeneralversammlung über Umwelt und Entwicklung 1997 in New York. Bonn.

Dörre, K. (1999): Global Players, Local Heroes. Internationalisierung und regionale Industriepolitik. In: Soziale Welt, H. 2, S. 187-206

DVL, Deutscher Verband für Landschaftspflege (Hrsg.) (1999): Verzeichnis der Regionalinitiativen. Ansbach.

EAL, Evangelische Akademie Loccum (Hrsg.) (1998): Kooperation in der Region - Ein Ansatz für nachhaltige Entwicklung. Loccumer Protokolle 71/97. Rehburg-Loccum.

Ehrenberg, E. (1997): Projekt „Relais: D" - Stand der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung zu regionalen Netzwerken, Abschlussbericht im Auftrag des Landesinstituts Sozialforschungsstelle Dortmund. Dortmund,.

Elias, Norbert (1993): Was ist Soziologie? München.

ENSURE (European Network on Sustainable Urban and Regional Development) (2000a) (Hrsg. SUSTAIN): Making sustainable regional development visible – Evaluation methods and indicators in the regional context. Graz.

ENSURE (2000b) (Hrsg. SUSTAIN): Higher education for sustainable regional development. Graz.

Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt" des Deutschen Bundestages (Hrsg.) (1997): Konzept Nachhaltigkeit. Zur Sache 1/97. Bonn.

Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt" des Deutschen Bundestages (1998). Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit. Berlin, Heidelberg, New York.

Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" (1998): Konzept Nachhaltigkeit - Vom Leitbild zur Umsetzung. Bonn.

Europäische Kommission (Hrsg.) (1991): Die Regionen in den 90er Jahren. Vierter Periodischer Bericht über die sozio-ökonomische Lage und Entwicklung der Regionen der Gemeinschaft. Luxemburg.

Europäische Kommission (Hrsg.) (1994): Europe 2000+: Cooperation for European Territorial Development. Luxemburg.

Europäische Kommission (Hrsg.) (1995): The European Programme for Inter-regional Cooperation and Regional Economic Innovation. Article 10-ERDF. Luxemburg.

Europäische Kommission (Hrsg.) (1996a): Geschichte der Regionen - 36 Projekte quer durch Europa. Luxemburg.

Europäische Kommission (Hrsg.) (1996b): Review of Inter-regional Cooperation: Pacte Programme Directory. Review No. 5, DG XVI. Luxemburg.

Europäische Kommission (Hrsg.) (1997): European spatial development perspective. First official draft. Presented at the meeting of ministers responsible for spatial planning of the member states of the European Union. Noordwijk, 9th an 10th of june 1997. Luxemburg.

Europäische Kommission (Hrsg.) (1999): EUREK Europäisches Raumentwicklungskonzept. Luxemburg.

Europäische Kommission (2001a): Consultation paper for the preparation of a European Union strategy for Sustainable Development. Luxemburg.

Europäische Kommission (2001b): Whitebook "Good Governance". Luxemburg.

EURES, Institut für Regionale Studien in Europa (Hrsg.) (1997): Sustainable Regional Development. A comprehensive approach. discussion-paper 60. Freiburg.

EURES (Hrsg.) (1998): Instruments for Sustainable Regional Development. The INSURED Project - Final Report. Freiburg.

Feindt, P. H. / Gessenharter, W. / Birzer, M. / Fröchling, H. (Hrsg.) (1996). Konfliktregelung in der offenen Bürgergesellschaft. Dettelbach.

Flämig, H. / Bratzel, S / Arndt, W.-H. / Hesse, M. (2001): Politikstrategien im Handlungsfeld Mobilität. Politikanalyse von lokalen, regionalen und betrieblichen Fallbeispielen und Beurteilung der Praxis im Handlungsfeld Mobilität (= Schriftenreihe des IÖW 156/01). Berlin.

Fiebig, T. (1998): Anforderungen an das Monitoring von Prozessen nachhaltiger Regionalentwicklung. In: Ökologisches Wirtschaften H. 5/98, S. 24f.

Fischer, A. / Hahn G. (Hrsg.) (2001): Vom schwierigen Vergnügen einer Kommunikation über die Idee der Nachhaltigkeit. Frankfurt a.M.

Fritz, R. (1989): The path of least resistance. New York.

Fürst, D. (1996): Komplexitätsverarbeitung in der Planung. Stadt-, Regional- u. Landesplanung - am Beispiel der Regionalplanung. In: Archiv für Kommunalwissenschaften 1/96, S. 20-37.

Fürst, D. (1998a): Wandel des Staates - Wandel der Planung. In: Neues Archiv für Niedersachsen 2 / 1998, S. 53-74.

Fürst, D. (1998b): Herausforderungen für zukunftsfähige Regionen – Nachhaltige Entwicklung und Kooperation. In: Evangelische Akademie Loccum (Hrsg.): Kooperation in der Region - Ein Ansatz für nachhaltige Entwicklung. Loccumer Protokolle 71/97. S. 15 -23.

Fürst, D. (1998c): Projekt- und Regionalmanagement. In: ARL, (Hrsg.): Methoden und Instrumente der räumlichen Planung. Hannover 1998, S. 237-253.

Fürst, D. (1998d): Projekt-- und Regionalmanagement. unveröffentl. Vortragsmanuskript EUREGIA. Leipzig.

Fürst, D. (2001): Regional governance zwischen Wohlfahrtsstaat und neoliberaler Marktwirtschaft. In: www.laum.uni-hannover.de/ilr/

Fürst, D. / Schubert, H. / Rudolph, A. / Spiekermann, H. (1999): Regionale Akteursnetzwerke zwischen Sozialkapital und regionaler „Governance" – Erste Überlegungen. In: www.ies.uni-hannover.de/F21.

Gawron, T. (1998): Planungskultur und nachhaltige Raumentwicklung. Praktische und theoretische Ansätze. In: Kühn, M. / Moss, T. (Hrsg.): Planungskultur und Nachhaltigkeit. Neue Steuerungs- und Planungsmodelle für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung. Berlin. S. 33-52.

Gerken, L. / Renner, A. (1996). Nachhaltigkeit durch Wettbewerb. Walter Eucken Institut. Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen 35. Tübingen.

Görlitz, A. / Burth, H.-P. (1998²): Politische Steuerung. Ein Studienbuch. Opladen.

Grüne Liga / WWF Deutschland (Hrsg. 1998): Nachhaltige Regionalentwicklung im ländlichen Raum. Berlin.

Haan de, G. / Kuckartz, U. / Rheingans-Heintze, A. (2000): Bürgerbeteiligung in Lokale Agenda 21-Initiativen Analysen zu Kommunikations- und Organisationsformen. Opladen.

Hagenah, E. (1996): Prozeduraler Umweltschutz. Zur Leistungsfähigkeit eines rechtlichen Regelungsinstrumentes. Baden-Baden.

Hahne, U. (1987): Das Regionstypische als Entwicklungschance? Zur Identifizierbarkeit und Vermarktung regionaler Produkte. In: Informationen zur Raumentwicklung H.7/8 (1987), S. 465-472.

Hahne, U. / Stakelberg, K. von (1994): Regionale Entwicklungstheorien. Konkurrierende Ansätze zur Erklärung der wirtschaftlichen Entwicklung in Regionen. EURES-discussion paper 39. Freiburg.

Hans-Böckler-Stiftung; Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.) (2001):Strategien für die Mobilität der Zukunft. Handlungskonzepte für lokale, regionale und betriebliche Akteure. Düsseldorf (Bearbeitung: IÖW, Berlin)

Hauff, V. (Hrsg.) (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven.

Häußermann, H. (1992): Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen. In: ders. (Hrsg.): Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen in Europa. Probleme der Stadt- und Regionalentwicklung in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien. Stadtforschung aktuell, Bd. 36. Basel, Boston, Berlin. S. 10-34.

Häußermann, H. (1993): Neue Politikformen in der Stadt- und Regionalforschung. In: Lucas, R. (Hrsg.): Regionalentwicklung zwischen Stadtmarketing und Risikomanagement, Schriftenreihe des IÖW, H. 67, S. 6-18.

Heidenreich, M. (2000): Regionale Innovationssysteme. In: Weyer, J. (Hrsg.): Soziale Netzwerke: Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung. München, Wien. S. 87-110.

Heidtmann, E. (2000): Anforderungsprofil einer modernen Landschaftsrahmenplanung. In: H. v. Dressler (Hrsg.): Weiterentwicklung der Landschaftsrahmenplanung und ihre Integration in die Regionalplanung. Dokumen-

tation der Tagung vom 29.11.1999 in Leipzig. Bundesamt f. Naturschutz, Skripten 25. Bonn. S. 41-56.

Hesse, M. (1997): Überlegungen zu Begriff und Inhalt einer „Nachhaltigen Raumentwicklung". Diskussionspapiere des IÖW 37/97. Berlin.

Hirsch-Kreinsen, H. (1997): Globalisierung der Industrie und Wandel der Unternehmensstrategien. Netzwerkinterne Konkurrenz. In: Ökologisches Wirtschaften, H. 1, S. 17-19.

Hoffmann, N. / Nuissl, H. (1998): Zwischen Halbgott und Handlanger. Zum Akteursverständnis in Konzepten der eigenständigen Regionalentwicklung. In: Kujath, J. (Hrsg.): Strategien der regionalen Stabilisierung: wirtschaftliche und politische Antworten auf die Internationalisierung des Raumes. Berlin. S. 251-290.

Hollbach-Grömig, B. (1999): Ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik - ein neues kommunales Handlungsfeld. Berlin.

Holzhey, M. / Tegner, H. (1996): Selbstverpflichtungen - ein Ausweg aus der umweltpolitischen Sackgasse? In: Wirtschaftsdienst, S. 425-430.

Homann, K. (1996). Sustainability: Politikvorgabe oder regulative Idee? In: Gerken, L. (Hrsg.). Ordnungspolitische Grundfragen einer Politik der Nachhaltigkeit. Baden-Baden. S. 33-47.

Hüchtker, S. / Selle, K. / Sinning, H. (2000): Freiräume entwickeln – in Stadt und Region. Beispiele aus der Praxis. Arbeits- und Organisationsformen für eine nachhaltige Entwicklung Bd. 3. Dortmund.

Huppertz, Manfred (1990): Interdependenzen von Kultur und Wirtschaft als Element der Stadtentwicklung; in: Korte, Hermann (Hrsg.): Gesellschaftliche Prozesse und individuelle Praxis. Bochumer Vorlesungen zu Norbert Elias' Zivilisationstheorie, Frankfurt/M., S. 129-159

ICLEI, The International Council for Local Environmental Initiatives (1998): European Urban Regions of the FUTURE. Wettbewerbsunterlagen. Freiburg.

IFOK, Institut für Organisationskommunikation (2001). Institutionelle Reformen für einen produktiven Umgang mit öffentlichen Konflikten. Manuskript. Bensheim.

IÖW/VÖW, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung/Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung, (Hrsg.) (1998): Nachhaltige Regionalentwicklung. Schwerpunktheft Ökologisches Wirtschaften, H. 5/1998. Berlin.

IÖW/VÖW, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung/Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung, (Hrsg.) (2002): Kommunikation, Nachhaltigkeit, Region. Schwerpunktheft Ökologisches Wirtschaften, H. 1/2002. Berlin.

IRS, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (1998): Leitbilder: „Die lernende Region": ein mögliches Leitbild in das 21. Jahrhundert hinein? In: IRS aktuell No.20, 1998, S. 1ff.

IRS / IÖW, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung/ Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (2000): Regionalisierungsstrategie für ein nachhaltiges Ressourcen- und Stoffstrommanagement der Stadtregion Berlin. Vorstudie. In: Enquetekommission „Zukunftsfähiges Berlin", Bericht, Anlagenband. Berlin. Drucks. d. Abgeordnetenhauses 13/4030. S. 189-304.

IWÖ / IFOK, Institut für Wirtschaft und Ökologie/Institut für Organisationskommunikation (1998): Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit. Berlin.

Jansen, D. (2000): Netzwerke und soziales Kapital. Methoden zur Analyse struktureller Einbettung; in: Weyer, J. (Hrsg.): Soziale Netzwerke: Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung. München, S. 35-62

Jörissen, J. / Kopfmüller, J. / Brandl, V. / Paetau, M. (1999): Ein integratives Konzept nachhaltiger Entwicklung. Karlsruhe.

Kanatschnig, D. / Weber, G. (1998): Nachhaltige Raumentwicklung in Österreich. Studie im Auftrag des Österreichischen Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie. Wien.

Kastenholz, H. G. / Erdmann K. H. / Wolff, M. (Hrsg.) (1996): Nachhaltige Entwicklung. o.O.

Kern, A. (1999): Regionale Kommunikation. Theorien, Konzepte und Beispiele aus der Regionalentwicklung. Wien.

Kleine-Limberg, W. (1998): Chancen und Grenzen regionaler Selbstorganisation. In: Danielzyk, D. / Deppe, C. / Mose, I. (Hrsg.): Von der eigenständigen zur nachhaltigen Regionalentwicklung. Dokumentation der Tagung vom 26. bis 28. Juni 1997 in Bremen / econtur. Bremen. S. 25-33.

Klemmer, P. / Wink, R. / Benzler, G. / Halstrick-Schwenk, M. (1996). Mehr Nachhaltigkeit durch Marktwirtschaft: Ein ordnungspolitischer Ansatz, In: Gerken, L. (Hrsg.). Ordnungspolitische Grundfragen einer Politik der Nachhaltigkeit. Baden-Baden, S. 289-340.

Klüter, H. (1986): Raum als Element sozialer Kommunikation. Giessener Geographische Schriften, H.609. Giessen.

Knieling, J. (2000): Leitbildprozesse und Regionalmanagement. Frankfurt a. Main u. a. Beiträge zur Politikwissenschaft, Bd. 77.

Knieling, J. / Fürst, D. / Danielzyk, R. (1999): Kooperative Handlungsformen in der Regionalplanung. Konzeptionelle Überlegungen zur Analyse der Planungspraxis. In: Raumforschung u. Raumordnung 57/1999, S. 195-200.

Kraemer, K. (1997a): Nachhaltigkeit durch Konsumverzicht? "Sustainable Development" - Eine soziologische Betrachtung. In: Zeitschrift für angewandte Umweltforschung 10. Jg., H. 2, S. 198-209.

Kraemer, K. (1997b): Umweltnutzung und materielle Kultur. Einige kritische Überlegungen zum Leitbild "Sustainable Development". In: Rademacher, C. / Schweppenhäuser, G. (Hrsg.): Postmoderne Kultur? Soziologische und Philosophische Perspektiven. Opladen, S. 59-79.

Kraemer, K. (1998a): Konsum und Verteilung. Der blinde Fleck der "Nachhaltigkeits"-Debatte. In: Engelhardt, K. (Hrsg.): Umwelt und Entwicklung. Ein Beitrag zur lokalen Agenda 21. Münster. S. 127-149.

Kraemer, K. (1998b): Critical Remarks on "Sustainable Development". In: Mariani, L./ Mascia M. / Vagacovà, M. (Hrsg.): New Europe: Transformation and Environmental Issues. Münster. S. 393-398.

Kraemer, K. (1999): Nachhaltigkeit – ein Kommunikationsproblem. In: Altner, G. / Mettler-v. Meibom, B. /. Simonis, U.E. / Weizsäcker, E.U. v. (Hrsg.): Jahrbuch Ökologie 2000. München. S. 268-272.

Kühn, M. / Moss, T. (1998a): Nachhaltige Entwicklung - Implikationen für die Stadt- und Regionalforschung. In: dies. (Hrsg.): Planungskultur und Nachhaltigkeit. Neue Steuerungs- und Planungsmodelle für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung. Berlin. S. 11-32.

Kühn, M. / Moss, T. (Hrsg.) (1998c): Planungskultur und Nachhaltigkeit. Neue Steuerungs- und Planungsmodelle für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung. Berlin.

Kujath, H. J. (Hrsg.) (1998): Strategien der regionalen Stabilisierung: wirtschaftliche und politische Antworten auf die Internationalisierung des Raumes. Berlin.

Lafferty, W. M. (2000): Democratic Parameters for Regional Sustainable Development: The need for a new demos with a new rationality. Oslo.

Lafferty, W.M. (1999): Concerted Action on "Sustainable Communities in Europe".Oslo.

Lucas, R. (1998): Innovationsaufgabe Nachhaltige Regionalentwicklung. In Ökologisches Wirtschaften, H. 5/98, S. 10-11.

Maillat, D. (1997): Innovative Milieux and New Generations of Regional Policies. In: McCafferty, D. / Walsh, J.A. (Hrsg): Competitiveness, Innovation and Regional Development in Ireland. Dublin. S. 9-24.

Majer, H. (1997): Umsetzung von regionalem Wirtschaften. Ergebnisbericht des Expertenwokshops „Regionale Ansätze nachhaltigen Wirtschaftens" des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie. Stuttgart

Majer, J. (Hrsg.) (1996): Bedeutung kreativer Milieus für die Regional- und Landesentwicklung. Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung der Universität Bayreuth, H.153. Bayreuth.

Mayer-Ries, J.F. (Hrsg.) (1998): Kooperation in der Region – Ein Ansatz für nachhaltige Entwicklung. (=Loccumer Protokolle 71/87). Rehberg-Loccum.

McCafferty, D. / Walsh, J. A. (Hrsg.) (1997): Competitiveness, Innovation and Regional Development in Ireland. Dublin.

Meister, H.-P. / Ewen, C. (2001). Kommunikation als Schlüssel zur Nachhaltigkeit. In: Simonis, Udo E. (Hrsg.). Jahrbuch Ökologie 2002. München.

Metzner, A. (1998): Constructions of Environmental Issues in Scientific and Public Discourse, in: Müller, F. / Leupelt, M. (Ed.): Eco Targets, Goal Functions and Orientors. Berlin, S. 171-192.

Metzner, A. (1998): Nutzungskonflikte um ökologische Ressourcen: die gesellschaftliche 'Natur' der Umweltproblematik, in: Brand, K.-W. (Hrsg.): Soziologie und Natur - Theoretische Perspektiven. Opladen S. 201-219.

Metzner, A. (2002): Die Tücken der Objekte – Über die Risiken der Gesellschaft und ihre Wirklichkeit. Frankfurt a.M. 2002 (in Vorbereitung) (= Habilitationsschrift, Westf. Wilhelms-Universität Münster 1999).

Meyer-Engelke, E. (1998): Beispiele nachhaltiger Regionalentwicklung. Empfehlungen für den ländlichen Raum. Stuttgart.

Molitor, R. (1997a): Akteurssysteme einer nachhaltigen Regionalentwicklung. In: Österreichisches Netzwerk Umweltforschung (Hrsg.): Neuer Kapitalismus und Nachhaltigkeit. Strategien der Nachhaltigkeit. Tagungsband zum Internationalen Symposium „Neuer Kapitalismus und Nachhaltigkeit" 29./30. September 1997, St. Arbogast, Götzis, Voralberg. Graz. S. 38-45.

Molitor, R. (1997c): Planung für eine nachhaltige Region. In: Naturschutz-akademie NRW (NUA) (Hrsg.): Entflechtung. Veröffentlichungen der NUA. Recklinghausen.

Molitor, R. (1997d): Sustainable Regional Development. Theory and Practice in Germany. Publication no. 6 des Social Science Research Centre, University College Galway/Irland. Galway.

Molitor, R. (1998a): Regionalisierung und Ökologisierung der Landwirtschaft in der StadtRegion Münsterland. In: Evangelische Akademie Loccum (Hrsg.): Kooperation in der Region - Ein Ansatz für nachhaltige Entwicklung. Loccumer Protokolle 71/97. S. 73-80.

Molitor, R. (1998b): Typen, Ebenen und Elemente Nachhaltiger Regionalentwicklung. In: Ökologisches Wirtschaften H.5/98, S. 12f.

Molitor, R. (2000): Sustainable Referees? Experiences with the monitoring of aregional agenda 21 process. In: Making sustainable regional development visible – Evaluation methods and indicators in the regional context (ENSURE, Sustain Hrsg.) S. 13-15.

Molitor, R (2002): Nachhaltige Regionalentwicklung. Von der regulativen Idee zur Umsetzung vor Ort. (= Schriftenreihe des IÖW). Berlin. (im Erscheinen).

Molitor, R. / Nischwitz, G. (2002): Kommunikation konstituiert nachhaltige Regionalentwicklung. In Ökologisches Wirtschaften H. 1/2002, S. 10-11.

Molitor, R. / Nischwitz, G. / Fiebig, T. (2001): Regionale Good Practices - Q.U.E.R. Quintessenz und Erkenntnisse für die Raumordnung (= Diskussionspapiere des IÖW, Nr. 51). Berlin.

Morgan. K. (1997): The Learning Region: Institutions, Innovation and regional Renewal. In: Regional Studies, H. 5. S. 491-503

Mose, I. (1993): Eigenständige Regionalentwicklung - neue Chancen für die ländliche Peripherie? Vechtaer Studien zur Angewandten Geographie und Regionalwissenschaft, Bd. 8. Vechta.

Moss, T. (2002): All Talk and no Impact?. Mainstreaming Partnerships for Sustainable Regional Development. In Ökologisches Wirtschaften H. 1/2002, S. 20-21.

Moss, T. / Fichter, H. (2000): Regional Pathways to Sustainability. Commission of the European Communities, Directorate General for Research, Brussels.

Narodoslawsky, M (2002): Wertewandel als Grundlage nachhaltiger Raumentwicklung. Alter Wein in neuen Schläuchen? In Ökologisches Wirtschaften H. 1/2002, S. 15-16.

Nischwitz, G. (2002): Die Agrarwende – Motor einer nachhaltigen Regionalentwicklung? In: Agrar-Bündnis (Hrsg): Landwirtschaft 2002. Der Kritische Agrarbericht, S. 148-153. Rheda-Wiedenbrück.

Nischwitz, G. (2000): Chancen und Grenzen regionaler Wirtschaftskreisläufe. In: Deutsche Bundesstiftung Umwelt (Hrsg.): „Umwelt im Dialog - Neue Wege zu Nachhaltigen Konsumverhalten". S. 199-213. Berlin.

Nischwitz, G. (2000): Einflussfaktoren auf eine nachhaltige Regionalisierung. Fördernde und hemmende Faktoren für eine nachhaltige Regionalisierung von Land- und Ernährungswirtschaft. In: Ökologisches Wirtschaften H. 3-4/2000, S. 15.

Nischwitz, G. / Brockmann, J. (2002): Fördernde und hemmende Faktoren für regionale Produktion und Vermarktung. 3. aktualisierte und überarbeitete Auflage (= NABU und DLV Hrsg.). Bonn.

Nischwitz, G. / Molitor, R. / (2001): Regional Governance – Motor einer nachhaltigen Entwicklung? In: Ökologisches Wirtschaften, H. 3-4, S. 24-25.

Nischwitz, G. / Molitor, R. (2000): Erfahrungen mit einer Regionalen Agenda 21. Das Beispiel Oberbergischer Kreis. In: ProRegio 24-25/2000, S. 41-50.

Nischwitz, G. / Molitor, R. / Rohne, S. (2002): Local und Regional Governance für eine nachhaltigen Entwicklung? (= Schriftenreihe des IÖW). Berlin (im Erscheinen).

Peters, U. / Sauerborn, K. / Spehl, H. / Tischer, M. / Witzel, A. (1996): Nachhaltige Regionalentwicklung - ein neues Leitbild für eine veränderte Struktur- und Regionalpolitik. Eine exemplarische Untersuchung an zwei Handlungsfeldern der Region Trier. Forschungsbericht des Projektes 'Nachhaltige Regionalentwicklung Trier'. Trier.

Pintarits, S. (1996): Macht, Demokratie und Regionen in Europa - Analysen und Szenarien der Integration und Desintegration. Beiträge zur Sozioökonomie, Bd.3. Marburg.

Powell, W. W. (1996): Weder Markt noch Hierarchie: Netzwerkartige Organisationsformen. In: Kenis, P. / Schneider, V. (Hrsg.): Organisation und Netzwerk. Institutionelle Steuerung in Wirtschaft und Politik. Frankfurt a. Main, New York. S. 213-27.

Ravetz, J. (2000a): City Region 2020. Integrated Planning for a Sustainable Environment. London.

Ravetz, J (2000b): Sustainable Development and the English Regions: we´ve only just begun. In: EG Local Environment News 10/6. London.

Ravetz, J. (2002): New Toolkits for Regional Sustainable Development. In: In Ökologisches Wirtschaften H. 1/2002, S. 12-14.

Rawls, J. (1979). Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt a. Main.

Rehfeld, D. / Baumer, D. / Wompel, M. (2000): Regionalisierte Strukturpolitik als Lernprozess, Bd. 11 der Grauen Reihe des Instituts Arbeit und Technik. Gelsenkirchen.

Renner, A. / Hannowsky, D. (1999). Ökologische Ordnungsökonomik. Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht, 4/99.

Rees, N. (1997): Inter-regional Cooperation in the EU and Beyond. In: European Planning Studies, Vol. 5, No. 3. S. 385-406.

Ritt, T. (1999): Die Beschäftigungsfelder im Umweltschutze und deren Veränderung. Berlin. Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) P99-311.

Röhl, K. F. (1999): Rechtssoziologische Befunde zum Versagen von Gesetzen. In: Hof, H. / Lübbe, G. (Hrsg.): Wirkungsforschung zum Recht I: Wirkungen und Erfolgsbedingungen von Gesetzen, Baden-Baden.

Schleicher-Tappeser, R. et al. (1999): Instrumente für eine nachhaltige Regionalentwicklung – das INSURED-Projekt (EURES-Report 10). Freiburg i. Breisgau.

Schulz von Thun, F. (1998): Miteinander reden, Teile 1 u. 2. Reinbek.

SRU - Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (1996): Sondergutachten: „Konzepte einer dauerhaft-umweltgerechten Nutzung ländlicher Räume. (= Bundestags-Drucksache 13/4109). Bonn.

SRU (2000): Umweltgutachten 2000, Berlin.

Selle, K. / Sinning, H. (2000a): Projekte und Strategien der Freiraumentwicklung in Stadtregionen. Das Beispiel der Grünen Ringe Leipzig und Hannover. In: Raumforschung und Raumordnung, H. 2-3/2000, 58. Jg., S. 222-232.

Selle, K. / Sinning, H. (2000b) Was? Wer? Wie? Warum? Voraussetzungen und Möglichkeiten einer nachhaltigen Kommunikation. Ein Arbeitsbuch für Studium und Praxis. Dortmund

Sennett, R. (2001): Stadt ohne Gesellschaft. Der flexible Mensch und die Uniformität der Städte. In: Le Monde diplomatique, Nr. 2, S. 12f.

SUSTAIN, Verein zur Koordination von Forschung über Nachhaltigkeit (Hrsg.) (1994): Forschungs- und Entwicklungsbedarf für den Übergang zu einer Nachhaltigen Wirtschaftsweise in Österreich. Graz.

Sweeney, G. (1997): Central or Local: Economic Growth or Economic Development. In: McCafferty, D. / Walsh, J. A. (Hrsg.): Competitiveness, Innovation and Regional Development in Ireland. Dublin. S. 69-90.

Sweeney, G. (1998): Sustainable Regional Development. Communities and Policy. In: Ökologisches Wirtschaften H. 5/98, S. 14f.

Sweeney, G. (1999a): Local and regional innovation: governance issues in technological, economic and social change. Six Countries Programme. The International Innovation Network. Dublin.

Sweeney, G. (1999b): Sustainable regional development: new dimensions in policy formulation. In: Cowling, K. (Hrsg.): Industrial policy in Europe. London

Sweeney, G. (2001): Innovation, economic progress and the quality of life. Cheltenham, Northampton.

Teubner, G. / Willke, H. (1984): Kontext und Autonomie: Gesellschaftliche Selbststeuerung durch reflexives Recht. In: Zeitschrift für Rechtssoziologie, H. 6, S. 4-35

Teubner, G. (1996): Die vielköpfige Hydra: Netzwerke als kollektive Akteure höherer Ordnung. In: Kenis, P. / Schneider, V. (Hrsg.): Organisation und Netzwerk. Institutionelle Steuerung in Wirtschaft und Politik. Frankfurt a.M. S. 535-562.

Thomas, J.-N. (1998): Systèmes de représentation et stratégies d´acteurs face aux interventions économiques des collectivités locales: une approche méthodologique appliquée à la région Rhône-Alpes. In: Revue de Geographie de Lyon, Vol. 73, 2/98, S.161-171.

UBA, Umweltbundesamt (Hrsg.) (1997): Nachhaltiges Deutschland. Wege zu einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung. Berlin.

Vázquez-Barquero, A. (1997): Policies and Strategies for Regional Development: International Experience. In: McCafferty, D. / Walsh, J. A. (Hrsg.): Competitiveness, Innovation and Regional Development in Ireland. Dublin. S. 25-41.

Voelzkow, H. (1993): Regionale Entwicklungskonzepte in NRW - Stand der Umsetzung und Umsetzungsprobleme. In: Lucas, R. (Hrsg.): Regionalentwicklung zwischen Stadtmarketing und Risikomanagement. Schriftenreihe des IÖW H.67, S. 19-33.

Voigt, S. (2000): Freiwilligkeit durch Zwangsdrohung? Eine institutionenökonomische Analyse von Selbstverpflichtungserklärungen in der Umweltpolitik. In: Zeitschrift für Umweltpolitik 23 /2000, S. 393-407.

Walsh J. A. (1997): Regional Development Changes. In: McCafferty, D. / Walsh, J.A. (Hrsg.): Competitiveness, Innovation and Regional Development in Ireland. Dublin. S. 113-132.

Weyer, J. (2000): Einleitung. Zum Stand der Netzwerkforschung in den Sozialwissenschaften. In: ders. (Hrsg.): Soziale Netzwerke: Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung, München, Wien, S. 1-34.

Wiechmann, T. (1998): Vom Plan zum Diskurs? Anforderungsprofil, Aufgabenspektrum und Organisation regionaler Planung in Deutschland. Nomos Universitätsschriften: Politik, Bd. 89. Baden-Baden.

Wiedemann P.M./Nothdurft, W. (1997): Alle Macht den Diskursen. In Renn,O. / Kastenholz,H. / Wachlin,K.D.,: Diskursive Verständigung. Mediation und Partizipation in Technikkontroversen. Forum Kooperative Politik. Frankfurt a.M.

Zeck, H. (1998): Auswertungen von Erfahrungen zur Kooperation in Regionen. In: Evangelische Akademie Loccum (Hrsg.): Kooperation in der Region - Ein Ansatz für nachhaltige Entwicklung. Loccumer Protokolle 71/97. S. 40-51.

Zentrum für europäische Studien (1995): Sustainable regions. Concepts and Projects. Programme of the Fifth International Summer Seminar in Dessau. Trier.

Internet

www.bbr.bund.de

www.european-association.org/ensure

www.inforegio.cec.eu.int

www.innoregio.de

www.leaderplus.de

www.modellregionen.de

www.reginet.de

www.rural-europe.aeidl.be

www.staedtenetzforum.de

www.staedte-der-zukunft.de

www.zukunftsregionen.de

4 Verzeichnis der Autoren (Stand 02/2002)

Becke, Guido, Sozialforschungsstelle Dortmund, Evinger Platz 1, D-44339 Dortmund, becke@sfs1.sfs-dortmund.de

Bergmann, Eckhard, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Deichmanns Aue 31-37, D-53179 Bonn, Eckhard.Bergmann@bbr.bund.de

Fürst, Dietrich, Prof. Dr., Institut für Landesplanung und Raumforschung (ILR), Universität Hannover, Herrenhäuser Straße 2, D-30419 Hannover, fuerst@laum.uni-hannover.de

Hahne, Ulf, Prof. Dr., Fachbereich Stadtplanung / Landschaftsplanung, Fachgebiet Nachhaltige Regionalentwicklung, Gh Universität Kassel, Nordbahnhofstr. 1 a, Postfach1252, D-37213 Witzenhausen, hahne@wiz.uni-kassel.de

Heinzel, Walter, mab Methoden - Analysen - Beratung, Büro für angewandte Sozialwissenschaften, Neugürtenring 86, D-68766 Hockenheim, mab.heinzel@t-online.de

Köhler, Stefan, Dr., Regionalverband Bodensee - Oberschwaben, Hirschgraben 2, D-88214 Ravensburg, koehler@bodensee-oberschwaben.de

Krotscheck, Christian, Dr., Innovationszentrum Ländlicher Raum, Auersbach 130, A-8330 Feldbach, ckrotscheck@imzentrum.at

Meister, Hans-Peter, Dr., Institut für Organsisationskommunikation IFOK, Berliner Ring 89, D-64625 Bensheim, meister@ifok.de

Melzer, Michael, Dr., RAUM & ENERGIE Institut für Planung, Kommunikation und Prozessmanagement, Erlenweg 3, D-22880 Wedel (Hamburg), info@raum-energie.de

Moss, Timothy, Dr., Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung IRS, Flakenstraße 28 - 31, D-15537 Erkner (bei Berlin), mosst@irs-net.de

Narodoslawsky, Michael, Prof. Dr., TU Graz (ENSURE), Inffeldgasse 21, A-8010 Graz, braunegg@glvt.tu-graz.ac.at

Ravetz, Joe, School of Planning and Landscape, Center for Urban and Regional Ecology, University of Manchester, Oxford Road, M13 9PL Manchester, joe.ravetz@man.ac.uk

Riemenschneider, Rainer, Amt für Wirtschaftsförderungs Minden-Lübbecke, Portastraße 13, D-32423 Minden, r.riemenschneider@minden-luebbecke.de

Schneider, Roland, Regionalbüro Bergisches - Städtedreieck, Gemarker Ufer 17, D-42269 Wuppertal, roland.schneider@gb0.wuppertal.de

Selle, Klaus, Prof. Dr., Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtplanung, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, Postfach, 52056 Aachen, selle@pt.rwth-aachen.de

Warsewa, Günter, Dr., ZWE "Arbeit und Region", Universität Bremen, Parkallee 39, D-28209 Bremen, gwarsewa@kua.uni-bremen.de

5 Verzeichnis der Autoren des Projektteams (Stand 02/2002)

Kraemer, Klaus, Dr.: Transferzentrum für angepasste Technologien (TAT) – Rheine, Hovesaatstraße 6, D-48432 Rheine, Kraemek@uni-muenster.de

Fiebig, Thomas, DIGERUS – Dienstleistungen in geographischer Regional- und Stadtforschung, Hafenstr. 13, D-48153 Münster, digerus-ms@muenster.de

Metzner, Andreas, PD Dr., Institut für Soziologie, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Scharnhorststr. 121, D-48151, metzner@uni-muenster.de

Molitor, Reimar, Dr., Regionale 2006 Agentur GmbH, Friedrich-Engels-Allee 161, D-42285 Wuppertal, Reimar.Molitor@regionale2006.de

Nischwitz, Guido, Dr., Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) gGmbH, Regionalbüro Nordrhein-Westfalen, Völklinger Str. 9, D-42285 Wuppertal, guido.nischwitz@wuppertal.ioew.de

Publikationen des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung

Das IÖW veröffentlicht die Ergebnisse seiner Forschungstätigkeit in einer Schriftenreihe, in Diskussionspapieren sowie in Broschüren und Büchern. Des Weiteren ist das IÖW Mitherausgeber der Fachzeitschrift „Ökologisches Wirtschaften“, die allvierteljährlich im oekom-Verlag erscheint, und veröffentlicht den IÖW-Newsletter, der regelmäßig per Email über Neuigkeiten aus dem Institut informiert.

Schriftenreihe/Diskussionspapiere

Seit 1985, als das IÖW mit seiner ersten Schriftenreihe „Auswege aus dem industriellen Wachstumsdilemma“ suchte, veröffentlicht das Institut im Eigenverlag seine Forschungstätigkeit in Schriftenreihen. Sie sind direkt beim IÖW zu bestellen und auch online als PDF-Dateien verfügbar. Neben den Schriftenreihen veröffentlicht das IÖW seine Forschungsergebnisse in Diskussionspapieren – 1990 wurde im ersten Papier „Die volkswirtschaftliche Theorie der Firma“ diskutiert. Auch die Diskussionspapiere können direkt über das IÖW bezogen werden. Informationen unter *www.ioew.de/schriftenreihe_diskussionspapiere*.

Fachzeitschrift „Ökologisches Wirtschaften“

Ausgabe 2/2010

Das IÖW gibt gemeinsam mit der Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung (VÖW) das Journal „Ökologisches Wirtschaften“ heraus, das in vier Ausgaben pro Jahr im oekom-Verlag erscheint. Das interdisziplinäre Magazin stellt neue Forschungsansätze in Beziehung zu praktischen Erfahrungen aus Politik und Wirtschaft. Im Spannungsfeld von Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft stellt die Zeitschrift neue Ideen für ein zukunftsfähiges, nachhaltiges Wirtschaften vor. Zusätzlich bietet „Ökologisches Wirtschaften online“ als Open Access Portal Zugang zu allen Fachartikeln seit der Gründung der Zeitschrift 1986. In diesem reichen Wissensfundus können Sie über 1.000 Artikeln durchsuchen und herunterladen. Die Ausgaben der letzten zwei Jahre stehen exklusiv für Abonnent/innen zur Verfügung. Abonnement unter: *www.oekom.de*.

IÖW-Newsletter

Der IÖW-Newsletter informiert rund vier Mal im Jahr über Neuigkeiten aus dem Institut. Stets über Projektergebnisse und Veröffentlichungen informiert sowie die aktuellen Termine im Blick – Abonnement des Newsletters unter *www.ioew.de/service/newsletter*.

Weitere Informationen erhalten Sie unter *www.ioew.de* oder Sie kontaktieren die

IÖW-Geschäftsstelle Berlin
Potsdamer Straße 105
10785 Berlin
Telefon: +49 30-884 594-0
Fax: +49 30-882 54 39
Email: *vertrieb(at)ioew.de*

INSTITUT FÜR
ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

GESCHÄFTSTELLE BERLIN
MAIN OFFICE
Potsdamer Straße 105
10785 Berlin
Telefon: + 49 – 30 – 884 594-0
Fax: + 49 – 30 – 882 54 39

BÜRO HEIDELBERG
HEIDELBERG OFFICE
Bergstraße 7
69120 Heidelberg
Telefon: + 49 – 6221 – 649 16-0
Fax: + 49 – 6221 – 270 60

mailbox@ioew.de
www.ioew.de